

Abonnements-Bedingungen: Abonnementpreis 3,00 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsbalbige Anzeilenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte...

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 17. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Am Grandcourt und Saillisel.

Saillisel-Ost zurückerobert. Gräbengetümm bei St. Pierre-Baast. — Ablaincourt-Pressoire. Campulung, Noterturmpass, Szurdutpass.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 16. November 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Teilvorstöße der Engländer an der Straße Mailly-Serre sowie östlich und südöstlich von Beaumont scheiterten im Handgranatenkampf, härtere Angriffe gegen Grandcourt brachen in unserem Feuer zusammen.

Den Franzosen entriß wir den Ostteil von Saillisel in hartem Häuserkampf. Abends stürmte das hannoversche Füsilier-Regiment Nr. 73 zäh verteidigte französische Gräben am Nordrand des St. Pierre-Baast-Waldes. 8 Offiziere, 324 Mann und 5 Maschinengewehre sind eingebracht.

Bei den gestrigen Kämpfen im Abschnitt Ablaincourt-Pressoire ist keine Aenderung der beiderseitigen Linien eingetreten.

Einem feindlichen Fliegerangriff fielen in Ostende 39 Belgier zum Opfer.

Als Vergeltung für Abwurf von Bomben auf friedliche lothringische Orte wurde Nancy in den letzten Tagen von der Erde und aus der Luft beschossen und beworfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am Brückenkopf von Dünhof (südöstlich von Riga) wurde eine angreifende russische Infanterieabteilung zurückgetrieben.

Front des Generaloberst Erzherzog Carl. Im Südteil der Waldkarpaten lebte die beiderseitige Artillerietätigkeit an.

An der siebenbürgischen Ostfront scheiterten östlich des Putna-Tales starke russische Angriffe; nördlich Sulta unternahmen ungarische Truppen eine Erkundung auf den Mt. Alunis.

Bei Szodmezö (am Ditos-Pass) blieben rumänische Vorstöße ohne Erfolg.

Die Kampfaktivität nördlich von Campulung hat sich verstärkt; auch an den über den Noter-Turm- und Szurdut-Pass nach Süden führenden Straßen verteidigt der Rumäne zäh seinen heimatlichen Boden. Wir machten Fortschritte und nahmen gestern 5 Offiziere und über 1200 Mann gefangen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Zu der Dobrudscha kleine Gefechte vorgeschobener Abteilungen. Die rumänische Meldung der Besetzung von Bonadoc ist erfunden.

An mehreren Punkten der Donau-Linie Feuer von Ufer zu Ufer.

Mazedonische Front.

Die vorbereiteten neuen Stellungen im Cerna-Abschnitt sind bezogen. An der Struma Patrouillengeplänkel.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin. Amtlich. 16. November, abends. Auf nördlichem Ancre-Ufer ist Kampf bei Grandcourt im Gange.

An siebenbürgischer Südfront erfolgreiches Vordringen. Vom Balkan bisher nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzogs Carl.

Die Kämpfe beiderseits des Sähl und des Ost- (Alt-) Flusses schreiten günstig vorwärts. Es wurden über 1200 Gefangene eingebracht.

Nördlich von Campulung und bei Szodmezö wehrten wir starke rumänische Angriffe ab. Nördlich von Sulta unternahmen österreichisch-ungarische Abteilungen eine Erkundung auf den Monte Alunis. Südöstlich von Tölgös blieben russische Angriffe erfolglos. Auf den Höhen von Westkanechi Vorpostengefächte.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den österreichisch-ungarischen Truppen keine Kampfhandlungen von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die gestern gemeldete Unternehmung östlich von Görz fortsetzend, eroberten unsere Truppen wieder einen feindlichen Graben, nahmen 60 Italiener gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

Eines unserer Flugzeuggeschwader besetzte die militärischen Anlagen bei der Station Per La Carnia ausgiebig mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

Rußlands Polen-Protest.

Petersburg, 15. November. (W. L. B.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die diplomatischen Vertreter Rußlands sind angewiesen worden, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, folgenden Protest zu überreichen: „Ich bin von meiner Regierung beauftragt, folgendes zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen: In Wahrung des Völkerrechtes haben die deutschen und österreichisch-ungarischen Militärbehörden in Warschau und Lublin soeben eine Rundgebung erlassen, wonach die russischen Provinzen von Polen künftig einen gesonderten Staat bilden sollen. Die kaiserlich russische Regierung erhebt Einspruch gegen diesen Akt, der eine neue Verletzung internationaler Verträge darstellt, die feierlich von Deutschland und Oesterreich-Ungarn beschworen sind, und erklärt ihn für null und nichtig. Ich stelle fest, daß die Provinzen des Königreiches Polen nicht aufgehört haben, einen integrierenden Bestandteil des Russischen Reiches zu bilden, und daß ihre Bewohner durch den Eid der Treue, den sie seiner Majestät dem Kaiser, meinem erhabenen Herrn, geschworen haben, gebunden sind.“

Kopenhagen, 15. November. (W. L. B.) „Ruhige Stowe“ meldet: Im Hinblick auf die neuen Verhältnisse in Polen hielt Ministerpräsident Stürmer am 7. November mit dem englischen Botschafter Buchanan und dem französischen Vorkämpfer Paléologue eine Konferenz ab, die länger als eine Stunde dauerte. Nach der Konferenz äußerte Buchanan zu einem Journalisten: Deutschland bietet Polen ein verkleinertes Königreich. Auf die Frage des Journalisten, ob die Polen selber sich mit einem kleineren Staat befriedigt erklären hätten, antwortete Buchanan, nach seiner Auffassung sei dies nicht der Fall.

Ferner verbreitet die Petersburger Telegraphenagentur heute folgende amtliche Rundgebung: Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung haben die zeitweilige Besetzung eines Teiles des russischen Gebietes durch ihre Heere dazu benutzt, die Trennung der polnischen Gegenden vom russischen Reich und ihre Umwandlung in einen unabhängigen Staat zu verkünden. Unsere Feinde verfolgen offensichtlich den Zweck, in Rußisch-Polen Resten anzuhäufen, um ihre Heere zu ergänzen. Die kaiserliche Regierung erblickt in diesem Akt Deutschlands und Oesterreich-Ungarns eine neue schwere Verletzung der grundlegenden Grundsätze des Völkerrechtes, welche verbieten, daß die Bevölkerung der militärisch besetzten Gebiete gezwungen werden, die Waffen gegen das eigene Vaterland zu brauchen. Sie betrachtet diesen Akt als null und nichtig. Rußland hat sich schon zweimal seit dem Ausbruch des Krieges über das Wesentliche der polnischen Frage ausgesprochen. Seine Absichten umfassen die Schaffung eines Gesamt-Polens, das alle polnischen Gebiete in sich begreift und das bei Kriegesende das Recht haben wird, frei sein nationales, kulturelles und volkswirtschaftliches Leben auf den Grundlagen der Selbstverwaltung unter dem Scepter der russischen Herrscher zu stellen und das den Grundsatz der Staatseinheit bewahrt. Diese Entschlieung unseres erhabenen Herrn bleibt unerschütterlich.

Englische Schiffsverluste seit Kriegsbeginn.

London, 15. November. (W. L. B.) Der Parlamentarische Sekretär der Admiralität erklärte, von dem gesamten Tonnengehalt der britischen Handelsdampfer von 1000 Tonnent und darüber zu Beginn des Krieges seien bis Ende September 1916 etwas über 2 1/2 Prozent verloren gegangen. Diese umfaßten alle Verluste, sowohl durch Kriegs-, als auch durch Seegefahr.

Der deutsche Sieg.

Auf ein Ersuchen des radikalen Unterhausmitgliedes Mason, einen Tag zu bestimmen, an dem man sich mit der Frage des Kriegsendes und mit den Vorschlägen des deutschen Reichskanzlers beschäftigen sollte, antwortete in Vertretung des englischen Premierministers Bonar Law: „Ich kann nicht zugeben, daß der deutsche Reichskanzler irgendwelche Friedensbedingungen gestellt hat, die nicht die Anerkennung eines deutschen Sieges zur Voraussetzung haben, und ich bin überzeugt, daß die überwältigende Majorität des Hauses mit mir darin einig ist, daß es keinen Nutzen haben kann, im gegenwärtigen Augenblick eine derartige Erörterung stattfinden zu lassen.“

Herr v. Bethmann hätte nun die beste Gelegenheit, noch einmal, und womöglich noch etwas klarer als bisher, auszusprechen, ob er es in der Friedensfrage mit Mason und der deutschen Linken oder mit Bonar Law und der deutschen Rechten hält. Konservative und nationalliberale Blätter fordern ja schon seit Tagen aufgeregt — und nach jedem Artikel des „Vorwärts“ immer aufgeregter —, der Kanzler möge eine solche Erklärung abgeben. Damit würde auch der sehr bemerkenswerte Streit im englischen Unterhause zur Entscheidung gebracht werden: der Streit darüber, ob der deutsche Reichskanzler einen Verständigungsfrieden abzuschließen bereit ist, wie Mason annimmt, oder ob er von den Gegnern, bevor er sich mit ihnen an den Verhandlungstisch setzt, die Anerkennung eines deutschen Sieges verlangt, wie Bonar Law behauptet.

Der Reichskanzler hat nach der Schlacht am Tagerrag den deutschen Erfolg gefeiert — die Ratten können beißen! — er hat aber damals hinzugefügt: „England ist nicht geschlagen, ist nicht besiegelt.“ Darum können wir, solange er nicht widerrufen hat, nicht glauben, er wolle mit England erst dann verhandeln, bis es sich geschlagen gibt. Mit einer solchen Absicht würden alle seine öffentlichen Erklärungen im Widerspruch stehen. Wenn man gefragt hat: „Ich bin jetzt bereit zu verhandeln!“ und wenn man weiter gesagt hat: „Der Gegner ist jetzt nicht besiegt,“ dann kann man unmöglich meinen: „Ich verhandle mit dem Gegner erst dann, wenn er sich für besiegt erklärt.“

Trotzdem verlangen, wie gesagt, konservative und nationalliberale Blätter unter heftigen Ausfällen auf den „Vorwärts“, der Kanzler möge sich augenblicklich in der Friedensfrage auf ihren — und Bonar Laws — Standpunkt stellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ allein widmet dieser Angelegenheit nicht weniger als vier volle Spalten ihrer gestrigen Morgen- und Abendausgabe.

Eine dieser Spalten ist in der Hauptsache dem wieder-gewählten Präsidenten Wilson gewidmet, der mit dem „Vorwärts“ und mit Scheidemann in die gleiche Verdammnis geraten ist. Kaum hatte nämlich Scheidemann im „Vorwärts“ neutrale Vermittlungsversuche angekündigt, so erschien — tags darauf — die Mitteilung, daß Präsident Wilson in einigen Monaten in der Lage sein werde, „eine Friedensbewegung in Gang zu bringen“. Eine andere Meldung sagt, er werde „unverzüglich bestimmte Schritte unternehmen, um den Frieden herbeizuführen, auch die kriegführenden ersuchen, Vertreter zu einer Konferenz nach Washington zu entsenden, wo jede der beiden Parteien ihre Mindestforderungen stellen würde“. Damit sei dann der Weg für Anknüpfung von Friedensverhandlungen geebnet.

Für den hellheerischen Grafen Reventlow ist es klar, daß Wilson, Scheidemann und der „Vorwärts“ unter einer Decke stehen und „keinen deutschen Frieden“ wollen. Aber der alldeutsche Redakteur schlägt dieser Hydra mit einem Federstreich alle drei Köpfe ab und erklärt zum Schluß triumphierend: „Deutschland aber braucht einen deutschen Frieden und will siegen trotz Herrn Scheidemann.“

Wir möchten in aller Höflichkeit gebeten haben, solche Unterstellungen zu unterlassen! Und zugleich wollen wir den Herren in aller Ruhe erklären, daß auch die Arbeiter den deutschen Sieg wollen — nur daß ihr nüchtern praktischer Sinn seine Siegesziele nicht in den Wolken baut.

Das und nichts anderes hat Genosse Scheidemann in seinem viel umkämpften Aufsatz „Verteidigung und Frieden“ (Nr. 315 des „Vorwärts“) auseinandergesetzt. Im Kampf gegen eine ungeheure Uebermacht ist die Hauptaufgabe, die Selbsthaltung zu bewahren! Diesen Sieg wollen und müssen wir haben, den halten wir mit blutenden Händen fest, den werden uns die Gegner nie entreißen. Da wir aber nur um diesen Sieg kämpfen — denn „uns treibt nicht Eroberungslust“ —, können wir jeden Tag Frieden schließen, an dem die Gegner bereit sind, die einfache Tatsache zu erkennen, daß wir nicht besiegt sind. Die arbeitende Masse des Volkes ist seit dem ersten Tag dieses Krieges in ihrem Entschluß, eine Niederlage zu verhüten, ebenso fest, wie in ihrem Willen, den Frieden sobald als möglich herbeizuführen zu helfen.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht — so hieß es am 4. August 1914 in der vom Genossen Haase geleiteten Erklärung, mit der die sozialdemokratische Fraktion ihre einstimmige Annahme der Kriegskredite begründete. Damals gab es nach diesen Worten lebhaften Beifall auf allen Banken des Hauses. Heute aber sagt Graf Reventlow, weil Scheidemann an dieser Erklärung festhält: „Das deutsche Volk will siegen trotz Herrn Scheidemann!“

In einem anderen Artikel bemüht sich die „Deutsche Tageszeitung“ nachzuweisen, daß ein Frieden der Verständigung, wie wir ihn fordern, einer Niederlage gleichzusetzen ist. Sie schreibt:

Wenn er (Scheidemann) versuchte, sich sachlich in diese Fragen zu vertiefen, so würde er finden, daß dem Deutschen Reich politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit verloren, und zwar ohne einen neuen Krieg unweidbringlich verloren sein würden, wenn das Deutsche Reich aus diesem Kriege nichts als die Umkehrtheit des Reichgebietes zurückbrächte.

Also, wenn Deutschland den einzigen Sieg erringt, der in diesem Krieg möglich ist — den Sieg der Verteidigung —, dann soll diesem Krieg ein neuer Krieg folgen müssen! Die „Deutsche Tageszeitung“ kämpft hier, sei es auch gegen ihre Absicht, wieder auf der Seite Bonar Law und der anderen Leute von drüben, die den „Krieg bis ans Ende“ fordern mit der Begründung, nur durch die völlige Niederwerfung Deutschlands sei die Sicherung des künftigen Weltfriedens möglich! Wir erlauben uns zu bezweifeln, ob es im deutschen Interesse liegt, zu dieser feindlichen Theorie von deutscher Seite die Begründung zu liefern.

Jeder Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ — und „Hannoverscher Kurier“, „Nationalliberale Korrespondenz“ usw. folgen diesem Beispiel — schließt mit einer flammenden Aufforderung an den Reichskanzler, öffentlich zu erklären, daß die Auffassungen Scheidemanns und des „Vorwärts“ über den Frieden nicht die seinen wären. Das halbamtliche Rundschreiben erzielt nicht mehr die nötige Wirkung, es müßte schon recht deutlich gepiffen werden. „So wie bisher geht's nicht weiter!“ — Wir wissen nicht, wie lange der Reichskanzler diesem konzentrischen Angriff standhalten wird. Solange er sich nicht öffentlich und feierlich auf die Kriegsziele des Grafen Reventlow verpflichtet, bekommt er doch keine Ruhe!

Ob ihm das helfen würde, steht dahin. Die beliebte Taktik des „Man-so-duhn oder „mit den Böfisen zu heulen“ läßt hier kaum zum Ziel. Denn Herr v. Bethmann ist den Ganzen und Unentwegten schon längst verdächtig, und ein solcher Verdacht wird durch eine diplomatisch gewundene Erklärung nicht weggeschwächt. So hat denn auch der ganze Lärm die Stille der Wilhelmstraße bisher nicht gestört. Warten wir ab! Vielleicht begreift man in der Wilhelmstraße doch, daß die keine Anfrage im englischen Unterhaus und die kurze Meldung von Wilsons Vermittlungsabsichten wichtiger sind als das lange Gerede in gewissen deutschen Zeitungsblättern, und daß man diesen Blättern nicht den Gefallen tun darf, wider Willen das Spiel des sehr ehrenwerten Herrn Bonar Law zu spielen.

### Die Vierverbandsarbeit in Griechenland.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt in einem Artikel zu den letzten Meldungen der englischen Korrespondenten aus Griechenland: Die Deutschfreundlichkeit der griechischen Regierung, die ihre Kriegskasse der Entente ausgeliefert hat usw., besteht lediglich darin, daß sie es trotz ihrer wohlwollenden Haltung gegenüber der Entente für ein Lebensinteresse hält, neutral zu bleiben. In einem Telegramm aus Athen wurde gesagt, die Entente habe der griechischen Regierung vorgeschlagen, daß das Kriegsmaterial für Griechenland doch nutzlos sei, da sie ja aufschließen sei, neutral zu bleiben. Diese Auffassung verdient die Aufmerksamkeit aller Länder, die noch neutral sind. Wenn man so argumentiert, so gehört nur wenig dazu, von allen Völkern die neutral bleiben wollen, die Auslieferung ihrer Waffen zu verlangen.

Die Tagung der griechischen Kammer entspricht dem Stande der griechischen Dinge. Staat und Verfassung sind ein Schemen geworden und das Parlament nur noch ein Schaumbläschen. Daraus meldet aus Athen: In der Kammer waren 20 Deputierte zugegen. Die Tribünen waren überfüllt. Nachdem der Metropolit die Gebete gesprochen hatte, verlas Ministerpräsident Lambros das Dekret über die Eröffnung der Session. Der provisorische Präsident erklärte, die Kammer werde zusammen treten, wenn das Quorum erreicht sei. Die Kammer ging darauf unter Hochrufen auf den König, auf die Verfassung und auf die Nation auseinander. Es heißt, das Haus werde sich auf eine unbestimmte Zeit verlagern.

Inzwischen ist die Entente bemüht, die Benizelistenarmee zu sichern und aufzupäppeln. Wie Reuter aus Athen meldet, hatte der französische Kriegsminister General Roques bei König Konstantin eine Audienz. Der Hauptgegenstand der Unterredung war die Errichtung einer Zone, die Reibereien zwischen der Armee des Königs und der Benizelisten verhüten soll. Zugleich wird einiges getan, um die Lust zum Abtrünnigwerden zu wehren. Nach Meldungen aus Athen haben, wie L. II. aus Amsterdam berichtet, die Regierungen von Frankreich und England der vorläufigen Regierung in Saloniki folgendes mitgeteilt: Der Vierverband wird die Interessen der Offiziere und Beamten, welche in den Dienst der Regierung von Saloniki übergehen, nicht aus den Augen verlieren und dafür Sorge tragen, daß sie auch in Zukunft keinen Schaden erleiden werden.

Aus Wien werden nach folgende Vorgänge mitgeteilt (unterm 15. November): Rölländer Mütter melden aus Athen, mit der Verbringung griechischer Truppen nach dem Peloponnes würden die französischen Abteilungen nach und nach wieder auf die Schiffe zurückgezogen werden. Eine Athener Depesche des „Matin“ besagt, ein leichtes griechisches Geschwader werde im Laufe der nächsten Woche nach Saloniki abfahren, um den Schiffsverkehr durch griechische Postdampfer zwischen dem Piräus und Saloniki sicherzustellen.

### Das englisch-norwegische Handelsabkommen.

Kristiania, 15. November. (B. T. V.) Die Verhandlungen, die länger als einen Monat in England zwischen englischen maßgebenden Persönlichkeiten und Vertretern der norwegischen Importeure und des norwegischen Staates geführt wurden, sind jetzt abgeschlossen.

„Morgenbladet“ teilt mit, laut Auslassungen des Probantierungsdirektors Wederlin seien Einfuhrabkommen abgeschlossen worden für Getreide, Kolonialwaren, Fettwaren und Futtermittel; außerdem

sei die Frage bezüglich der staatlichen Einfuhr geregelt. Die Ueber-einkommen gelten für ein Jahr vom 1. Oktober ab und sind schon in Kraft getreten; die Einfuhr findet jetzt regelmäßig statt. Der Direktor meint, die Einfuhr für das kommende Jahr sei gesichert. Privatmeldungen besagen, daß die Verhandlungen bezüglich der Freigabe der beschlagnahmten Kaffeeseudungen abgeschlossen seien, teilen aber nichts über das Ergebnis mit.

### Zum zweiten Baralongfall.

London, 15. November. (B. T. V.) (Neuermeldung.) In Bezug auf die deutsche Darstellung über den sogenannten zweiten Baralongfall erhielt die Admiralität eine weitere Erklärung, in der voller Unwille ausgedrückt wird, es sei ein für alle Mal vollkommen unwahr, daß ein Befehl der Admiralität bestünde, wonach es nicht nötig sei, die überlebende Mannschaft deutscher Unterseeboote zu retten. Zur Widerlegung der deutschen Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit gibt die Admiralität eine lange amtliche Erklärung des Kommandanten des Schiffes, das U. 41 versenkt hat, bekannt. Dieser sagt, es sei unwahr, daß er das Boot übernat habe, in dem sich die Ueberlebenden befanden hätten. Sie seien über Bord gesprungen, als das Schiff sich dem unbeschädigten Boote genähert hätte. Als sie aufgenommen worden waren, wären sie so behandelt worden, wie es die Verhältnisse des Schiffes zuließen. Aus den Schiffsbeständen seien sie mit trockener Nahrung versehen worden. Ein Arzt sei nicht an Bord gewesen, trotzdem seien die Wunden der verwundeten Gefangenen gewaschen und verbunden worden. Sie seien alle mit Matrasen, Koffissen und genügend Bettdecken versehen worden. Arztliche Hilfe sei den verwundeten Gefangenen zuteil geworden, als das Schiff am folgenden Tage im Hafen angekommen wäre. Der deutsche Offizier habe zugegeben, er habe keine Erinnerung daran, auf welche Weise er aus dem Unterseeboot herausgekommen wäre und was er dann getan hätte. Der unverwundete Unteroffizier sahien mit seiner Behandlung völlig zufrieden zu sein. Er lächelte immer, wenn man ihn anredete, und sagte in gebrochenem Englisch: Nicht mehr kämpfen! Anmerkung der Redaktion des Wolffschen Bureau: Diese Darstellung von englischer Seite trägt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn; denn, wenn sie wahr wäre, dann hätten die Engländer Oberleutnant Crompton nach der Schweiz entlassen.

### Die Schiffsnot und der Lebensmittelkontrollleur in England.

London, 15. November. (B. T. V.) Unterhaus. Im Laufe einer Besprechung der hohen Lebensmittelpreise hob Runciman die Wichtigkeit der Transportfrage hervor. Er erwähnte, daß wenn die Schiffswerften in voller Tätigkeit wären, England jährlich zwei Millionen Schiffstonnen herstellen könnte, während es seit Beginn des Krieges nur zwei und eine Viertel-million verloren habe. Schritte seien unternommen worden, um den Bau von Schiffen zu beschleunigen, und er rechne mit einer Fertigstellung von einer halben Million Tonnen während der letzten sechs Monate dieses Jahres. Runciman hob hervor, wie wichtig es sei, daß alle Stellen, die mit Lebensmitteln zu tun hätten, Hand in Hand arbeiten, und kündigte die bevorstehende Ernennung eines Lebensmittelkontrolleurs an, der große Vollmachten besitzen sollte, die ihn in den Stand setzen, Personen, die Lebensmittel verschwendeten oder vernichten, zu verfolgen, die Strafe vorzuschreiben, für die Nahrungsmittel verwendet werden dürfen, die Herstellung gewisser Lebensmittel wie Wehl zu regeln, den Handel und die Verteilung der Waren zu beaufsichtigen, die Vorgänge auf dem Markte zu regeln und den Ankauf zu Spekulationszwecken zu verhindern. Bis zur Ernennung des Lebensmittelkontrolleurs würden diese Vollmachten dem Handelsamt zustehen.

Rotterdam, 16. November. (B. T. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die Absicht Runcimans, eine Kontrolle über die Lebensmittelversorgung einzuführen, von der Presse in ganzen günstig aufgenommen wurde. Das einzige Bedenken, das dagegen geäußert werde, sei, daß die Maßregel zu spät komme und nicht praktisch genug sei. — Die Minister sollen auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes ermächtigt werden, gegen Personen, die Nahrungsmittel vergeuden, aufzutreten und vorgeschreiben, wieviel einzelne Lebensmittel verwendet werden oder nicht verwendet werden dürfen. Ferner sollen sie die Vollmacht erhalten, die Produktion gewisser Lebensmittel, namentlich von Wehl zu regeln und wenn nötig in den Verkauf und die Verteilung von Lebensmitteln sowie in die Transaktion der Märkte regelnd einzugreifen. Man erwartet ferner eine Verordnung über die Verwendung von Nahrungsmitteln, die auch für den menschlichen Gebrauch in Betracht kommen und für die Verknäuel. Die Herstellung von Kartoffelmehl wird wahrscheinlich verboten werden. Es sollen noch im Laufe dieser Woche vorläufige Schritte unternommen werden, um einer weiteren Erhöhung des Wehl- und Kartoffelpreises vorzubeugen.

### Die U-Boot-Abwehr.

London, 15. November. (B. T. V.) Oberhaus. In seiner Antwort auf die Bemängelung der Wirksamkeit der Maßnahmen der Admiralität gegen feindliche Unterseeboote sagte Marquis Crewe: Die Admiralität hat in der Bekämpfung von Unterseebooten entschieden Erfolg gehabt, und trotz der größten Schwierigkeiten infolge der vermehrten Größe, der schwereren Bewaffnung und der stärkeren Wände der neuen Unterseeboote wäre es ein Irrtum anzunehmen, daß nicht auch diesen gegenüber Erfolge erzielt worden wären.

### Eine Geheimigung des Parlaments.

London, 16. November. (L. II.) Die „Times“ vernimmt, daß die Regierung wahrscheinlich dem Wunsche des Parlaments nachgeben und eine geheime Sitzung anberaumen wird, in welcher die Frage der Reserven, die Lage der Marine und andere wichtige Kriegsprobleme geregelt werden sollen. Es wird erwartet werden, die Dauer der Reden in dieser Sitzung festzusetzen und dafür zu sorgen, daß nur Fragen behandelt werden, welche nicht in öffentlichen Sitzungen behandelt werden können.

### Die Kriegsgefangenenarbeit in England.

London, 16. November. (L. II.) Im englischen Oberhaus wurde die Frage der Arbeitsbeschaffung für deutsche Gefangene in der Landwirtschaft erörtert. Lord Newton antwortet auf eine Anfrage Gress, daß drei Schwierigkeiten dem Plan einer Indienststellung von Gefangenen entgegenstünden, daß nämlich erstens die Gewerksvereine sich dem widersetzen würden, zweitens wären zu viel Maschinen notwendig und drittens seien Schwierigkeiten infolge der antideutschen Sympathien in England zu erwarten. Was die Zivilgefangenen betrifft, so sieht es ihnen frei zu arbeiten; aber sie müßten dann die gewöhnlichen Gewerksvereinslöhne verdienen. Eine Schwierigkeit dagegen ist nun, daß viele Gefangene für die Arbeit, welche ihnen übertragen wird, nicht geeignet sind und somit den vollen Lohn nicht wert seien.

### Niederländisch-portugiesischer Gebietstausch.

Haag, 14. November. (B. T. V.) Amtlich. Vom Generalgouvernement von Niederländisch-Ostindien ist Bericht eingetroffen, daß am 1. d. Mts. zwischen den niederländischen und portugiesischen Behörden auf der Insel Timor der Austausch der Distrikte stattgefunden hat, die in den Artikeln 1 und 2 des mit Portugal geschlossenen Grenzvertrages vom Jahre 1804 erwähnt sind.

### Parlamentseröffnung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 14. November. (B. T. V.) Das Parlament wurde heute nachmittag eröffnet. Der Sultan hielt die Thronrede. Er wies darin auf die türkischen Siege an den Daraneellen, bei Ant e Amara und in Persien hin, wo die türkischen Soldaten Kermanschah und Hamadan von den Russen befreit hätten und sich Teheran näherten. Er sagte: Eines der Ziele, das wir in diesem Kriege verfolgen, besteht darin, Persien alle Bedingungen für eine von Demurrungen freie Entwicklung gewinnen zu sehen. Die Thronrede hob die Abschaffung der Kapitulationen hervor und sagte dann: Elenos haben wir die Verträge von Paris und Berlin gekündigt, die im Grundsatze wertlos geworden waren, nachdem die Signaturmächte ihre allgemeinen und wesentlichen Bestimmungen zu unserem Schaden allezeit verletzt haben. Diese Verträge hatten vollkommen ihre Daseinsberechtigung verloren und dienen nur als Vorwand zur Einmischung in innere Angelegenheiten. — Dadjı Abdı Bey wurde zum Präsidenten des Parlaments, Husein Dschahid Bey und Achmed Feiz Pascha zu Vizepräsidenten gewählt.

### Französische Kritik an englischer Kriegsführung.

London, 14. November. (B. T. V.) „Daily Chronicle“ bekämpft in einem Leitartikel die Forderung des französischen Hauptmanns Philippe Millet in einem Londoner Morgenblatte, daß die britische Armee einen viel größeren Teil der Besatzung in Frankreich übernehmen müßte, und die unglücklichen Vergleiche, die er zwischen der militärischen Leistung der Engländer und der Franzosen anstellt. Die Unterlagen dieser Vergleiche, sagt das liberale englische Blatt, seien ungerecht und beleidigend. Der Verfasser habe sich auf das rohe Argument der Meilenlänge der Front beschränkt, ohne die besonderen Schwierigkeiten der englischen Front und die starken deutschen Truppenanhäufungen gerade ihr gegenüber zu berücksichtigen. Solche Artikel könnten nur eine Wirkung ausüben, nämlich böses Blut zwischen den Verbündeten machen. „Daily Chronicle“ legt Herrn Millet nahe, er sollte die Arbeit tun, zu welcher ihn seine Regierung nach England geschickt hat, und nicht für englische Zeitungen schreiben.

### Die deutschen Fortschritte südlich des Vulkanpasses.

Von der italienischen Grenze, 16. November. (B. T. V.) Nach einem weiteren Telegramm des „Corriere della Sera“ ist man in Paris über die deutschen Fortschritte südlich des Vulkanpasses beunruhigt. Insbesondere über die amtliche rumänische Mitteilung, wonach in der Gegend von Rumbeloi heftige Kämpfe stattgefunden haben. Die Meldung sei deshalb bemerkenswert, weil diese Detschaft ungefähr 23 Kilometer südlich der ungarischen Grenze sich befindet und zwar in einer Gegend, wo der Zalgrund schon recht breit sei und wo die Hohen Berge bereits aufgedöhrt hätten. Wenn der Durchbruch nach der Ebene gelingt, so könnte die Lage angesichts der starken Artillerie, über die der Angreifer verfügt, außerordentlich schwierig werden. („Köln. Zig.“)

### Die unterirdischen Volkwerke der Sommeschlacht.

London, 16. November. (L. II.) Der Sonderkorrespondent des Reuterschen Bureau im englischen Hauptquartier meldet über die jüngsten Erfolge der Verbündeten an der Somme: Am Sonnabend und am Sonntag fand eine kräftige Beschichtung der deutschen Linien durch die englische Artillerie statt. Die Beschichtung war so heftig, daß die Soldaten in meilenweiter Entfernung von der Front ihre Arbeit einstellen und lanierten. Am Sonntag morgen um 6 Uhr ging die erste Reihe Soldaten mit gefülltem Bajonett zum Angriff vor. Eine Minute später folgte die zweite und dritte Reihe. Ueber die Festungswerke bei Beaumont-Hamel meldet der Korrespondent, daß dieser Terrain allein schon von Natur aus zu einem gewaltig starken Volkwerk geschaffen ist, das überdies von den Deutschen mit aller Tüchtigkeit und allen Hilfsmitteln eingerichtet war, worüber nur die Deutschen verfügen konnten. Sie hatten große und tiefe Höhlen mit besonderen Schächten für die Maschinengewehre gegraben, welche sich in einem Lift befanden und sofort nach oben befördert wurden, wenn das Artilleriefeuer schwieg und der Infanterieangriff einsetzte. Schon bei dem Angriff im Juli hatte man dieses Gelände heftig beschossen, und auch damals kamen die Maschinengewehre und Minenwerfer plötzlich aus den Eingeweiden der Erde hervor und mähren die Glieder der irischen Truppen, welche die Stellung dazumals vergebens zu erobern versucht hatten, nieder.

### Der Seekrieg.

#### Zeebrücke und Ostende.

Berlin, 16. November. (B. T. V.) Am 15. November morgens warfen feindliche Flugzeuge Bomben auf die Häfen von Brügge und Ostende. An den Fahrzeugen und Anlagen der Marine wurde kein Schaden angerichtet.

Ueber das Bombardement meldete Reuter amtlich (laut B. T. V. aus London von gestern):

Am frühen Morgen des 15. wurden die U-Bootsstationen in Zeebrügge und Ostende von Marinefliegergeschwadern wiederum heftig bombardiert. Es wurden direkte Treffer am Ufer der Marina in nächster Nähe der elektrischen Kraftstation und ein großer Brand beobachtet, der wahrscheinlich von einem Petroleumdepot herrührte. Alle Maschinen sind wohlbehalten zurückgekehrt.

#### „Columbian“.

New York, 10. November. (B. T. V.) [Verspätet eingetroffen.] Die 113 Personen an Bord des versenkten „Columbian“ waren Amerikaner, die Mannschaft belief sich auf 50. Sonst waren an Bord Militärdienstpferde aus Boston, von wo die „Columbian“ mit 1500 Pferden nach St. Nazaire in Frankreich am 18. Oktober abgefahren war. Von hier war das Schiff am 2. November mit dem Rest seiner Stahlladung nach Genua in See gegangen.

### Ein schwedischer Protest an Deutschland.

Kopenhagen, 15. November. (B. T. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Der schwedische Gesandte in Berlin erhebt von seiner Regierung den Auftrag, gegen die Ausbringung des schwedischen Dampfers „Ahea“, der in der Küstenfahrt zwischen Göteborg und Stockholm verkehrte, Einspruch zu erheben. Ueber die Ausbringung ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Die Reederei des Dampfers erklärte, sie sei verhindert, mitzuteilen, ob der Dampfer auf schwedischem Hoheitsgebiet aufgebracht wurde oder nicht.

Amsterdam, 16. November. (B. T. V.) Die holländischen Dampfer „Membrandt“ und „Soeralarta“, die in Amsterdam beziehungsweise Rotterdam angekommen sind, mühten ihre Vost in England zurückzulassen. — Wie die Blätter erfahren, wird der Dienst der Zeeland-Gesellschaft vorläufig eingestellt werden.

London, 16. November. (B. T. V.) Flohds meldet, man glaubt, daß der britische Dampfer „Solbedn“ versenkt worden ist. — Der spanische Dampfer „Diz Rendi“ ist versenkt worden; die Besatzung ist gelandet worden.

Bern, 15. November. (B. T. V.) Eine Depesche des „Matin“ aus Marseille meldet, daß 80 Getriebene des Dampfers „Arabia“ dort mit dem Dampfer „Ernest Simons“ eingetroffen sind. — „Echo de Paris“ meldet aus Genua: Der Dampfer „Leo XIII.“ traf auf dem Meer den verlassenen brennenden norwegischen Dampfer „Gama“ an, der alsbald sank. Das Schicksal der Besatzung ist unbekannt.

Kopenhagen, 16. November. Der Kapitän des dänischen Dampfers „Ragnar“ hat seiner Reederei aus Vigo drallich ge-

meldet, daß der Dampfer am 11. November 100 Seemeilen nördlich von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden sei. Die Besatzung sei gerettet und in Vigo gelandet. Der Dampfer war mit einer Kohlenladung von Cardiff nach Marseille unterwegs.

**Amsterdam, 16. November. (W. L. B.)** Der Dampfer „Midsland“ von Rotterdam nach London wurde von einem Unterseeboot nach Seebrücke aufgebracht.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

**Sofia, 14. November. (W. L. B.)** Amtlicher Bericht. **Mazedonische Front:** Südlich des Malishees griffen unsere vorgeschobenen Abteilungen schwache französische Abteilungen an und warfen sie auf Koriza zurück. Zwischen dem Brestpasse und der Eisenbahn Vitolia (Monastir) — Verin lebhaftes Artilleriefeuer. Auf der Front Kenali — Poloz scheiterten alle Angriffe des Feindes unter schweren Verlusten. Der Gegner wiederholte seine Angriffe während der Nacht zum 14. November. Er wurde aber wieder zurückgeschlagen. Im Wardartale, am Fuße der Belasica-Planina und im Strumatale schwaches Artilleriefeuer und an einzelnen Stellen Patrouillengefächte.

**Rumänische Front:** Oesterreichisch-ungarische Motoren brachten, unterstützt vom Feuer der Küstenbatterien von Giurgiu, auf unser Ufer sieben Schlepper, darunter fünf beladene.

In der Dobrudschka näherten sich vorgeschobene feindliche Abteilungen unseren Stellungen. Kein Ereignis von Bedeutung.

**Sofia, 15. November. (W. L. B.)** Bulgarischer Heeresbericht vom 15. November.

**Mazedonische Front:** Während des ganzen Tages standen die Stellungen in der Ebene von Monastir unter sehr heftigem feindlichen Artilleriefeuer, insbesondere östlich der Eisenbahn. Die kräftigen Angriffe des Feindes scheiterten angesichts des hartnäckigen Widerstandes unserer Truppen. Der Feind, der an einigen Punkten in unsere Stellungen eingedrungen war, wurde vernichtet. Vor der Front eines einzigen unserer Bataillone zählten wir 400 Leichen. In der Cerna-Bogen lebhaft Kämpfe. Die bulgarischen und deutschen Truppen zogen sich auf Stellungen nördlich der Dörfer Zepahli und Tscheghel zurück. An der Moglenafront, im Wardartal, am Fuße der Belasica-Planina und an der Strumatafront abgesehen von schwachem Geschützkampf nichts Wichtiges. An der Küste des Ägäischen Meeres näherte sich ein feindliches bewaffnetes Transportschiff der Mündung des Flusses Deghirmesdere südwestlich Marori und schoß ohne Erfolg mehrere Bomben auf die Küste ab.

**Rumänische Front:** Längs der Donau Gewehr- schüsse zwischen den Posten und Artillerietätigkeit. Bei Zutratan und Silişia sowie in der Dobrudschka nichts Wesentliches. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

**Sofia, 16. November. (W. L. B.)** Amtlicher Bericht. **Mazedonische Front.** In der Ebene von Monastir (Vitolia) rückte der Feind gestern nach vergeblichen Angriffen mit schwachen Infanterieabteilungen vor, die allein durch Feuer zurückgeschlagen wurden. Im Cernobogen dauerte der heftige Kampf den ganzen Tag über an. Durch Gegenangriff warfen wir den Gegner, der sich vorübergehend der Höhe 1212 nördlich des Dorfes Tscheghel zu bemächtigen vermocht hatte, zurück. An der Moglenafront wiesen wir schwache feindliche Angriffe ab. Auf beiden Seiten des Wardar schwache Artillerietätigkeit. Zwei Versuche des Feindes, unsere vorgeschobene Stellung südwestlich von Dojran anzugreifen, scheiterten. Am Fuße der Belasica-Planina und an der Strumatafront das gewöhnliche Geschützfener. — An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe. — Von der rumänischen Front ist nichts von Bedeutung zu melden.

## Der türkische Kriegsbericht.

**Konstantinopel, 15. November. (W. L. B.)** Amtlicher Heeresbericht vom 15. November.

Unsere Flieger haben mit Erfolg Bomben auf Gebäude der Eisenbahn von Kairo geworfen. Nichts von Bedeutung von den übrigen Fronten.

## Die feindlichen Heeresberichte.

**Frankösischer Bericht vom 15. November, nachmittags. (W. L. B.)** Nördlich der Somme machten die Franzosen am Nordvorsprung des St. Pierre-Waast-Waldes Fortschritte. Im Laufe der Nacht ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer in der Gegend von Sailly. Südlich der Somme erreichte die seit zwei Tagen in der Gegend von Ablaincourt und Pressoire andauernde Verchiebung während der Nacht höchste Stärke. Ihr folgte heute morgen ein deutscher Gegenangriff mit bedeutenden Kräften auf die von den Franzosen am 7. November eroberten Stellungen. Von sechs Uhr morgens an wurden von der Jufferfabrik von Ablaincourt bis nach Chauines erbitterte Angriffe unternommen, aber trotz des Anspringes der Stürme und des ausgiebigen Gebrauches brennender Flüssigkeiten und tränenerregender Granaten erlitten die Deutschen einen blutigen Mißerfolg. Südlich der Jufferfabrik gegenüber von Ablaincourt und Pressoire sowie im Walde südlich dieser Ortschaft brachen die französischen Geschütze und Maschinengewehre die Wellen der Stürmen, die schwere Verluste erlitten. Nur einige deutsche Bruchteile konnten eine Häusergruppe östlich von Pressoire erreichen. Die wirkliche Gegenbeschließung der Franzosen dauert in der ganzen Gegend an. Westlich von Reims mlang ein deutscher Sondirstreich gegen einen kleinen Posten vor Fresnes.

Vom 15. November abends. An der Somme front dauerte die Schlacht den ganzen Tag über heftig fort. Der Feind machte mit beträchtlichen Kräften gleichzeitig nördlich und südlich des Flusses eine mächtige Anstrengung. Der Widerstand unserer Truppen stieg über die Sturmangriffe des Gegners und dieser vermochte um den Preis hoher Verluste nur beschränkte Vorteile zu erzielen. Nach heftiger Verchiebung erfolgte nördlich der Somme ein Angriff auf unsere Stellungen von Lesboeuys bis südlich von Boucaresnes. Es gelang dem Feinde, in unseren vorgeschobenen Stellungen in dem Nordvorsprung und am Westrand des St. Pierre-Waast-Waldes Fuß zu fassen. Sonst hat überall unser Maschinengewehr- und Sperrfeuer die Versuche des Feindes vereitelt. Südlich des Flusses wiederholten die Deutschen ihre Angriffe im Laufe des Nachmittags auf der Front Ablaincourt — Wald von Chauines. Der mit Erbitterung geführte Kampf endete mit einer Schluppe der Deutschen, die nach blutigen Verlusten in ihre Ausgangsstellungen zurückkehren mußten, außer in dem Ostteil des Dorfes Pressoire, wo sie vorwärtskommen konnten. Auf der übrigen Front Geschützfener mit Unterbrechungen.

**Belgischer Bericht.** Bei Eindrücken in die deutschen Gräben bei Dignude wurden Gefangene in unsere Linien zurückgebracht. Während des Tages herrschte an der Front beträchtliche artilleristische Tätigkeit.

**Orientarmee.** Nach kurzer Pause haben die Kämpfe in der Cernagegend mit Heftigkeit wieder eingesetzt. Der Angriff der Serben entwickelte sich im Laufe des 18. und 14. November und trug unseren Verbündeten erneute Erfolge ein. Die Deutschen

und Bulgaren zogen sich auf die Höhen der Höhe 1212 nördlich von Zven und Serres zurück und werden von den serbischen Kräften, die sich des Dorfes Egel bemächtigt haben, bedrängt. Nördlich von Velicelo macht der Regiments Kommandeur der französisch-serbischen Truppen Fortschritte gegen Zepare. Der Kampf dehnte sich westlich der Cerna bis in die Gegend von Romani aus. Nach ergänzenden Mitteilungen beträgt die Zahl der während des 11. und 12. November in Cerna-Bogen gemachten Gefangenen über 2200. In diesen kommen etwa 1000 neue Gefangene, die am 13. und 14. gemacht wurden. Unter diesen letzteren sind 600 Deutsche, darunter mehrere Offiziere.

**Englischer Bericht vom 15. November. (W. L. B.)** Während der Nacht scherten wir das Gelände nördlich der Ancre, das wir in den gestrigen Angriffen genommen haben. Es wurden weitere Gefangene gemacht; die Zahl wird später bekanntgegeben werden.

Vom 15. November abends. Während des Tages machten wir an der Front nördlich der Ancre weitere Fortschritte. Die Zahl der Gefangenen seit Montag erreicht 5078. Die hier eingeleiteten Truppen bewiesen glänzendes Geschick, Schneid und Tapferkeit. Unser Erfolg konnte nur in hartem Kampfe errungen werden, da der Feind kräftigen Widerstand leistete und der Zustand des Bodens die Schwierigkeit des Angriffs sehr vermehrte. Unsere Verluste waren im Verhältnis zum Gewinn nicht hoch. Eine Division, die eine Meile weit vorging, machte mehr als tausend Gefangene um den Preis von 450 Mann an eigenen Verlusten. Südlich der Ancre richteten wir uns in den gestern gewonnenen Stellungen östlich der Batte de Warlingcourt ein. Der Feind, der sich an einer Stelle zu einem Gegenangriff sammelte, wurde durch Artilleriefeuer gestreut.

**Russischer Bericht vom 15. November. (W. L. B.)** **Westfront:** An der Karajowka in der Gegend der Höhen östlich vom Dorfe Synnija Dolna gingen unsere Truppen zum Angriff über und vertreiben den Feind aus unseren Gräben, die er an beiden Seiten der Straße südlich vom Dorfe Slabentyn besetzt hatte. Wir brachten Gefangene und zwei Maschinengewehre ein. Gegenangriffe des Feindes hatten keinen Erfolg.

**Kaukasusfront:** Am 13. November unternahmen die Türken eine Reihe von Angriffversuchen mit kleinen Verbänden von der Höhe Toront (?) nordwestlich von Gümüşhane in der Gegend von Beladischurgoliz (?) südlich von Rigi auf das Dorf Charafan (?) 40 Kilometer nordwestlich Risch) und in der Richtung auf Risch. Alle diese Versuche wurden in unserem Feuer vereitelt, das die Türken zwang, sich zurückzuziehen.

**Rumänische Front.** Siebenbürgen: Nördlich und südlich vom Ditoitale unternahmen die Rumänen einen Angriff und warfen den Feind zurück, wobei sie Gefangene machten und drei Maschinengewehre erbeuteten. In den Tälern der Flüsse Targuşi und Jiu dauern die hartnäckigen Angriffe des Feindes an. Dem Feind, der beträchtliche Verstärkungen an neu eingetroffenen deutschen Truppen erhalten hat, gelang es, an einigen Stellen die rumänischen Truppen zurückzudrängen. — Aus der Dobrudschka ist nichts von Bedeutung zu melden.

**Italienischer Bericht vom 15. November. (W. L. B.)** An der Trentiner Front Artillerietätigkeit und hartnäckige feindliche Bewegungen in der Gegend zwischen dem Gischal und dem oberen Teile des Asiatales. An der Front der julischen Alpen vereinzelte Artillerietätigkeit am oberen und mittleren Fionzo, auf den Höhen von San Marco und östlich von Görz. Am Morgen des 14. griff der Feind mit Kräften, die mit Sicherheit auf drei Bataillone geschätzt werden, den Vorsprung unserer Linie, der mit der „Haus der zwei Tannen“ genannten Stellung zusammenhängt, an. Rüst heftige, aufeinanderfolgende Angriffe wurden von unseren Truppen abgelehnt. Darauf beschloß der Feind mit zahlreicher Artillerie aller Kaliber die Stellung. Die Infanterie räumte hier am Nachmittag einige der am meisten ausgelegten vorgeschobenen Gräben. Auf dem Karst haben wir durch kleine Vorstöße noch einige Teile unserer Front verbessert und einige Gefangene gemacht. In der Nacht vom 14. warfen feindliche Wasserflugzeuge in der Gegend von Aquileja Bomben ab und töteten 2 Soldaten; 4 Frauen und Kinder wurden verwundet. Als Vergeltung stieg eines unserer Schwimmbatterien eilig auf und führte einen Angriff auf die feindliche Wasserflugzeugstation von Projocco und auf den Kai von Trieste aus, die mit sichtlichem Erfolge mit Bomben besetzt wurden. Feindliche Flugzeuge warfen einige Bomben auf Görz und einige Orte des unteren Fionzo, ohne Opfer oder Schäden zu verursachen.

**Rumänischer Bericht vom 15. November. (W. L. B.)** **Nord- und Nordwestfront.** An der Westgrenze der Moldau bis zum Slanio- und Otos-Tal ist der Feind durch unsere Truppen über die Grenze hinaus verfolgt worden. Wir machten 80 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten ein Maschinengewehr. Vom Putnati bis Brebelas keine Veränderung. Im Prachovatale griff der Feind von neuem wiederholt mit Unterstützung schwerer Artillerie an, wurde aber überall zurückgeworfen. Unsere Truppen halten ihre Stellungen. Im Altal hat der Feind Verstärkungen erhalten und uns gezwungen, gegen Soletuc und Brezoin ein wenig zurückzugehen. Im Jintale legte der Feind seinen Angriff mit Heftigkeit fort. Trotz aller Gegenangriffe wurden unsere Truppen gezwungen, sich auf die zweite Verteidigungslinie zurückzuziehen. An der Cerna keine Tätigkeit.

**Südfront:** An der Donau längs des ganzen Flusses gegenseitiges Infanterie- und Artilleriefeuer. In der Dobrudschka besetzten wir das Dorf Vondio an der Donau und rückten auf der ganzen Front vor. In der beiden letzten Tagen hat der Feind von neuem eine besondere Tätigkeit entfaltet. Feindliche Flieger überflogen Torna, Margurete und Jimicea und die Gegend von Giurgiu, Tulcea, Campulung, Sinala und Roman und warfen Bomben, wobei sie leichten Schaden anrichteten. Sie warfen Bomben auf die Hauptstadt und ihre Umgebung und töteten und verwundeten friedliche Einwohner, hauptsächlich Frauen und Kinder. Bei dieser Gelegenheit warfen sie eine große Anzahl Bomben über den Palast ab, wo die Königin und die rumänischen Prinzen wohnten, aber glücklicherweise hatten diese das Glück nach dem Tode des Prinzen Mircea verlassen. Wiederholt und besonders gestern überflogen die feindlichen Flieger kleine Städte und Dörfer, stiegen mit ihren Apparaten sehr tief hinunter und verfolgten mit Maschinengewehrfener die friedliche Bevölkerung, die sich auf den Straßen befand oder auf den Feldern arbeitete.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der englische Konsul in Aarhus, Kopenhagen, 15. November. (W. L. B.) „Skizabel“ berichtet, der englische Konsul in Aarhus, Thors, habe von der Stadtverwaltung verlangt, daß sie den Konjunkturfabriken, die Waren nach Deutschland ausführen, die Fabrikräume kündigen solle, andernfalls die englischen Kohlenlieferungen an die Stadt eingestellt werden. Die Stadt habe sich der Forderung gefügt und bereits sechs Betriebe die Fabrikräume gekündigt. Obwohl die Presse in Aarhus den Vorfall verschwiegen habe, sei er doch an die Öffentlichkeit gekommen. Das Ministerium des Äußeren habe darauf von dem Bürgermeister einen ausführlichen Bericht verlangt und werde voraussichtlich bei der künftigen englischen Gesandtschaft gegen das eigenmächtige Vorgehen des Konsuls protestieren.

**Zeitungsverbot in Kanada.** New York, 8. November. (W. L. B.) Aus Ottawa wird gemeldet, daß die Verbreitung der deutschfreundlichen (deutschfreundlichen) Zeitungen in Kanada verboten worden ist. Schwere Strafen und Kriegsmaßnahmen werden gegen jeden zur Anwendung kommen, der diese Zeitungen nach dem 11. November in seinem Besitz hat. Ebenso werden dem deutschfreundlichen internationalen Nachrichtendienst alle Erleichterungen verweigert.

## „Vorwärts!“

Den schönen Saal des Lehrervereins am Alexanderplatz hatte der Verein „Vorwärts“ zu seiner ersten größeren Versammlung gewählt. Der Leiter unzähliger Niefenlundgebungen der Berliner Arbeiter, Eugen Ernst, führte den Vorsitz und vor den dichtgedrängten Scharen sprach Scheidemann über den Krieg und die Partei. Es war eine Antwort auf Angriffe, aber Scheidemann, dessen besonderes Talent zu scharfer Rede so vielen Reichstagsdebatten ihren Charakter gegeben hat, blieb bei der Sache, der Sache des arbeitenden deutschen Volkes!

Was kann für die deutschen Arbeiter von heute jenes Wort des kommunistischen Manifestes sein, daß der Proletarier kein Vaterland habe? Wäre es nicht das schlimmste Armutszeugnis für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie in fünfzigjähriger Arbeit dies nicht geändert hätte! Ein Blick über die Grenzen zeigt uns, was wir hier geschaffen, so sehr wir auch wissen, was noch zu tun bleibt. Könnte uns unseres Landes Niedrigkeit gleichgültig sein? Wäre die Folge nicht auch bei uns der Lebensgedanke, und was bliebe neben den noch ganz anderen Militärausgaben dann für die sozialen und kulturellen Aufgaben des Reiches?

Die durchaus einheitliche Stimmung der Arbeiter aus der ersten Kriegszeit ist dahin. Aber nicht grundsätzliche Gegensätze spalteten uns, sondern jene Zustände, die jetzt auch Generalfeldmarschall Hindenburg vorführt, aber deutlich gekennzeichnet hat; sie haben den Zweifel, Widerspruch und schließlich Gegensatz in uns hineingetragen. Aber es handelt sich um unser Land, um unsere Selbstständigkeit und Entwicklungsfreiheit, und nicht um die Herren, die zufällig auf den Regierungsthronen sitzen. Und die sozialistischen Kongresse? Sie haben stets die Pflicht zur Landesverteidigung anerkannt.

Je näher waren wir und Frankreichs Sozialisten uns gekommen — die Verhältnisse waren härter, und zur selben Stunde wie wir bewilligten auch sie die Kriegskredite, mußten es tun, denn es gab keinen Ausweg.

Auf die Behandlung aller deutschen Versuche, den Frieden vorzubereiten durch die Sozialisten drängen, wollte Scheidemann nicht eingehen, denn trotz allem haben wir nicht zu vergessen, daß wir wieder zusammenkommen müssen.

Bewegte Worte für unsere Brüder drangen, der Nachweis, daß wenn unsere Landesverteidiger nicht am Stoch, an der Donau, an der Somme künden, wie die Feinde im Lande hätten und dann weiß Scheidemann nach, wie falsch es ist, Deutschland Eroberungspläne nachzulassen — diesem gegen Uebermacht stehendem Deutschland, das doch nicht Herr Peter Spahn oder Herr Dietrich Schäfer noch gar der überdies tote Herrenhauspräsident v. Wedel-Biedorf ist.

Mit klarer Bestimmtheit wies Scheidemann die gegen ihn gerichteten Vorwürfe ab, als deutete er nur die Kanzlerreden in unserer Sprache um. Nicht nur von Kriegskarten hat der Kanzler gesprochen — auch die sagen genug! — sondern doch auch von Hauptständern, ohne dies irgendwie einzuführen. Was bedeutet aber der Augenhändel für Deutschlands Arbeiter! Bei uns sind Eroberungsabsichten ausgesprochen von Privaten, Friedensangebote machte unsere Regierung — im feindlichen Ausland war es nicht selten umgekehrt. Das Bekenntnis des Kanzlers zum Grundgesetz des Rechts und der freien Entwicklung aller Nationen hat doch seine Bedeutung, die keiner leugnen kann. Er hat im Anschluß eine Annexion Belgiens weit von sich gewiesen und sich für den Staatenbund zur Friedenserhaltung erklärt. Wenn wir das dem Ausland zurufen — wer wollte da noch als Politiker hinüberreden: „Maukt nicht, er will ja doch anerkennen!“ Nach den Reden Wilsons, Gechs, Wellmanns, „Squiths“ ist die Zeit zur Verständigung gekommen und Weismann ist weitergegangen als jene. Wie lange noch dies Kämpfen der anderen um einzelne Meter Boden, die Ströme Blutes in monatelangen Stürmen trinken.

Die Heimkehrenden aber werden das verheißene neue Deutschland entschlossen wahrnehmen. Ungeheure Arbeit steht uns bevor und was wir dafür brauchen, sagte Scheidemann so:

Wenn Panatismus und Rechtsaberei siegen sollten, dann wehe dir, deutsches Volk, das sonst alles aus sich entwickeln kann.

Wir sind eingetretten allezeit für die Selbstständigkeit des Reiches, für die Freiheit des deutschen Volkes, gegen jegliche Eroberungspläne, für den Frieden. Das entspricht durchaus den Grundgesetzen unserer Partei, damit sind wir dem ganzen Volk gerecht geworden und auch der sozialistischen Internationale.

Einmal kommt der Frieden; wie wird dann des Volkes Stimmung sein? Gleichviel; sehr jeder, daß er vor seinem Gemissen bestehen kann. Wir wollen alle Kräfte sammeln, die bereit sind, der Selbsterfleischung entgegenzuwirken, alle, die am Bau des werdenden Deutschland im Sinne sozialistischer Weltanschauung mitwirken wollen. Wir wollen eine Sammelstätte sein für alle, die höher als die Kraft- und Schlagworte schägen die in der Organisation gesammelte Kraft. Und wir wollen diese Kraft beruhen im Interesse des verkündigten Volkes. „Vorwärts“ lautet die Parole, der „Vorwärts“ sei unser Banner!

Die Versammlung nahm diese Worte mit feierlichem Beifall auf und nahm einstimmig eine Entschlossenheit zur kräftigsten Verdorbeit für das Wort der Berliner Arbeiter an.

Die abziehenden 2000 Versammlungsbesucher hielten ein langentzehrtes Bild.

## Letzte Nachrichten.

**Motorboot gesunken.**

Emden, 16. November. (W. L. B.) Heute abend wurde ein mit etwa 40 Arbeitern besetztes Motorboot durch einen Schlepper gerammt. Das Boot wurde led und sank. Der größte Teil der Insassen soll gerettet sein. Einzelheiten fehlen noch.

**Der ägyptische Ahebiu zum Tode verurteilt.**

Beirut, 16. November. (W. L. B.) Die hiesigen Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung des Oberkommandos der 4. Armee, wonach das Kriegsgericht in Aleppo Hussein Kemal Pascha, der sich zum Ahebiu und dann zum Sultan von Ägypten erklärte, in Anbetracht dessen, daß er einen Bestandteil des türkischen Kaiserreiches unter fremde Herrschaft stellte, in contumaciam zum Tode verurteilt, und daß dieses Urteil bereits durch kaiserliches Erbe bestätigt wurde.

**Drohender Ausstand der Eisenbahner in New York.**

London, den 16. November. (W. L. B.) Nach Meldungen der „Financial News“ drohen die Eisenbahnangestellten in New York mit einem Ausstand, falls die Gesellschaften beim Gericht wegen des Streikes betr. den achtstündigen Arbeitslohn protestieren sollten, da dieses geschwindig aufstands gekommen sei. Man erblickt hierin einen ersten Akt. Die New York Central traf bereits Anstalten, um eine Entschädigung herbeizuführen. Man erwartet, daß die anderen Eisenbahngesellschaften sich bald entschließen werden.

# Gewerkschaftliches.

## Deutsches Reich.

### Eine Konferenz des Zentralvereins der Bildhauer.

Zum zweiten Male seit Kriegsbeginn traten Vertreter des Verbandes zusammen, um über wichtige Vereinsangelegenheiten Beratung zu pflegen. Die erste Konferenz fand im September 1914 in Berlin statt, die zweite im vorigen Monat in Leipzig, dem Sitze des Ausschusses. Außer dem Ausschuss waren vertreten: der Zentralvorstand und zehn Bezirkskommissionen, die elfte (Westfalen und Lippe) ist eingegangen, im ganzen Bezirk ist nur noch eine einzige Verwaltung. Vor zwei Jahren handelte es sich darum, den drohenden Zusammenbruch der Organisation zu verhindern, und zwar durch Zustimmung der Maßnahmen, die die Zentralleitung vortrug. Auf dieser Konferenz konnte zunächst berichtet werden, daß zwar der Mitgliederstand sehr zusammengeschmolzen (auf 1053 Ende des dritten Quartals dieses Jahres in 54 Verwaltungsteilen gegen 3741 in 93 Verwaltungen bei Kriegsbeginn), daß aber die Kassenlage der Organisation, wie die ganze Berufsgruppe und damit der Bestand des Zentralvereins zu irgend welchen Bedenken keinen Anlaß gibt. Wohl aber muß mit Schwierigkeiten nach Beendigung des Krieges gerechnet werden, und obwohl das noch nicht abzusehen ist, hielt man es doch für zweckmäßig, jetzt schon sich mit etwa zu treffenden Maßnahmen zu befassen.

Die Berufsfrage hat sich durch die anhaltend gute Konjunktur in der Holzbranche überaus günstig gestaltet, während sie in den vom Baumarkt abhängigen Branchen (Steinmetzen) noch immer stagniert. In der Holzbranche ist dauernder Mangel, daß die verlangten Arbeitskräfte nicht beschafft werden können. Die Konferenz hielt die von der Zentralstellenvermittlung getroffenen Maßnahmen gut, soweit als irgend möglich den Wünschen in bezug auf die zu belegenden Stellen Rechnung zu tragen.

Zugestimmt wurde dem Vorschlage der Zentralleitung, daß bei den eingezogenen Mitgliedern mit Beitragsresten, sofern sie mindestens ein Jahr im Heeresdienst sich befunden haben, eine Mitgliedszeit von 13 Wochen unter Berücksichtigung der Beitragsreste angerechnet wird mit der Aenderung, daß die Meldefrist bei der zuständigen örtlichen Verwaltung von 1 auf 4 Wochen ausgedehnt wird. Abgelehnt wurde, eine derartige Anrechnung von Beitragsresten auch auf nicht eingezogene Mitglieder auszuweiten. In diesen Fällen müsse das Statut auch während des Krieges volle Geltung behalten.

Die Frage der Anrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung bei der Unterstützung der Krankenkassen nach §§ 189 und 573 der Reichsversicherungsordnung kann endgültig erst vom nächsten Verbandstag erledigt werden. Bis dahin vorliegende Fälle sollen von der Zentralleitung entschieden werden. Zugestimmt wird, daß der Zentralvorstand über das Statut hinaus Rottkassenunterstützung auch an die Angehörigen der im Heeresdienst befindlichen bewilligt. Auch in diesem Jahre sollen den eingezogenen Mitgliedern Weihnachtsbesuche zugestimmt werden, die Erledigung erfolgt wiederum von den örtlichen Verwaltungen.

Ueber die Feuerungszulagen im Berufe fand eine eingehende Aussprache statt. Die Konferenz einigte sich dahin, daß in allen Verwaltungsstellen unter Beihilfe der Bezirkskommissionen nichts unversucht gelassen werden darf, um den Mitgliedern die so notwendigen Lohnsteigerungen, und sei es in Form von Feuerungszulagen, zuzuführen. In der Holzbranche dürfte in den weitaus meisten Fällen ein gemeinsames Vorgehen mit dem Holzarbeiterverband zu empfehlen sein. Zur Durchführung sei aber regie Agitation nötig, da leider circa 300 Mitglieder (bis Ende September d. J. ausgeschieden) werden mußten, die meisten in der ersten Verfügung nach Kriegsbeginn.

Für die Frage: „Kriegsschädigtenfürsorge und Arbeitsgemeinschaften“ zeigte die Konferenz das lebhafteste Interesse. Sie erklärte sich zustimmend zu den Ausführungen der Zentralleitung, nur wurden noch weitere Anregungen im Interesse der aus dem Heeresdienst Entlassenen gegeben.

Die Notwendigkeit einer Feuerungszulage an die Angestellten des Verbandes wurde anerkannt; vom März d. J. ab sollen ihnen 15 M. pro Monat und vom Juli d. J. ab 25 M. Zulage gewährt und nachgezahlt werden.

Die statutarische Generalversammlung (Verbandstag) wäre schon im vorigen Jahre fällig gewesen, sie soll bis nach Beendigung des Krieges vertagt werden. Sie hat sich mit wichtigen Angelegenheiten zu befassen: Tariffrage, Uebertrittsfrage (im Sinne des in München 1912 gefassten Beschlusses) in Verbindung mit einer Erhöhung der Unterstützungsätze und dann natürlich auch des Beitrages. Die Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß die Einberufung der Generalversammlung sobald als möglich nach Beendigung des Krieges erfolgen kann; allerdings hängt das mit davon ab, wie die Mitglieder aus dem Heeresdienst entlassen werden.

## Ausland.

### Kriegsfürsorge für die österreichischen Eisenbahner.

(IK) Die von den österreichischen Eisenbahnern unter Führung des Abgeordneten Lomaxil beim Eisenbahnministerium beantragte Erhöhung der Gehälter für exponierte Bedienstete und Arbeiter der Staatsbahnen ist nunmehr zum Teil von der Verwaltung gewährt worden. Nach einem Erlass des Ministeriums vom 28. Oktober beträgt dieser außerordentliche Zuschuß zu den normalen Löhnen und Gehältern für die IV. Dienstklasse 35 Proz., für die V. bis VIII. Klasse 40 Proz., für die IX. und X. Klasse 50 Proz., für Unterbeamten, Diener, Ausfühlsunterbeamten 50 Proz.

Ferner hat das Ministerium einen großen Posten von Leistungsfähigen Schiffschiffen angekauft, um ihn der Beamtenschaft zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen zu können, und schließlich mit dem Ackerbauministerium erfolgreich verhandelt, um den Tierzucht betreibenden Eisenbahnern Futtermittel zu beschaffen.

### Konferenz skandinavischer Gewerkschaftsführer.

(IK) Kopenhagen, 15. November. In Fortsetzung der vorigen Monat zu Stockholm abgehaltenen skandinavischen Gewerkschaftskonferenz trafen sich die Gewerkschaftsführer der drei nordischen Länder am 10. und 11. d. M. in Kopenhagen. Als Vertreter des internationalen Sekretariats war Genosse Wilhelm Jansson aus Berlin erschienen. Aus Schweden und Norwegen nahmen teil Herman Lindquist und Ole Bean, die Führer der beiden Landeszentralen. Die dänische Landeszentrale war durch Carl F. Rørdam, J. A. Hansen, Debebol und Stanning vertreten. Zur Erörterung gelangte außer inneren Angelegenheiten die Frage der geplanten internationalen Konferenz; es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Da es unter den zurzeit herrschenden Verhältnissen als schwierig angesehen werden muß, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz mit der Vertretung, die wünschenswert wäre, abzuhalten, da ferner die auf einer solchen Konferenz zu behandelnden Fragen noch nicht vorbereitet sind, beschließen die Vertreter der skandinavischen Landeszentralen, nach eingehender Beratung der Sachlage mit einem Vertreter des internationalen Sekretariats, dieses aufzufordern, die auf den 11. Dezember nach Bern einberufene Konferenz zu verschieben. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Verhältnisse sich derart verändert haben, daß mit größerer Aussicht auf allgemeine Beteiligung gerechnet werden kann, möge eine Konferenz einberufen werden, in welcher die Frage der Forderungen der organisierten Arbeiter beim kommenden Friedensschluß ebenfalls zur Verhandlung gelangen sollte.“

Dieser Beschluß wird dem internationalen Sekretariat zugestellt. Es dürfte, sagt der „Socialdemokrat“ bei, als wahrscheinlich anzunehmen sein, daß die Konferenz in Bern bis auf weiteres verschoben wird.

# Aus der Partei.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Altona wurden im Zeichen des Burgfriedens vier Bürgerliche und vier Sozialdemokraten, die Genossen Gauleiter Garfelberg, Gewerkschaftsangehörter Ostertag, Genossenschaftsangehörter Brauer und Journalist Stoll gewählt. Garfelberg und Ostertag gehörten dem Stadtverordnetenkollegium schon an.

## Aus den Organisationen.

In der Fortsetzung der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen wurde, wie das Sozialdemokratische Pressebureau mitteilt, eine von linksradikaler Seite eingebrachte Resolution, die auf eine Spaltung der Jugendorganisation hinauslief, abgelehnt. Im Anschluß an den am Dienstag erlassenen Bericht der Jugendkommission wurde von den Linksradikalen beantragt, den auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Redakteuren Sonnemann und Donath zu kündigen. Ueber den Antrag ist noch nicht abgestimmt. Angenommen wurde ein von Genosse Selämpfer Antrag, dem Vorstand des Ortsvereins 200 M. zur Förderung der Opposition zu bewilligen. — Die Versammlung wird nächste Woche fortgesetzt.

# Aus Industrie und Handel.

## Kohlenmangel und Kohलगewinne.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Wir lesen im „Vorwärts“, daß die Kohlenhändler in Berlin über Mangel an Zufuhren klagen und durch diese Lage der Eindruck erweckt wird, als ständen wir vor einer winterlichen Kohlennot. Demgegenüber kann zur Beruhigung des Publikums konstatiert werden, daß die Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den letzten Monaten nicht unerheblich gestiegen ist. Die zur Verfügung stehenden mineralischen Brennstoffe aus dem größten deutschen Kohlenrevier sind in diesem Jahre jedenfalls größer als vorjährig. In den anderen deutschen Kohlenzonengebieten ist die Förderung diesjährig auch höher. Rithin kann der gemeldete Kohlenmangel im Berliner Bezirk nicht auf eine zurückgehende Förderung zurückzuführen sein. Wir möchten behaupten, daß es sich nur um eine schnell vorübergehende Materialknappheit handelt, die behoben ist, sobald der Wagenumlauf wieder anders geregelt werden kann. Mehrere Zechen haben in den letzten Wochen wiederholt Feierschichten wegen Wagenmangel eingelegt, in einem Falle sogar mehr als drei im Monat Oktober. Nicht wenig andere Zechen legen keine Feierschichten ein, aber ein Teil der Förderung wird „gepöppelt“ auf den Werksplätzen, weil es an Eisenbahnwagen zum Abtransport fehlt. Die Eisenbahn ist stark belastet mit Nahrungsmitteltransporten (Kartoffeln, Rüben usw.), eine Erfahrung, die wir fast in jedem Herbst machen. Diesmal ist naturgemäß die Skalamität wegen der Inanspruchnahme des Maschinen- und Wagenparks durch die Heeresverwaltung nicht geringer. Aber ein Kohlenmangel herrscht in Deutschland nicht! Darum soll sich das Publikum nicht ängstigen und so den Interessenten an einer abermaligen Kohlenpreissteigerung die Hasen in die Küche jagen.

Daß keine weiteren Kohlenpreissteigerungen volkswirtschaftlich nötig, im Gegenteil die Ueberflüsse der Zechen sehr reichlich sind, weisen die Fachblätter der Bergarbeiter leicht nach. Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht die Tonnenüberschüsse einer großen Zahl von Steinkohlengruben. Durchweg haben alle im dritten Vierteljahr 1916 und im ersten Halbjahr 1916 höhere Tonnenüberschüsse als vorjährig, sie sind sogar meistens noch höher als in dem glänzenden Hochkonjunkturjahr vor dem Kriege. Ganz besonders gut geeignet für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Selbstkosten und Betriebsertrag ist die L.-G. Harpen. „Zu ihr“, so schreibt das genannte Fachblatt, „gehören 22 Zechen im rheinisch-westfälischen Gebiet, und zwar solche undurchschnittlicher, mittlerer und bester Qualität. Es ist die größte „reine“ Kohlenbergwerksgesellschaft Deutschlands. Bei dieser Gesellschaft betragen die

Förderung	Einnahmen f. Kohlen, Koks, Briffetts	Betriebsausgaben	Ueberflüsse	Gesamt-Ueberflüsse pro Tonne
Tonnen	in 1000 M.	in 1000 M.	in 1000 M.	in 1000 M.
1915/16: 7 802 353	10 084	7 818	2 266	3 008
1913/14: 8 206 664	9 524	7 856	2 168	2 886

Trotz der Erhöhung der Materialkosten, Löhne und sonstigen Selbstkosten, trotz geringerer Ausnutzung der Betriebsanlagen ist doch der von der Gesellschaft befanntgegebene Ueberfluß 1915/16 sogar noch erheblich höher pro Tonne als selbst in dem auch guten Geschäftsjahr 1913/14.

Die Durchschnittserlöse pro Tonne betragen bei Harpen:

	1915/16	1913/14	1912/13
Kohlen . . . . .	14,86 M.	11,85 M.	11,84 M.
Koks . . . . .	17,99 „	17,18 „	15,98 „
Briffetts . . . . .	16,17 „	13,88 „	12,82 „

Als durchschnittliche Selbstkosten pro Tonne Kohlen sind angegeben:

	1915/16	1913/14	1912/13
1915/16	11,81 M.	9,85 M.	9,41 M.

Unterschied zwischen Selbstkosten und Erlös:

	1915/16	1913/14	1912/13
3,05 M.	2,05 M.	1,98 M.	

Die Herstellungskosten pro Tonne werden werksseitig wie folgt angegeben:

	1915/16	1913/14	1912/13
Koks . . . . .	1,60 M.	1,86 M.	1,22 M.
Briffetts . . . . .	4,16 „	3,47 „	3,25 „

Mithin sind von 1912/13 bis inkl. 1915/16 gestiegen pro Tonne

	die Herstellungskosten	die Erlöse
bei Koks . . . . .	0,38 M.	2,01 M.
bei Briffetts . . . . .	0,91 M.	3,35 M.

Sind da noch weitere Kohlenpreissteigerungen volkswirtschaftlich zu rechtfertigen?“

### Keine Erhöhung der Braunkohlenbriffettpreise notwendig!

Die Braunkohlenbriffetts sind der hauptsächlichste Hausbrandstoff für die Berliner Bevölkerung. Seit Kriegsbeginn sind die Preise schon ganz bedeutend gestiegen worden. Nun ist wieder eine intensive Agitation für eine neue Preissteigerung im Gange. Auch die Besitzer der Braunkohlengruben und Briffettfabriken können es angeblich ohne eine weitere Preissteigerung „nicht länger mehr aushalten“. Dabei betragen die Ueberflüsse bei:

	1915/16	1914/15	1912/13
Alte (Niederlausitz) . . . . .	11 611 404	9 758 510	8 808 969
Eintracht (Niederlausitz) . . . . .	4 541 917	4 270 492	4 437 908
Niederlausitzer Kohlenwerke . . . . .	5 454 357	4 515 359	4 657 562
Niederrheinische Montanwerke . . . . .	11 827 696	9 073 737	8 884 189
Westfälisch-Weichen. A.-G. . . . .	3 850 491	3 153 405	3 509 690
Rh. L.-G. f. Braunkohlenb. . . . .	8 900 593	7 115 883	6 085 722
Hallische Pfännerhütte . . . . .	1 688 942	1 226 884	1 012 787
Hubeitus Braunkohlen-A.-G. . . . .	634 000	633 700	546 870
Knobbergrube A.-G. (Brühl) . . . . .	6 208 668	6 026 264	6 804 387
Braunl.-J.-A.-G. Jankau . . . . .	076 829	363 941	680 314
Brud.-Niedelbener Bergb.-A. . . . .	587 076	532 086	328 412
Prehliger Braunl.-A.-G. . . . .	578 666	424 246	292 442
Anhalt. Kohlenw. in Halle . . . . .	2 859 223	2 080 820	2 007 024

Ueber die Lage der Braunkohlen- und Briffettindustrie urteilte die „Industrie“, ein Unternehmerorgan (Nr. 3, 1916), sie sei 1915 schon gut gewesen; die Förderziffern gingen „fast ausnahmslos in die Höhe“, die „Einstellung weiblicher Arbeiter bewährte sich“. Das Blatt nennt einige erheblich erhöhte Gewinnziffern kleiner Werke und schreibt, weil es sich um kleine Betriebe handle, „gerade deswegen . . . sind sie (die Gewinnziffern) für die gute Entwicklung der Braunkohlenindustrie im letzten Jahre doppelt wertvolle Belege; denn was von ihnen gilt, wird in noch höherem Maße für die bekannten Großwerke im Braunkohlenbergbau zutreffen.“ Trotzdem macht das Blatt für eine neue Preissteigerung Stimmung. Die starke Ueberflüsszunahme der Werke und die allgemeine Nahrungsmittelteuerung müssen der Regierung doch sagen, daß sie keine weitere Preissteigerung auf dem Kohlen- und Briffettmarkt zulassen darf.

# Soziales.

## Zur Versicherung feindlicher Ausländer.

Die in der Nr. 260 des „Vorwärts“ erwähnte Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach feindliche Ausländer gegen Unfälle nicht versichert sind, liegt jetzt im Wortlaut vor („Kompas“, Nr. 21). Sie läßt erkennen, daß das Oberversicherungsamt die Verursachung der Unfälle der Unfallsrente verurteilt hatte, wobei es von den Tatsachen ausging, daß der Kläger sich an seinem Aufenthaltsort frei bewegen und über seinen Arbeitslohn verfügen durfte, daß die Versicherungsbeiträge für ihn gezahlt worden sind und daß ihm gegenüber die Ortspolizeibehörde von einer wiederholten Meldung abgesehen hatte. Diese Umstände erklärte das Reichsversicherungsamt als von untergeordneter Bedeutung gegenüber den allgemeinen Anordnungen, die den bei Kriegsausbruch in Deutschland weilenden russisch-polnischen Arbeitern gegenüber getroffen worden seien und die eine derartige Einschränkung der persönlichen Freiheit mit sich gebracht hätten, daß diese Arbeiter versicherungstechnisch als unfrei anzusehen seien. „Als unfreie Arbeiter unterliegen sie aber nicht der Versicherungspflicht, denn auf allen Gebieten reichsgesetzlicher Versicherung ist Voraussetzung, daß sich die Arbeiter bei der Uebernahme und Ausführung der Arbeit im Besitz der persönlichen Freiheit befinden und keinem obrigkeitlichen Zwange unterliegen.“ (La 709/16 88) Dieses Urteil wurde gefällt einem Ranne gegenüber, der seit 15 Jahren in Deutschland wohnt und höchstwahrscheinlich während all dieser Jahre in versicherungspflichtiger Beschäftigung war. Hätte dieses Urteil kommen müssen? Nein! Wenn auch der Beschlußsenat der Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in verschiedenen Entscheidungen dahin ausgesprochen hatte, daß keine Kranken- und Invalidenversicherungspflicht für die zurückgekehrten russisch-polnischen Arbeiter bestehe, so waren die Spruchsenate an diese Beschlüsse nicht gebunden. Es darf dabei auch daran erinnert werden, daß ein anderer Senat der Unfallabteilung kürzlich andere Grundbände vertreten hat. Dabei handelte es sich allerdings um solche russisch-polnische Arbeiter, die während des Krieges nach Deutschland gekommen sind, um hier zu arbeiten. Obgleich auch diese weitgehenden Aufenthaltsbeschränkungen unterliegen, wurden sie für versicherungspflichtig erklärt. Dieselben Grundbände hätten sich auch hier, ohne den Verhältnissen Zwang anzutun, ruhig anwenden lassen. Es werden nun die früher in Deutschland geweienen und hier geliebten russisch-polnischen Arbeiter anders behandelt als die während des Krieges zugereisten. Sie sind minderen Rechts als jene. Ein ganz unhaltbarer Zustand, der um so widerwärtiger ist, weil die früher hier geweienen sich schon Rechte erworben hatten in den verschiedenen Versicherungszweigen. Da wirkt die von uns schon abgedruckte Bekanntmachung des Bundesrats vom 2. November (siehe Nr. 260) wie eine Erlösung. Aber sie geht nicht weit genug. Sie erstreckt sich nur auf die Krankenversicherung. Sollen nun bei Betriebsunfällen nur die Krankenkassen in vollem Umfang belastet werden, die Versicherungsunternehmen aber befreit bleiben? Soll die Invalidenversicherung, die unter Umständen jahrzehntelange Beiträge einnahm, mit einem Schlage all ihrer Verpflichtungen ledig sein? Sollen all diese Arbeiter, da der Krieg nun schon länger als zwei Jahre dauert, ihre erworbenen Anwartschaften verloren haben? Hier muß der Bundesrat ganze Arbeit machen. Er muß die Versicherungspflicht auf alle Gebiete der Arbeiterversicherung und auch auf die Angestelltenversicherung ausdehnen und er muß, abweichend von seiner Bekanntmachung vom 2. November, seinen Maßnahmen auch rückwirkende Kraft verleihen vom Tage des Kriegsbeginns an. Es kann nicht angehen, daß den Unternehmern, die in den Ausländern schon besonders willige Arbeitskräfte haben, auch noch einen Extragewinn in die Taschen gesteckt wird, dadurch, daß sie die Versicherungsbeiträge sparen. Unter Umständen kann das sogar für die Unternehmer ein recht kostspieliges Geschenk werden, nämlich dann, wenn nachgewiesen wird, daß sie bei einem Unfall ein Versehen trifft und ihnen dann der Schadenertrag auferlegt wird. Uebrigens können die Angehörigen des neuen Reichsreichs Polen doch tatsächlich nicht mehr als feindliche Ausländer angesehen werden.

## Eingegangene Druckschriften.

Die öffentliche Kinderfürsorge eine Kulturfrage unseres Volkes. Vier Aufsätze von Prof. Dr. E. R. Klammer. 50 Pf. R. Scheller, Frankfurt a. M.

Vor Hybern. Gedichte von H. R. Meyer. 95 S. Falken-Verlag, Darmstadt.

Im Kriegszugzug. Von R. Reuquadt. Geb. 1 M. — Das Abendrot. Romane von J. Eiche. 3,50 M., geb. 4,50 M. S. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 90.

Die Lösung der sozialen Frage durch „Lebenslauf und Sorgenfrei“. Von G. Heinrich. 1 M. Selbstverlag in Berlin-Charlottenburg, Genthofstraße 19.

Gedichte in einer Reihe. Von G. Droste. 1,20 M. Caidborn-Verlag, Hamburg.

Von dem bildenden Kunst. Herausgegeben von G. Rechner. Geb. 12 M. — Die Liebe des Severin Imboden. Roman von G. Zahn. 4 M., geb. 5 M. — Franziska. Roman von Lieblich. 4 M., geb. 5 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Jährlich fast zeitweise neblig, sonst vielfach heiter; keine oder mäßige Niederschläge, auch in der Nacht zu Sonnabend überall Frost.

# Die Frage der allgemeinen Arbeitspflicht.

## Das englische Munitionsgesetz.

In der Organisation der Munitionsindustrie ist England und Deutschland vorangegegangen.

Im Mai 1915 brachte die englische Regierung eine Vorlage ein, die die Schaffung eines Munitionsministeriums bezweckte. In ihrer ursprünglichen Fassung sah die Vorlage auch den industriellen Arbeitszwang vorgesehen zu haben. Sie stieß deshalb auf Opposition und wurde umgeändert, aber die Regierung behielt sich vor, eine besondere Vorlage einzubringen, um auch den Arbeitszwang durchzusetzen. Zum Munitionsminister wurde Lloyd George ernannt, der im Juni mehrere geheime Konferenzen mit den Gewerkschaftsführern abhielt und ihre Zustimmung zu einer Munitionsvorlage erlangte, die sofort im Parlament eingebracht und ohne lange Debatten angenommen und zum Gesetz (Munitions of War Act) erhoben wurde.

Das Gesetz ist sehr umfangreich. Der erste Teil handelt von der Beilegung von gewerblichen Streitigkeiten. In allen Munitionsfabriken und in allen mit diesen in Verbindung stehenden Fabriken und Arbeitsstätten sind Streiks und Ausperrungen untersagt. Kommt keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande, so werden die Streitpunkte vor ein Schiedsamt gebracht, dessen Urteil endgültig ist. Der zweite Teil des Gesetzes gibt dem Munitionsminister die Befugnis, alle zur Geschossherstellung geeigneten Fabriken und Werkstätten unter staatliche Aufsicht zu stellen und sie dem Munitionsgesetz zu unterwerfen. Sie werden zu „Controlled Establishments“, in denen sämtliche Gewerkschaftsgebräuche, die den Produktionsprozess beschränken, beseitigt werden. Dieser Paragraph lautet: „Alle Regeln, Gebräuche und Gepflogenheiten, die keine gesetzliche Sanktion haben und die die Tendenz haben, die Produktion oder die Beschäftigung zu beschränken, sollen aufgehoben werden (suspendiert); wer einen Unternehmer oder einen Arbeiter anreizt oder ermutigt, diese Regeln, Gebräuche und Gepflogenheiten aufrechtzuerhalten, macht sich strafbar.“ Ebenso soll in diesen „kontrollierten“ Fabriken der Unternehmerprofiß beschränkt werden: er darf nur um ein Fünftel den früheren Durchschnittsprofit übersteigen. Die Arbeitsordnung in diesen Fabriken wird vom Munitionsminister festgelegt. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Arbeitsordnung sind strafbar. Der Unternehmer hat jedoch die Macht, den Betrieb zu ordnen und für die Erhöhung der Ausbeute zu sorgen. Kein Arbeiter darf in der Regel seine Arbeitsstelle ohne Einwilligung des Unternehmers kündigen. Kein Unternehmer darf einen Arbeiter beschäftigen, der in den vorhergehenden sechs Wochen eine Munitionsfabrik ohne Einwilligung des Unternehmers — also ohne Abgangszeugnis — verlassen hat. Will ein Arbeiter seine Stelle wechseln, so darf er beim Munitionstribunal (lokale Munitionsämter) Beschwerde führen und einen Gerichtsentscheid verlangen. Auf Anordnung des Munitionsministers sollen die Munitions- und sonstigen Kriegsarbeiter gewisse Abzeichen tragen.

Die Munitionsgerichtsbehörde bestehen aus mindestens drei Personen. Eine wird vom Munitionsminister ernannt; die übrigen werden zur Hälfte von den Unternehmern und den Arbeitern auf besonderen Listen vorgeschlagen und vom Munitionsminister ernannt. Was die Strafe anbetrifft, so wird ein Unternehmer, der seine Arbeiter aussperrt, für jeden Tag mit 5 Pfund Sterling (100 Mark) bestraft, ebenso jeder Arbeiter für jeden Streiktag. Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitsordnung werden mit 3 Pfund Sterling (60 M.) und im Nichtzahlungsfalle mit Gefängnis bestraft.

Nach Friedensschluss sollen die alten Gewerkschaftsregeln wiederhergestellt werden.

Auf Grund dieses Gesetzes werden sämtliche Beschränkungen über Zahl der Lehrlinge, Ausübung gewisser Berufe und Arbeitsprozesse durch gelernte Arbeiter, Nichtzulassung von weiblichen Arbeitern usw. aufgehoben. Auf Anordnung der Unternehmer werden gelernte und nichtgelernte Arbeiter sowie männliche und weibliche Personen nebeneinander an Maschinen gestellt, um die Herstellung von Munition und sonstigem Kriegsmaterial aufs höchste zu steigern.

Die Sonntagsruhe sowie sämtliche zweiten Feiertage und die besonderen „holidays“ (Ruhe- und Belustigungstage) sind aufgehoben.

## Der Kriegsarbeitszwang in Oesterreich.

Im Spätherbst 1915 wurde in Oesterreich das Gesetz über die Kriegsdienstleistungen erlassen, und zwar, da Oesterreich damals verfassungsmäßig regiert wurde, unter Mitwirkung des Parlaments. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben an dem Gesetz, dessen Anlaß die damals vom Balkan her drohenden kriegerischen Verwickelungen waren, sehr tatkräftig mitgearbeitet; sie haben zwar einige Verbesserungen durchgesetzt, blieben aber in wichtigen Fragen gegenüber dem Einspruch der Regierung in der Minderheit. Der jüngst in Wien abgehaltene Arbeitertag hat in dem Referat des Abg. Domes vom Metallarbeiterverband und in der eingehenden Diskussion eine große Fülle von Beschwerden gebracht, die zum Teil in der Fassung, zum weitaus größten Teil aber in der Handhabung des Kriegsdienstleistungsgesetzes ihren Grund haben.

Das Gesetz selbst regelt auch die sachlichen Kriegsdienstleistungen, wie Hergabe von Transportmitteln, Materialien und Betrieben für die Kriegsführung. Dies ist im Deutschen Reich längst gesetzlich geregelt und wir wollen deshalb nur die auf persönliche Kriegsdienstleistungen sich beziehenden Bestimmungen des österreichischen Gesetzes vom 17. Dezember 1915 und der (im Mai 1915 unwesentlich abgeänderten) Durchführungsverordnung des I. u. I. Ministeriums für Landesverteidigung, die erst einige Zeit nach Ausbruch des Weltkrieges erschienen, hier darsetzen.

Das Gesetz bestimmt, daß alle arbeitsfähigen Männer vom 17. bis 50. Lebensjahr (diese Grenze wurde vor einigen Monaten durch eine k. k. Verordnung bis zum 55. Jahr hinausgeschoben) zu Kriegsdienstleistungen sowohl für die Zwecke der Kriegsmacht, als auch im Interesse der Kriegsführung in Anspruch ge-

nommen werden können, insofern diese Erfordernisse nach den im Frieden üblichen Mobilitäten nicht rechtzeitig oder aber nur mit unverhältnismäßig größerem Kostenaufwand zu beschaffen wären. Die Anforderungen haben sich auf den unbedingten Bedarf zu beschränken. Die Verpflichtung dazu besteht in allen Fällen nur nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Es ist für die Leistungen entsprechende Vergütung zu gewähren. Wenn irgend tunlich, sind nur solche Personen, die vermöge ihrer gewöhnlichen Beschäftigung zu den betreffenden Arbeitsleistungen geeignet sind, dazu heranzuziehen. Unbedingt befreit sind die geistig und körperlich ungeeigneten, die Staats- und öffentlichen Beamten, Gemeindevorsteher und Kraft anderer Gesetze vom Landwehrdienst entbundenen Stelleninhaber, endlich Personen, die durch internationale Verträge oder nach völkerrechtlichem Gebräuche befreit sind. Von längerdauernder Arbeit und solcher außerhalb des Aufenthaltsortes sind befreit: selbständige Unternehmer und solche, deren besonders rücksichtswürdige Familienverhältnisse eine Gefährdung der Existenz ihrer Familie erwarten lassen würden.

Das Personal von Kriegsleistungsbetrieben ist verpflichtet, im Arbeitsverhältnis zu bleiben, bis die Kriegsdienstleistung des Betriebes aufhört oder sie persönlich entbunden werden; die anderen Angehörigen dieses Personals können im Falle rechtmäßiger Lösung ihres Arbeitsverhältnisses vom Unternehmer nicht gehalten werden. Arbeiter erhalten für Abnutzung und Beschädigung mitgebrachten Werkzeuges bei der Entlassung eine Entschädigung. Erkrankte Kriegsdienstleister haben Anspruch auf unentgeltliche Behandlung in einer Militärärztl. Anstalt. Hilfsbedürftige Familien erhalten die gleiche Angehörigenunterstützung, wie bei zum Wehrdienst eingezogenen Militärlieferanten.

Die Kriegsdienstleister sind zu unbedingtem Gehorsam gegen die militärischen Betriebsleiter verpflichtet; über Verletzungen dieser Pflicht entscheidet die Militärgerichtsbarkeit, dem militärischen Leiter steht die Disziplinarstrafgewalt zu.

Jur. Entscheidung über Ansprüche der Kriegsdienstleister sind gemischte Bezirks- und Landeskommissionen eingesetzt. Alle Schriftstücke in Kriegsleistungsangelegenheiten sind gefahrlos.

Der Durchführungsvorgang entnehmen wir: Die Kriegsdienstleister sind, sofern es sich nicht um Leistungen im Gefolge der bewaffneten Macht handelt, zunächst dem Verwendungsort oder seiner nächsten Umgebung zu entnehmen. Bei der Inanspruchnahme von Betrieben ist der Unternehmer vertraglich zu verpflichten, ohne Einverständnis des Arbeiters weder bestehende Löhne, Dienst- oder Arbeitsbedingungen abzuändern, noch Wehrleistungen ohne angemessene Vergütung zu fordern. (Das steht aber nicht im Gesetz selbst! D. Red.) Es wird weiter bestimmt, daß, wenn der Arbeiter nach den gesetzlichen Vorschriften (Gemeinverordnungen) berechtigt ist, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen, der Unternehmer ihn nicht halten darf. Die für zivilrechtliche Arbeitsverhältnisse eingesetzten Gerichte (Bezirks- oder Gewerbegerichte) bleiben aufrecht. Die Vergütung besteht in barem Tagelohn und allfälligen Kostenerlös für Dienstreisen; wird Naturalverpflegung gewährt, deren Ausmaß festgelegt ist, so wird der vorzuzugsfähige Betrag dafür von der Vergütung abgezogen. Die Vergütung, die nach dem über Arbeiterlöhne vorher Befragten sich nicht auf requirierter Betriebe beziehen kann, beträgt höchstens die Deutnantbezüge u. um für solche Dienste, die beim Militär von Offizieren versehen werden; höchstens 8 Kronen täglich für Krankenpfleger, 6 Kronen für Verkehrsunterbeamte usw., 8 Kronen für Fahrwärter, Tierführer, Treiber usw. Die Vergütung soll jedoch den ordentlichen Tagelohn nicht überschreiten, solange der Kriegsdienstler in seinem ordentlichen Aufenthaltsort ist. 8 Kronen täglich ist überhaupt als Höchstmah der Vergütung genannt. Ausdrücklich wird gesagt, daß das Personal requirierter Betriebe so wie bisher zu entlohnen und Wehrleistung angemessen zu vergüten ist. (Es fehlt aber eine Bestimmung darüber, was diejenigen bekommen, die aus anderer Beschäftigung in solche Betriebe eingeteilt werden! D. Red.)

Die Verordnung bestimmt endlich, daß Kriegsdienstleister nicht auf die Kriegsartikel verpflichtet werden; sie unterliegen daher nicht dem Militärstrafrecht über Militärverbrechen und -delikte; wohl aber tun das die auf Kriegsschiffen Dienenden, auf den Flaggeneid verpflichteten Kriegsdienstleister.

Bei Disziplinarstrafen ist zu beachten, daß Kriegsdienstleister von Offiziersdiensten den Offizieren, Werkmeister und Unterbeamten den Feldweibern, Maschinenisten usw. den Zugführern (Segeanten), Schmiede usw. den Korporalen und ungelernete Arbeiter und Knechte den Gemeinen gleichsteht. Dasselbe gilt für die Gewährung von Unterkunft. (2)

## Eine Woche der Vorbereitung.

Von Richard Gädte.

In der vergangenen Woche haben weder im Westen noch im Osten große Schlagen von weittragender Bedeutung stattgefunden. An der Somme steht die verhältnismäßige Ruhe merkwürdig ab von dem gewaltigen Andrang der Franzosen und Engländer am 6. November. Jetzt, nachdem er mit gewaltigen Verlusten mißglückt ist, wollen sie es freilich nicht wahr haben, daß es sich an jenem Tage um einen neuen großen Durchbruchversuch gehandelt hat, sondern sprechen nur von einzelnen Teilangriffen, die ihren Erfolg hinwegwischen soll. Die ungeheure Zahl ihrer Toten, die in Reihen übereinander vor unseren Stellungen lagen, predigt mit stummer Eindringlichkeit das Gegenteil. Wir dürfen also annehmen, daß bei unseren Gegnern zunächst eine große Erschöpfung und ein Mangel an Schießbedarf eingetreten ist. Der letztere wohl noch vermehrt durch die Zerstörung ihres umfangreichen Munitionslagers von Cécilly, bei Bray an der Somme, die unserem Fluggeschwader am 6. November gelang. Bei der großen Ueberlegenheit unserer westlichen Gegner konnte sie ihre zeitweise Ermattung natürlich nicht hindern, in zahlreichen Teilangriffen eine drückende Verbesserung ihrer Stellung anzustreben. Nur zum allgemeinen Massenangriff und zum Trommelfeuere auf dreier Front langten die Kräfte, und langten auch die Verfassung der Truppen nicht mehr.

Noch ruhiger war es im Osten, wo die Unternehmungslust seit einigen Wochen fast nur bei unseren eigenen Truppen zu spüren war, während die Russen gegen ihre glücklichen Vorstöße wohl Gegenangriffe versuchten, aber ohne Erfolg.

Wir werden aus dieser seit einer Woche anhaltenden Lage nicht schließen dürfen, daß ihr eine längere Dauer beschieden sein wird, oder daß wir uns etwa gar im Beginn einer Art von Winter-

ruhe befinden. Die Erfahrungen der ersten beiden Kriegsjahre sprechen dagegen. Sowohl der Winter 1914/15 wie besonders der von 1915/16 waren durch sehr lebhaft Kämpfe im Osten wie im Westen ausgefüllt, die wenigstens auf dem russischen Kriegesgebiet im ersten Jahre, auf dem Balkan im zweiten Jahre die Lage auch merklich beeinflusst haben. Für die Gegenwart aber würde es noch verkehrter sein anzunehmen, daß die Anstrengungen unserer Gegner in absehbarer Zeit erlahmen könnten, weil sie bereits vor einer beginnenden Erholung ihrer Kräfte ständen. Das ist nicht einmal für Frankreich zutreffend, das doch die ungeheure Last des Krieges am sichtbarsten an seinem eigenen Körper spürt. Ich berechne die französischen Verluste im allgemeinen, und besonders in der Sommeroffensive höher, als gewöhnlich bei uns geschieht. Trotzdem halte ich die Annahme für vorzeitig, daß Frankreich bereits im Laufe dieses Winters durch Mannschafsmangel an der Fortsetzung seiner Offensive verhindert sein könnte. Schon die große Müdigkeit und die Entschlossenheit seiner Angriffe an der Somme und bei Verdun, die in nicht eine Erschöpfung der Willenskraft merken läßt, spricht dagegen. In dieser einen Beziehung können wir den Franzosen, als unserem tapfersten Gegner, nur unsere Hochachtung aussprechen. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß ich bereits im Jahre 1909 geäußert habe, die Tüchtigkeit des französischen Heeres zu unterschätzen. Durch Heranziehung aller Mannschaften, die irgendwie noch als diensttauglich gelten können, oder unter normalen Bedingungen es nicht einmal mehr könnten, aus ihren Beschäftigungen hinter der Front, durch Aushebung der ältesten wie der jüngsten Jahrgänge und endlich durch immer steigende Verwendung gelber, brauner und schwarzer Franzosen, die mit Gewalt gepreßt werden, wenn sie nicht mehr freiwillig kommen, werden sie ihre großen Väden nicht beden können. In weit höherem Maße gilt das für die Engländer. Sie sind entschlossen, diesen Krieg, ohne sich um besondere Kriegsziele viel zu kümmern, fortzusetzen bis zum vollen Sieg oder bis zur unabwendbaren Niederlage. Sein oder Nichtsein ist ihre Lösung, und so setzen sie ihre ganze große staatliche Kraft an die Gewinnung der erforderlichen Menschenmengen, wie an die Herbeischaffung eines Kriegsmaterials, dessen Grobheitigkeit aller bisherigen Vorstellungen spottet, so führen sie nicht nur die freigebig gespendete Mannschaft ihrer Kolonien, sondern Portugiesen, Perber, Indier gegen und heran, operieren kaltherzig die Reste des serbischen Heeres, werden Amerikaner an, suchen die Griechen in ihren Dienst zu zwingen, die mißhandelten Iren nutzbar zu machen und auch die Spanier zu verführen. Aus ihrer eigenen nationalen Kraft werden sie mit angelächelter Rücksichtslosigkeit noch immer wieder Hunderttausende gewinnen, und sie zu Hause mehr und mehr durch Frauen ersetzen. Es ist die Ueberzeugung, die ich durch Beobachtung des Ganges der Dinge gewonnen habe, daß sie nicht nur die Väden ihres Heeres werden beden, sondern noch neue Streitkräfte werden aufstellen können. Nachdem sie sich einmal entschlossen haben, für den schwersten Krieg ihrer Geschichte zum ersten Male ihr eigen Blut wie Wasser zu verspritzen, werden sie diesen Weg bis zum äußersten Ende gehen.

Es wird großer und gewaltiger Anstrengungen unserer eigenen Völkes, des gesamten Einsatzes unserer Volkskraft an Menschen, Geld und Industrie bedürfen, um demgegenüber unseren Verteidigungskrieg zum siegreichen Ausgang zu führen.

Der vierunddreißigmonatige Angriff der Engländer und der Franzosen an der Somme hat ihnen zwar einen nicht unbedeutenden Raumgewinn eingetragen, ihnen aber zugleich ungeheure Opfer gekostet und sie ihrem Ziele, die Deutschen zu schlagen und aus Frankreich zu verdrängen, kaum irgendwie näher gebracht. Aber gerade die Größe ihrer blutigen Einbuße zwingt ihre Heeresleitung zur hartnäckigen Fortsetzung der Angriffe; denn nur der volle Erfolg kann die Höhe der Verluste in den Augen ihres eigenen Volkes rechtfertigen. Darum werden wir am sichersten gehen, wenn wir mit neuen Anstrengungen der Gegner rechnen und die verhältnismäßige Ruhe der letzten Woche nur als eine Zeit der Vorbereitung betrachten. Sofern es ihre Kräfte irgend gestatten, werden unsere Gegner eher noch daran denken, den Umfang ihrer Angriffe zu erweitern, als sie aufzugeben.

Das gleiche gilt übrigens von den Italienern. Wir wissen, daß ihre neu mit starken Massen angelegte Offensive im wesentlichen ein großer Mißerfolg war, der sie zwingt, bereits nach vier Tagen von der Fortsetzung der Angriffe Abstand zu nehmen. Allein der vergebliche Kampf um das Dorf Casperegazza soll sie 15 000 Mann gekostet haben. Gleichzeitig aber läßt sich, daß große Mengen neu ausgebildeter Rekruten den geschlagenen Resten ihrer Heere zugeführt werden, und daß mit einer baldigen Erneuerung ihrer Offensive gerechnet werde. Der Opfer sind auch hier noch immer nicht genug gebracht. Wir verlassen uns darauf, daß durch das mit furchtbarem Treffsicherheit arbeitende Trommelfeuere unserer Verbündeten und die niedermähernde Kraft ihrer zahlreichen Maschinengewehre auch in Zukunft die verzweifeltsten Versuche Cabornas vereitelt werden.

Die Lage auf dem weiten östlichen Kriegesgebiet wird dadurch gekennzeichnet, daß die russischen Kräfte offenbar stark in Anspruch genommen sind durch die Hilfeleistung, die sie dem schwer gefährdeten Rumänien bringen mußten. Hauptsächlich aus diesem Grunde verhalten sich ihre Heere zwischen Ostsee und Karpaten seit geraumer Zeit unaktiv. Gingen haben unsere Truppen am 9. November bei Skodowa, in der Gegend von Karanowitzki und am 10. abermals an der Karajowka, in Ostgalizien glückliche Vorstöße gemacht, denen an den folgenden Tagen mißglückte russische Gegenangriffe folgten. Auch hier aber dürfen wir annehmen, daß der Gegner hinter der Front mit allen Kräften weiter rückt, schon jetzt verspricht er uns für das nächste Frühjahr eine neue große Offensive.

Auf dem rumänischen Kriegeschauplatz hat sich das Eingreifen russischer Verstärkungen an zwei Stellen bemerkbar gemacht. An der Ostgrenze Siebenbürgens ergriffen sie die Offensive und machten vom 4. bis zum 7. November Fortschritte, die sie erneut auf ungarischen Boden führten. Am 8. griffen dann deutsche Kräfte ein und warfen sie in glücklichen Gefechten auf die Grenze zurück.

In der Dobruđa hat ein russisches Heer unter dem Befehl des Generals Sacharow, das am 6. oder 7. November seine Vorbewegung in südlicher Richtung antrat. Am 8. wichen die deutsch-bulgarischen Truppen planmäßig aus und gaben auch Harjowa an der Donau wieder auf. Vom Westen her führten russisch-rumänische Kräfte gegen Eranowoda vor, wo wir die berühmte große Donaubrücke sprengten. Am 12. November war der Vormarsch vor unseren Stellungen zum Stehen gekommen.

Inzwischen herrschte in der ganzen vergangenen Woche an der siebenbürgischen Südfont lebhafteste Gefechtsaktivität. In zähem Vorbringen gewann die Armee Falkenhayn allmählich an allen Pässen, die auf rumänisches Gebiet führen, mehr und mehr

Boden gegenüber dem erbitterten Widerstand der Rumänen. Im ganzen fielen über 5000 Gefangene in die Hände unserer Truppen. Ohne Mühe erkennen wir, daß die feindlichen Heeresleitungen dem Balkan ein steigendes Interesse zuwenden. Der französische Kriegsminister Roques ist selber nach Saloniki geeilt, um den zaudernden Sarraï vorzutreiben, vielleicht auch die Mitwirkung der Italiener von Albanien her zu erlangen.

Jedenfalls hat sich der linke Flügel der Salonikarmee am 7. November erneut in Bewegung gesetzt und hat auch im Verna-bogen bei dem Dorf Kosog einige Fortschritte gegen die Ebene von Monastir hin gemacht. Am 12. November ist aber sein Angriff hier wie weiter westlich in der Gegend von Brod und Kenali abgewiesen worden.

Auch auf dem Balkan befinden wir uns wohl mehr oder weniger noch in einer Zeit der Vorbereitungen.

## Die Eröffnung der russischen Duma.

Heber die Eröffnung der Duma konnten wir den größten Teil unserer Leser bereits gestern Mitteilung machen. Wie zu erwarten war, spielte das polnische Ereignis gleich in der ersten Sitzung eine Rolle. Die Rede des Präsidenten Rodzianko, mit der die Tagung begann, behandelte fast ausschließlich den Krieg und die Leistungen der russischen Verbündeten. Der Präsident sagte nach dem Bericht der „Times“, daß Rußland, wie immer, bereit wäre, durch-zuhalten bis zum siegreichen Ende, eine Erklärung, die von den Abgeordneten beifällig aufgenommen wurde. Dann ersuchte der Präsi-dent das Haus, dem neuen Bundesgenossen Rumänien zu huldigen, worauf sich sämtliche Abgeordneten von ihren Sitzen erhoben und sich nach der Loge des rumänischen Gesandten wandten und ihn durch begeisterte Beifalläußerungen begrüßten. Ähnliche Szenen spielten sich auch gegenüber den Gesandten der anderen verbündeten Mächte ab.

Nach der Rede des Präsidenten sprach Caroussievie im Namen des polnischen Volkes zu allen verbündeten Mächten. Er protestierte gegen die Tat Deutschlands und Oesterreichs und sprach dann die Hoffnung aus, daß eine dauernde Lösung der politischen Frage das Resultat dieses Krieges sein möge. Auch die Verbündeten mühten ihre Ansicht über die polnische Frage dazu klarlegen.

Nach ihm sprach Stublofski im Namen des fortschrittlichen Blocks, welcher die progressiven Nationalisten, das Zentrum, die Oktoobristen, die Semstwo-Oktoobristen und die Kadetten umfaßt. Die sechste Partei, die Progressiven, hatten sich am Tage zuvor von dem Block getrennt, da sie im Gegensatz zur Meinung der Mehrheit des Blocks behaupteten, daß es notwendig wäre, in-besonderen die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung aufzustellen. Stublofski richtete einen brüderlichen Gruß an die polnische Nation. Er mißbilligte das Schweigen der Regierung in der polnischen Frage und sprach die Hoffnung aus, daß die Polen, welche in den Gliedern der Verbündeten lämpften, ihre Freiheit und Einheit zugesichert erhalten. Er befragte weiter die Bildung einer Regierung, welche von einer einzigen Mehrheit in der Duma unterstützt wird und ihr Programm auch in die Tat umsetzen könne und wolle.

### Die Erklärung der Polengruppe.

In der von dem Führer der polnischen parlamentarischen Gruppe Caroussievie in der Duma verlesenen Erklärung heißt es nach Meldung der Petersburger Telegraphenagentur:

In dem Augenblick, wo der Krieg im vollen Gang ist, hatten die deutschen Mächte die Kühnheit, das Geschick nicht nur Polens, sondern von ganz Mitteleuropa vorwegzunehmen. Das durch die Deutschen geschaffene Königreich Polen wird in vielen Beziehungen abhängig sein von deutschen Mächten. Das polnische Volk wird nicht dieser deutschen Lösung der Frage zustimmen, die allen seinen Bestrebungen widerspricht. Laßt uns kräftig Einspruch erheben. Es war ein Deutscher, der die Teilung Polens betrieb, es ist ein Deutscher, der die historische Notwendigkeit der polnischen Einigung zu verhindern strebt. Die Folgen der deutschen Handlungsweise drohen den wirklichen Willen des polnischen Volkes zu entstellen. Diese Handlungsweise führt augenscheinlich einen Zwist zwischen Polen, Rußland und seinen Alliierten zu erzeugen, und in den Augen der zivilisierten Welt die empörende Rekrutierung zu rechtfertigen. Wir sind sicher, so schloß Caroussievie, daß in dieser tragischen Lage das polnische Volk nicht verlassen sein wird, daß das Vorgehen der deutschen Kaiserreiche nicht ohne Nachwirkung bleiben wird, daß Rußland und die alliierten Mächte vor der Welt Einspruch erheben werden und daß die polnische Frage in ihrer Gesamtheit gelöst werden wird.

Polns Bureau bemerkt zu dieser Erklärung: Es handelt sich hier offenbar um eine bestellte Arbeit der russischen Regierung, die das polnische Volk gebührend einzuschätzen wissen wird.

### Reichsrat und Polen.

Nach Meldung der Petersburger Telegraphenagentur vom 5. November verlas im russischen Reichsrat das Reichsratsmitglied Schebello eine Erklärung zur Polensfrage, in der er sagte, die blutigen Hände des unalten Feindes Polens reichten ihm jetzt eine falsche Unabhängigkeit dar, aber das polnische Volk werde sich durch ein so unwürdiges Spiel nicht betrogen lassen, und die polnische Frage werde durch Aufstand und seine Verbündeten gelöst werden.

Das Reichsratsmitglied Schtscheglowitsch erklärte im Namen der Rechten des Reichsrats, es gebe keine Worte, die Entrüstung Ausdruck zu verleihen, die man bei dem Anblick der schmerzlichen Prüfung empfinde, die der grausame und alles Heilige verachtende Feinde Polen auferlege. In diesen Tagen der Prüfung, sagt der Redner, müsse der ritterliche Aufruf, den der Generalfiskus auf Anordnung des Kaisers am 14. August 1914 an die Polen richtete, hell in den Herzen der Polen widerstrahlen, die sich im feindlichen Lager befinden. Damals erkundete der erste wirkliche Aufruf, der die Polen aufforderte, sich unter dem Zepher des russischen Jaren zu einmünden. Die Ereignisse des ersten Kriegs-jahres hätten die Reorganisation Russisch-Polens unmöglich gemacht. Trotzdem habe beim Kanonendonner Polen auf Anordnung des Kaisers die Selbstverwaltung der Gemeinden erhalten. Die Polen mühten jeden Verdacht aus ihren Herzen bannen, daß ihre Wiedererhebung absichtlich verzögert worden sei. Die von den deutschen und österreichischen Generalgouverneuren verkündete Unabhängigkeit sei für die Polen ein Weg zum Grabe, ein Weg, den sie noch in einem Blutstrom durchmessen mühten. Ihr Heil liege in den Händen Rußlands, des angestammten Verteidigers der Slawen. Die Lösung der polnischen Frage könne nur aus der groß-mütigen Güte des russischen Jaren hervorgehen.

Andere Redner drückten sich ähnlich aus. Am Schluß der Sitzung gab der Minister des Innern, Protopopoff, im Namen der Regierung eine Erklärung zu den über die Polensfrage gehaltenen Reden ab. Protopopoff sagte, die Regierung bleibe jetzt wie früher unverändert auf der Grundlage des Auftrufes des Generalfiskus und der 1915 vom ehemaligen Ministerpräsidenten Gorenzkin gehaltenen Rede. Die Regierung stütze sich ebenso sicher auf diesen Aufruf, als das Blut der stolzen Völker einzig auf dem Felde und einzig für die heilige Sache der Verteidigung der Integrität des Reiches gegen den Anschlag eines grau-samen Feindes, der keine Freiheit und Gerechtigkeit kenne, vergossen würde.

### Die Zersplitterung des fortschrittlichen Blocks.

Petersburg, 14. November. (B. Z. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Als die Duma sich heute wieder versammelte, traten 70 Mitglieder des fortschrittlichen Blocks, der auch Nationalisten,

Oktoobristen und Kadetten einschließt, aus dem Block aus, weil er nicht scharf genug gegen die diktatorischen Voll-machten protestiert habe, die der Minister des Innern sich in der Lebensmittelfrage angemacht hätte.

### Die Verfolgung Kerenskys.

Kopenhagen, 15. November. (B. Z. W.) Die Petersburger Zeitungen berichten: Unter den Dumaabgeordneten herrscht Erregung infolge des Beschlusses der Regierung, gegen den Führer der Arbeiterpartei, Kerensky, wegen seiner Teilnahme an einer Raifester, die vor dem Kriege in der Provinz stattgefunden hat, einen Prozeß einzuleiten. In Dumakreisen glaubt man, die Regierung wolle auf diesem Wege Kerensky seines Mandates verlustig erklären, um ihn aus der Reichsduma zu entfernen.

## Politische Uebersicht.

### Er stand auf seines Daches Zinnen.

—und schaute mit vergnügten Sinnen auf das beherrschte Samos hin. Räumlich der Freiherr Oktavio v. Jedlik, der im „Tag“ schreibt:

„Das im übrigen die Neuorientierung der innern Politik anlangt, so hat der Vorkühler der sozialdemokratischen Fraktion Aug. Hirsch einen Generalangriff seiner Partei im „Vorwärts“ angekündigt. Es soll namentlich die Einführung des gleichen Stimmrechts bei den politischen und kommunalen Wahlen, die Neuordnung des gesamten Schulwesens und das Streikrecht für alle Staatsarbeiter gefordert werden. Ob die Forderungen sich zu Anträgen verdichten werden, erscheint fraglich. Bisher haben die Polen manchmal die den Sozialdemokraten zur Stellung selbständiger Anträge fehlenden Stimmen gestellt. . . .

Die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen wünscht nur eine kleine Minderheit. Auch bei der Volkspartei wird wohl nicht bei allen großer Eifer dafür bestehen, die grundsätzliche Forderung der Partei in die Tat umzusetzen. Das Zentrum hat aus naheliegenden Gründen praktischer Politik die Frage längst in das Volkensstudium reiner Grundsätzlichkeit verwiesen. Die Rechte und Nationalliberalen sind grundsätzliche Gegner.“

Dies alles ist ihm untertänig, und doch können wir nicht ge-fahren, daß er glücklich ist. Aber dankbar können wir ihm für die Erklärung sein, daß er und seine Untertanen denen, die aus den Schützengräben heimkehren werden, kein gleiches Recht gewähren wollen mit jenen, die unter denen im Hinterland durch einträglichen Handel mit Speck, Schinken, Käseherbischen und Zündhölzern ihre Steuerkraft erhöhen — was die armen Teufel brauchen natürlich nicht können. . . .

Wir grauet vor der Götter Reide!

### Die Juden in Polen staatlich organisiert.

Warschau, 16. November. (B. Z. W.) In dem heute erschie-nenen Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nr. 53 wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die eine Organi-sation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau geschaffen wird. Die wesentlichsten Punkte sind folgende: Die jüdischen Gemeinden werden zu Kreisgemeinden unter einem Verwaltungsrat vereinigt, der auf Grund des Pro-portionalwahlrechts von den Gemeindevorständen gewählt wird. In den Verwaltungsrat delegiert außerdem die staatliche Aufsichts-behörde drei Mitglieder. An der Spitze der Religionsgesellschaft steht der Oberste Rat. Er besteht aus 14 weltlichen und 7 rabbinischen Mitgliedern. Vier weltliche und zwei rabbinische Mitglieder wer-den durch die Staatsverwaltung ernannt, die übrigen auf Grund des Proportionalwahlrechts von den Verwaltungsräten der Kreis-gemeinden gewählt. Gemeinden, Kreisgemeinden und Oberster Rat haben Korporationsrechte.

Die Organisation soll geordnete Beziehungen der Staatsver-waltung zur Religionsgesellschaft ermöglichen. Ein Fortschritt ist sie auf alle Fälle, denn bisher fehlte den Juden jedes Recht zu dieser oder einer anderen Organisation.

### Bundesrat.

Berlin, 16. November. (B. Z. W.) In der Sitzung des Bundesrats vom 16. November 1916 gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über die Bearbeitung der Volkszählung vom 1. Dezember 1916, der Entwurf einer Verordnung über Saatkartoffeln, der Entwurf einer Bekanntmachung über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, sowie eine Ergänzung der zum Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden erlassenen Ausführungsbestimmungen.

### Abgeordnetenhaus.

Die erste Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am Donnerstag nahm nur ganz kurze Zeit in Anspruch. Nach einer Ansprache des Präsidenten Graf Schwerin, die sich auf die gegenwärtige Kriegslage bezog und einem stark U-Votum freundlichen Beigeschmack hatte, und nach einem Nachruf für die seit der letzten Tagung verstorbenen Mit-glieder wandte sich das Haus der Erledigung des einzigen Punktes der Tagesordnung, der neuen Diätenvorlage, zu. Entsprechend der zwischen den Parteiführern getroffenen Vereinbarungen wurde der Entwurf ohne Debatte einer be-sonderen Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen, in der die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Beinert vertreten ist.

Die Tagesordnung der Freitagssitzung ist umfangreicher. Auf ihr stehen außer den Notverordnungen drei Initiativ-anträge, und zwar zwei von allen Fraktionen unterzeichnete, die sich auf die Gewährung von Feuerungs-zulagen für die unteren und mittleren Staats-beamten und auf die Versorgung der Bevölke-rung mit Kartoffeln, Fleisch, Fett und Zucker beziehen. Der dritte Antrag geht von dem National-liberalen aus und betrifft eine Ergänzung des Einkommen-steuergesetzes.

Es besteht die Absicht, diese Tagesordnung am Freitag aufzuarbeiten und dann bis Anfang Dezember keine Plenarsitzungen abzuhalten, damit die Kommissionen Zeit zur Arbeit haben.

Wie wir hören, ist von einem freikonservativen Abgeordneten der zunächst noch erfolglos gebliebene Versuch gemacht worden, die anderen Parteien, die die bekannte Polenpolitik vor dem Kriege unterstützt haben, zu einem gemeinsamen Vorgehen wegen des Manifestes von Warschau-Lublin zu gewinnen.

### Antrag auf allgemeine Volksspeisung.

Im Münchener Magistrat wurde von sozialdemokratischer Seite ein Dringlichkeitsantrag gestellt, wonach der Reichsminister ersucht werden soll, eine allgemeine Volksspeisung zweckmäßig sofort reichsgesetzlich zu organisieren.

### Landtagswahlwahl Marienwerder.

Amliche Meldung. Bei der heutigen ersten Er-fahrung zum Hause der Abgeordneten im Wahlbezirk Marienwerder erhielt von 24 abgegebenen Stimmen Goerdeler (fl.) 21 Stimmen, Mittergutsbesitzer v. Dommerst-Hohendorf (Pole) erhielt drei Stimmen. Goerdeler ist somit gewählt.

### Frauenstimmrecht in Frankreich?

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, wird die französische Kammer nächstens eine Gesetzesvorlage über die Einführung des Frauenstimmrechts beraten. Danach soll jeder französische Staats-angehörige, gleichviel welchen Geschlechts, das politische Stimmrecht erhalten. Die verheiratete Frau soll die Stimme durch ihren Mann abgeben.

Es wäre, die Wahrheit dieser Meldung vorausgesetzt, von größter Bedeutung für alle Länder, wenn Frankreich wirklich das Frauenstimmrecht einführt.

### Internationale Fortschritte des Frauenstimmrechts.

Wenn auch naturgemäß Vorschläge für die Frauenstimm-rechtsbewegung nicht ausgeblieben sind — so zum Beispiel die ab-lehnenden Volksabstimmungen im letzten Jahr in einigen Staaten der Vereinigten Staaten Nordamerikas —, so ist doch im ganzen gerade der Fortschritt in den letzten Jahren recht bedeutend ge-wesen. Seit dem 1. Januar 1910 ist das Frauenstimmrecht neu eingeführt worden in Washington, Kalifornien, Kansas, Oregon, Arizona, Illinois, Alaska, Montana, Nevada, Manitoba, Alberta, Saskatchewan. Das sind alles Staaten bzw. Provinzen in den Ver-einigten Staaten und Kanada. Aber auch Europa weist Fortschritte auf in Dänemark und Island; Norwegen und Finnland hatten den Frauen schon vor 1910 das Stimmrecht gegeben.

## Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung. Donnerstag, den 16. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Das Haus ehrt das Andenken des im Felde gefallenen Abgeordneten Dumrat (natl.) durch Erheben von den Plätzen.

Präsident Graf Schwerin-Schwyz: Nach fünfmonatiger Unter-brechung unserer Verhandlungen treten wir in eine neue Tagung ein. Noch immer loht der furchtbare Weltkrieg un- und her, in den wir trotz aller Friedensstrebungen unseres Volkes hineingezogen worden sind. Zu den alten Feinden ist noch ein neuer hinzugekommen, der der unerhörtesten Verbrechen- und Erpressungslust der Entente zum Opfer gefallen ist. Unter Anspannung ungeheurer Kräfte, immer erneuter Kräfte und militärischer Mittel haben unsere Feinde unsere Front im Osten und Westen und Süden zu durchbrechen versucht. Aber bombenfest, wie Hindenburg sagt, steht auch heute noch die Front unserer herrlichen Truppen im Westen und im Osten und bombenfest wird sie stehen bleiben, mögen unsere Feinde dieses nutz-lose Blutvergießen auch fortsetzen, so lange sie wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Immer größere Opfer erfordert von unserem Volke auch der schwere Wirtschaftskampf, Opfer nicht nur der Ein-schränkung und der Entäußerung, sondern auch Opfer der äußersten Anspannung aller Kräfte unseres Volkes zur Ueber-windung all der Schwierigkeiten. Aber auch diese Opfer werden, wenn auch mit einem stillen, so doch darum nicht minder großen und schönen Heldentum wie die Blutopfer unserer Helden an der Front von unserem ganzen Volke getragen und weiter getragen werden. (Lebhaftes Bravo!) Wenn in dem vergangenen Jahre durch eine besonders unglückliche Ernte unsere Versorgung bedroht schien, so ist in diesem Jahre durch den beispiellosen Rückgang der ganzen Getreideweltproduktion die Vorratsverorgung unserer Feinde wesent-lich stärker bedroht als die unsrige. (Sehr richtig!) Feinden doch schon heute an der Vorratsverorgung der Ententemächte allein mindestens ein Drittel der dazu erforderlichen Mengen Getreide und die übrigen zwei Drittel einzubringen, wird hoffentlich der Entente durch unsere U-Boote recht teuer gemacht werden. (Lebhafter Beifall.) So haben wir nicht die mindeste Veranlassung, uns in der unerhörtesten Züverficht auf unseren endgültigen vollen Sieg er-schüttern zu lassen. Ich hoffe, daß auch die Verhandlungen dieses Jahres wieder ganz getragen sein werden von diesem unerhörtesten Siegeswillen, welcher gottlob noch heute wie in den ersten Kriegstagen unser ganzes Volk bis zum letzten Mann befeuert. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand ist das Diätengesetz.

Abg. Frhr. v. Jedlik (l.) beantragt debattelose Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Dr. Forst (r.) schießt sich dem Antrag an.

Abg. Dr. v. Heydenbrand (l.): In der Sache selbst sind meine Freunde geteilter Meinung. Wir wollen uns aber dem Wunsch auf Kommissionsberatung nicht widersetzen.

Die Ausschussberatung wird beschloffen. Damit ist die Tages-ordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. (Verordnungen, Antrag auf Gewährung von Feuerungszulagen für Beamte.)

Schluß 2 1/4 Uhr.

## Stadtverordnetenversammlung.

24. Sitzung, Donnerstag, 16. November 1916.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Michels eröffnet.

Zur Verhandlung steht zunächst die Vorlage betr. die

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den händischen Krankenhäusern

auf Grund des vom Stab. Galland (Linke) ersichteten Aus-schussberichts. Der Ausschuh hat die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Sätze für einheimische Kranke auf 4 M., für aus-wärtige auf 4,50 M. pro Tag und Kopf angenommen, ebenso den Magistratsvorschlag, daß für Kinder unter 14 Jahren die bis-herigen Sätze in Geltung bleiben sollen, zur Annahme empfohlen.

Stabst. Koblenger (Zog.): Unsere Hoffnung, daß die Vorlage im Ausschuh abgelehnt werden würde, ist getäuscht worden; der Ausschuh hat sich einfach die Magistratsbegündigung zu eigen gemacht und alle Gegenstände unter den Tisch fallen lassen. Der Beschluß, daß die erhöhten Sätze erst im neuen Etatsjahre in Kraft treten sollen, beweist ja, daß auch der Ausschuh meinte, der Magistrat hätte bei einer solchen Vorlage noch vorzüglicher ver-fahren sollen. Auch ganz abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkt, daß ärztliche Behandlung und Krankenpflege unent-geltlich sein soll, läßt sich gegen die Kostenerhöhung sehr viel Stichthaltiges einwenden. Der ohnehin in übler Lage befindliche Mittelstand wird durch die Erhöhung noch weiter benachteiligt; ein gut Teil davon wird auf die Aufnahme ins Krankenhaus ver-zichten müssen oder Schulden der Armendirektion werden. Das wollen wir nicht haben. Was

### die Krankenkassen

betrifft, so sagt die Vogelendung etwa, daß man ihnen nichts zu schenken brauche, weil sie augenblicklich glänzend stehen. Aber auch der Magistrat begt hinsichtlich der kommenden Zeiten in dieser Beziehung seine Zweifel. Ich halte dafür, daß die Krankenkassen in Zukunft ganz außerordentlich belastet und daß ihre Ausgaben ganz bedeutend steigen werden, wenn sie alle Aufgaben erfüllen sollen, die ihrer nach dem Kriege barren. Als man die Kranken-kassen schuf, war der Zweck, alle Kinderbemittelten zur gemein-samen Fürsorge auf diesem Gebiete zusammenzufassen. Der Armenrat wurde dadurch ganz erheblich entlastet. Die Stadt hat

# Gerichtszeitung.

also ein beträchtliches Interesse an den Krankenkassen und sollte sie nicht als etwas betrachten, worauf man keine Rücksicht zu nehmen braucht, sondern als ein Hilfsmittel für die allgemeine Wohlfahrtspflege. Bei Eintritt des Krieges wurden die Kassen auf die Regelleistungen gestellt, die schlechten Risiken wurden ihnen genommen, auch der Beitrag allgemein erhöht; diese Maßnahmen mußten ja zu einem guten Stande der Kassen führen. Die Kassen haben aber ihr Bestreben nicht nur darauf gerichtet, möglichst viel zusammenzuschaffen, sondern sie haben das, was zusammenkam, ihren Mitgliedern wieder zuzuwenden sich bestrbt; immer auch haben sie die Kostenträger der öffentlichen Armenpflege im Auge behalten. Wenn die Kassen heute über das ihnen obliegende Maß hinaus gewaltige Summen und Kosten übernehmen, so tun sie das im Interesse der öffentlichen Wohlfahrtspflege, und dabei müssen sie auf die Unterstützung der Gemeinde rechnen; sie sind den Gemeinden geradezu ein Hilfsmittel zur Bekämpfung des öffentlichen Elends. Von solchen Gesichtspunkten aus kann die Einbringung dieser Vorlage nur bedauert werden. Die Kassen werden unter Umständen dahin gedrängt, ihre Leistungen herabzusetzen; dann aber wird die städtische Armenlast eine gewaltige Steigerung erfahren. Aus diesen Gründen lehnen wir die Vorlage als antisozial ab. Die Stadt soll nicht Zustände schaffen, wo sie mit der einen Hand gibt, mit der anderen aber wieder nimmt. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtdr. Dr. Ritter (Fr. Fr.) verteidigt die Kostenträger vor allem mit dem Hinweis auf den Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, kann ein antisoziales Moment darin nicht erkennen und empfiehlt die Annahme der Ausschussvorlage.

Der Referent bemerkt gegen Koblenzer, daß die Stadt Berlin auch nach der Erhöhung noch jährlich 600 000 M. für die Krankenhäuser zuzuführen muß.

Die Vorlage wird nach den Ausschussanträgen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Stadtdr. Sonnenfeld (Linke) erstattet den Ausschussbericht über die Vorlage, wonach zur Förderung des

## bargeldlosen Verkehrs

die Schaffung der Sparkasse der Stadt Berlin eine Abänderung erfahren soll.

Stadtdr. Löfer (Linke) äußert namens einer Minderheit seiner Fraktion starke Bedenken, daß die Vorlage den bargeldlosen Verkehr zu fördern geeignet sei; sie werde lediglich der Stadt höhere Kosten auferlegen. Von den 800 000 Sparern seien 600 000 kleine Leute, die vom Scheckverkehr nicht Gebrauch machen würden. Die neue Einrichtung werde aber zweifellos den Banken Konkurrenz machen, wie diese jetzt auch in einer ausführlichen Einrede an die Versammlung dargelegt hätten. Eine Befragung des Bankgewerbes von Stadt wegen sei nicht erfolgt. Die Vorlage erscheine noch nicht reif und sollte dem Ausschuss zurückgegeben werden.

Stadtdr. Jacobi (Linke): Die Minorität in unserer Fraktion hat, soviel ich weiß, nur aus dem Vorredner bestanden. Die Vorlage hat weder den Zweck, noch wird sie die Wirkung haben, den Banken Konkurrenz zu machen; die bezüglichen Befragungen der Berliner Bankiers sind unbegründet.

Stadtdr. Manasse (Soz.): Die Banken werden schon bald zu der Erkenntnis kommen, daß alle ihre Befürchtungen hinfällig sind. Eine Zurückweisung an den Ausschuss würde keinen Zweck haben; die Eingabe der Banken sagt uns nichts Neues. Die Banken werden noch wie vor mit der Stadt Geschäfte machen wollen und machen, und werden sich hüten, Verärgerungspolitik zu treiben. Nach reiflicher Überlegung und in dem Gedanken, daß wir damit den Berliner Bürgern einen Vorteil bringen, nehmen wir die Vorlage an. (Weisfall.)

Stadtkämmerer Böß: Die Eingabe der Vereinigung der Berliner Banken und Bankiers unterscheidet zwischen dem, was Berlin heute will, und dem, was es später einmal wollen könnte; nur in bezug auf letzteres hagen sie Befürchtungen. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben es nun doch nicht in der Hand, zu bestimmen, was später werden soll. Die Sparkasse hat bisher immer bedeutende Ueberschüsse gebracht; sie wird auch künftig Ueberschüsse haben, wenn auch nicht so bedeutende. Auch der kleine Mann wird lernen, mit dem Gelde umzugehen (Heiterkeit), und wird sich in den bargeldlosen Verkehr sehr wohl eingliedern lassen.

Nachdem noch die Stadtdr. Rosenow (Fr. Fr.) und Cassel (Linke) sich für die Ausschussvorlage, die die Annahme der Vorlage mit geringen Abänderungen empfehlen, ausgesprochen haben, zieht Stadtdr. Löfer seinen Antrag auf Zurückweisung zurück.

Die Vorlage gelangt darauf nach den Anträgen des Ausschusses zur Annahme.

Der Magistrat hat die Einrichtung einer

## Kriegshilfskasse

vorgeschlagen, aus der die Stadt Berliner Kriegsteilnehmern des Mittelstandes oder deren Angehörigen Darlehen gewährt, um ihre durch die Teilnahme am Kriege gefährdete oder verlorene wirtschaftliche Selbständigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Im ganzen sollen nicht mehr als 4 Millionen Mark Darlehen ausgeben werden. Eine Deputation, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern, sechs Stadtverordneten und fünf Bürgerdeputierten soll die Verwaltung führen. Für den Betrieb der Kasse soll ein Staatszuschuß von 2 Millionen Mark, zu 4 Proz. verzinslich, angenommen werden.

Stadtdr. Fröhlich (Soz.): Die Ministerialverordnung, an die sich im vorliegenden Falle der Magistrat gehalten hat, ist leider sehr eng begrenzt. Sie beschränkt sich auf den Mittelstand, ohne diesen Begriff zu definieren. Der Kapitalismus hat im Kriege eine Entwicklung genommen wie in Friedenszeiten nicht in Jahrzehnten; nicht nur der Mittelstand, auch der Arbeiterstand, die technischen und kaufmännischen Angestellten haben ein Recht darauf, daß ihre durch den Krieg zerrüttete Existenz wieder gehoben wird. Ob es möglich sein wird, die der Vorlage anhaftenden Schönheitsfehler zu beseitigen, wünschen wir in einem Ausschuss zu prüfen. Ganz besonders liegt uns daran, zu erreichen, daß bezüglich der Sicherstellung des Darlehens weitherzig verfahren wird. Wir hoffen, daß die Stadt nach dem Kriege aus Eigenem eine Einrichtung schafft, die dieselben Ziele verfolgt, aber die Grenzen dieser Vorlage weit überschreitet. Der zurückkehrende Krieger hat ein Recht darauf, daß ihm die Existenz gewährleistet wird, und in demselben Maße muß dieses Recht dem Arbeiter verbürgt werden.

Stadtdr. Gallensleben (Linke) wünscht ebenfalls Ausschussberatung. Der Begriff „Mittelstand“ muß in dem Gemeindebeschlusse selbst umschrieben werden; das können wir nicht der Geschäftsordnung, wie der Magistrat will, überlassen, denn diese Definition ist das Rückgrat des ganzen Entwurfs. Auch über die Zahl der Bürgerdeputierten in der Deputation wird noch zu reden sein. Er beantragte, den Ausschuss sofort durch den Vorstand ernennen zu lassen.

Die Versammlung beschließt demgemäß. Dem Ausschusse gehören auch Bräuner, Fröhlich, Mann, Stadthagen, Zucht (Soz.) an.

Für den Neubaubau der

## Gleichgroßmarkthalle

an der Landsberger Allee, für den bereits früher 4 1/2 Millionen Mark bewilligt sind, werden in einem Nachtrag weitere 2 445 000 M. gefordert, die in der Hauptsache zur Vergrößerung des Kühlhauses verwendet werden sollen.

Stadtrat Berndt legt dar, daß sich aus den Erfahrungen des Krieges die Notwendigkeit eines eigenen städtischen Gefrierhauses aufgedrängt habe; ein solches müsse die Stadt haben, um ihren Pflichten auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung voll nachkommen zu können.

Ohne Debatte nimmt die Versammlung die Vorlage an. Schluß gegen 8 Uhr.

Bestrecker Tabak ist eine der vielen eigenartigen Erscheinungen auf dem Lebens- und Genussmittelmärkte, die dem Kriege ihr Dasein verdanken. Der Kaufmann August Bernin, der gestern zusammen mit dem Zigarrenhändler Stephanowitsch unter der Anklage des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand, war unter die Erfinder gegangen; er war sehr stolz darauf, ein Verfahren entdeckt zu haben, um Zigarren herzustellen, die der Hauptfache nach aus Papier bestanden. Er verfertigte einen imprägnierten Papierwickel, durch den der immer knapper werdende Tabak gewissermaßen gestreckt werden sollte, und formte aus diesem Wickel unter Zuhilfenahme einer Tabakbedeckte Zigarren, die äußerlich nicht übel ausfielen, innerlich aber doch eine große Ueberschlagung darboten. W. hatte sein Verfahren zur Herstellung des imprägnierten Papierwickels auch beim Patentamt angemeldet, ein Patent wurde ihm aber nicht erteilt, weil noch nähere Angaben verlangt wurden. Nach seiner Behauptung sind irrtümlich einige Posten dieser „Zigarre“ in den Handel gekommen, die vor der Patentierung der Erfindung nicht verkauft worden sollten. Wie sich aus einem Soldatenbriefe ergab, hat der Bezücker eines kleinen Postens dieser Streich-Zigarre sehr energisch sein Geld zurückverlangt mit der Begründung, daß er solches „Arant“ doch nicht rauchen könne und doch Tabak und nicht Papier zu kaufen gemeint habe. Der zweite Angeklagte hat von diesen Zigarren verkauft, ohne dem Käufer eine Andeutung darüber zu machen, daß es sich nicht um Fabrikate aus Tabakblättern, sondern aus Papier handelte. — Der Amtsanwalt hielt beide Angeklagte des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und zugleich des Betruges für schuldig und beantragte gegen Bernin vier Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, wobei er die große Bedeutung hervorhob, die die Zigarre für unsere braven Krieger im Felde habe. Gegen St., der sich darauf berufen konnte, daß W. ihm auf Befragen gesagt habe, das Verfahren sei patentiert und er könne die Zigarren getrost verkaufen, beantragte der Amtsanwalt 500 Mark Geldstrafe. — Das Gericht verurteilte den „Erfinder“, dessen Fabrikat doch etwas sehr „starker Tabak“ sei, zu 1000 Mark, Stephanowitsch zu 500 Geldstrafe.

## Die örtliche Zuständigkeit bei Firmenklagen gegen Gehilfen.

Die Frage, ob auch ein verklagter Angestellter örtliche Zuständigkeit des angerufenen Kaufmannsgerichts einwenden kann, beschäftigte gestern die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Eine in Berlin ansässige Kolonialfirma hatte gegen einen Expedienten G. eine Klage wegen Vertragsbruchs beim Berliner Kaufmannsgericht anhängig gemacht. Der verklagte Expedient beantragte Abweisung wegen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts; er wohne nämlich in Wilmerdorf, mithin müsse die Firma gegen ihn beim Wilmerdorfer Kaufmannsgericht klagen. — Das Kaufmannsgericht erklärte diesen Standpunkt des Gehilfen für irrig und hielt sich selber für zuständig. Wo der Gehilfe wohne, sei für die Frage der gerichtlichen Zuständigkeit gleich. Maßgebend sei nur der Sitz der Firma. Da dieser unstrittig Berlin ist, so müsse auch das Berliner Gericht den Rechtsstreit entscheiden.

## Die Entlassung wegen Erzählens von Liebesabenteuern.

Weil er gegenüber seinen weiblichen Mitangestellten gar zu offenhertzig von seinen Abenteuern in Liebesdingen gesprochen haben sollte, hatte der Buchhandlungsgehilfe Wilhelm S., der gestern vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gegen die Neue Deutsche Bäckerei Klage erhob, seine sofortige Entlassung erhalten. Da die Vorgänge sich im Hauptbureau in München abgepielt hatten, so mußten dort die beteiligten jungen Mädchen protokolllarisch vernommen werden. Diese bekundeten fast übereinstimmend, daß S. gern zweideutige Geschichten erzählte, mußten aber andererseits zugeben, daß er nicht versucht hatte ihnen näherzutreten. Der Geschäftsführer des Unternehmens führte aus, daß das weibliche Personal bei der Geschäftsführung über den Umgangston des Klägers Beschwerde geführt hatte. Er mußte daraufhin S. entlassen, sonst hätte er gewärtigt sein können, daß die Gehilfinnen die Stellung verlassen. — Auf Grund der Beweisaufnahme sah das Gericht einen Grund zur sofortigen Entlassung nicht als gegeben an. Daß sich Klager in der von der Beklagten behaupteten Weise vergangen habe, sei nicht erwiesen. In den Erzählungen haben die Mädchen auch keinen Anstoß genommen. Für sein zweifellos nicht ganz korrektes Verhalten hätte die Beklagte mit der Kündigung reagieren können.

## Wie wucherische Verdienste in den Büchern verschwinden.

In welcher Weise und in welchem Umfange unlautere Verdienste in den Geschäftsbüchern verdeckt werden, um sie der Kontrolle der Preisprüfungsstelle zu entziehen, lehrte eine gestern vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelte Streitfrage. Der Kläger W. wurde von der beklagten Warenimport-Gesellschaft als sogenannter „Revisionsbuchhalter“ gegen eine monatliche Pauschalgebühr von 100 M. stundenweise beschäftigt

und war außerdem selbstständig noch Prokurist des Unternehmens. Er will die Tätigkeit eingestellt haben, weil ein Geschäftsführer Buchungen von ihm verlangte, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können. So ergab z. B. das Eisenkonto mit einem monatlichen Umsatz von etwa 200 000 M. einen Reingewinn von 18. v. H. Als dies der Geschäftsführer sah, habe er von ihm, dem Kläger, verlangt, er solle die Unkosten so berechnen, daß höchstens 10 v. H. Gewinn herauskämen, denn sonst käme ihm die Preisprüfungsstelle auf den Kopf. Der Vertreter der Beklagten, Wondy, ein Hauptteilhaber der Gesellschaft, gab darauf dem Gericht zur Erläuterung die Erklärung ab, die einzelnen Abteilungsleiter hätten ein großes Interesse an hohen Preisen, denn sie seien prozentual daran beteiligt. Im übrigen sei er dem Kläger für die Aufklärung sehr dankbar, denn er habe bisher keine Ahnung von den Machinationen seines Abteilungsleiters, der heute noch sein Haus verlassen müsse, gehabt. — In der Sache selbst verglichen sich die Parteien.

## Keine Wahrung berechtigter Interessen!

Ein beleidigender „Hamster“-Artikel lag einer Strafsache zugrunde, welche am 26. September das Landgericht Hensburg beschäftigt hat, von dem der Redakteur Peter Möller wegen verlesener Beleidigung im Sinne des § 187 St.G.B. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Angeklagte ist verantwortlicher Redakteur der in Sonderburg erscheinenden dänischen Zeitung „Dybbøl-Bosten“. In Nr. 150 dieses Blattes vom 30. Juni dieses Jahres brachte er einen Artikel mit der Spitzmarke: „Ein Hamster.“ In dem Inhalt des Artikels hieß es, daß bei einem bestimmten Kommerzienrat in Appenrade große Vorräte an Lebensmitteln, unter anderem 10 Wsd. Schinken vorgefunden worden seien. Die Nachprüfung dieser Behauptung ergab jedoch deren Unrichtigkeit. Obwohl der Angeklagte einen bestimmten Namen nicht genannt hatte, wußte jeder mit den lokalen Verhältnissen vertraute Leser doch, wen der Angeklagte in dem Artikel gemeint hat. Dieser fühlte sich denn auch durch den Artikel beleidigt, indem ihm zu Unrecht der Vorwurf der Hamsterei gemacht wurde. Der Angeklagte hatte zwar bestritten, in dem Artikel eine bestimmte Person gemeint zu haben, besonders den betreffenden Kommerzienrat. Das Gericht ist jedoch der Ansicht gewesen, daß sich aus dem ganzen Inhalt des Artikels, der Wahl einzelner Worte und deren Zusammenhang deutlich ergebe, daß nur der betreffende Kommerzienrat in dem Artikel gemeint sein konnte. Das Gericht hat auch als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte sich des beleidigenden Charakters seines Artikels bewußt gewesen ist und daß es ihm nur darauf angekommen ist, den betreffenden Kommerzienrat persönlich anzugreifen; deshalb hat es ihm den Schutz des § 193 St.G.B. verweigert. Hierüber beschwerte sich der Angeklagte in seiner Revision. Denn wenn heutzutage ein Redakteur einen Artikel über das Hamstern schreibt, so tue er das im öffentlichen Interesse, also in Wahrung berechtigter Interessen. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet, da der Angeklagte den Artikel geschrieben hatte, um die Leser seines Blattes zu unterhalten, indem er davon überzeugt war, daß das, was er über den Kommerzienrat sagte, unwar und von ihm frei erfunden war.

## Jugendveranstaltungen.

Neußölln-Brick. Arbeiterjugend. Sonnabend, 18. November, 9.15 Steintier Fernbahnhof: Wanderfahrt über Oberstraße zum Werksbühnen. 2.50 M. Unkosten. Decken mitbringen. Uebernachtet wird im Oberstraße Gemeindefesthaus. Mittwoch (Vortrag), 22. November, 8 Uhr: Treffpunkt Mathaus Ecke Erstraße, zum Besuch der Dreptower Sternwarte. Kinematographischer Vortrag: „Vom Monte Roke zur afrikanischen Küste“. Gäste willkommen.

## Briefkasten der Redaktion.

M. S. 100. Sie können Marken der niedrigsten Beitragsklasse kaufen und müssen innerhalb zweier Jahre beim Unterauss der Cuttingsarten mindestens 20 Marken nachweisen können. — M. 9. Ihre Annahme stimmt, es war ein Druckfehler. — G. M. 50. Ja. — B. R. 36. 1. Sie können, da Sie als garnisonverwendungsfähig erachtet sind, eingezogen werden. 2. Je nach dem Grade der Krankheit A, B, C, D, E, I. — P. P. 76. Sie können auch, wenn Ihr Vater in einem Altersheim oder Siechenhause untergebracht wird, zum Unterhalt mitempflichtet werden. Sie können bei der Landesversicherungsanstalt Antrag auf Aufnahme des Vaters in ein Invalidenheim stellen. — U. 9. Sie sind wegen Drüsenanschwellung oder Strophiose für zeitig untauglich erklärt. — B. S. 48. Ihre Tochter könnte sich mit dem Hinweis auf ihre Sprachkenntnisse an die Oberpostdirektion oder an die Eisenbahndirektion um Stellung bewerben. — R. 2. 19. Da Sie im Stundenlohn beschäftigt werden, haben Sie keinen Anspruch auf Bezahlung der Feiertage. Die Kündigungsschutz hat mit der Lohnzahlung nichts zu tun. — R. 2. 40. Aus der Kriegsfreiwerdende deutscher Frauen wird den berechtigten Kriegsfreiwerdenden eine Unterzahlung in Höhe von 50 M. gewährt. Ein Gehalt ist an die Kriegsfreiwerdende deutscher Frauen, Privatanzlei der Frau Kronprinzessin, Potsdam, zu richten. — Ein Hamburger. Die Berufsgenossenschaft ist zur Zahlung des Lohnausfalls verpflichtet; Sie werden aber dafür nicht den Lohn für einen vollen Tag beanspruchen können. — M. S. 56. 1. Kriegsgeldstrafen wird die Unterzahlung gewöhnlich verweigert, wenn sich in ihrem Verhältnis keine Änderung vollzogen hat, d. h. wenn sie nach der Trauung ihrer bisherigen Beschäftigung nachgehen und das gleiche Einkommen haben. 2. Rein. 3. Antrag ist an die Steuerklasse zu richten; ersuchen Sie um Bescheiderteilung. — R. U. R. 154. Rein.

**Arbeiterjugend Wilmerdorf.**  
An den Folgen seiner schweren Erkrankung ward unser lieber Kollege  
**Hermann Fitzner**  
im Kriegslazarett bestendort.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Arbeiterjugend Wilmerdorfs.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof Gehlendorf-Mitte, Spandauer Straße, statt. 288/1

**Roten Kreuz von Berlin**  
**Ausstellung und Verkauf von Kriegsandenken**  
Passende Geschenke  
Unter den Linden 14.

**Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.**  
Kassenlokal Weichselstraße 8.  
Am Dienstag, den 28. November 1916, abends 8 Uhr, findet in den Bürger-Sälen zu Neukölln, Bergstraße 147, die  
**Ordentliche Ausschuss-Versammlung**  
statt, zu welcher die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten hierdurch eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
1. Aufstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1917.  
2. Wahl des Rechnungsausschusses.  
Neukölln, den 11. November 1916.  
**Der Kassenvorstand.**  
Heinrich, Labowski,  
2. Vorsitzender, stellv. Schriftführer.  
Zur Beachtung! Die den Vertretern zugesandte Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste vorzulegen. 271/18  
Anfragen, zu denen die Einsichtnahme in die Kassenakten erforderlich ist, bitten wir, mindestens drei Tage vorher dem Kassenvorstand mitzuteilen.  
**H. & P. Uder, Berlin SO. 16,**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
**G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt Horitzpl. 3014.

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges  
gibt Erste Herrenkleiderfabrik  
**Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und nach Maß**  
noch ohne jede Preiserhöhung im Einzelverkauf nach ohne jede Preiserhöhung  
vom großen Fabriklager ab.  
Bezugsscheine werden von der Firma kostenlos besorgt.  
Verkaufszeit 10-6, Sonnabends 10-8, Sonntags 12-2.  
Holkenmarkt 7-8, IV. Fahrstuhl

**Gegründet 1876**  
  
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
empfiehlt gute preiswerte Möbel  
noch zu billigen Preisen.  
**154 Musterräume.**  
Lageräume: 6696 q-Meter groß.  
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!  
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

**Für Schuhmacher!**  
Ausgestanzte Oberlecke  
sortiert in Damen-Herren- und Kindergroße, Pfand 5 Mark  
sowie Ober- u. Unterlederabfälle  
**Bruno Senstub, Lederabfälle**  
Bruno Senstub, Berlin-Weissensee  
Langhausstr. 33, Tel. 191.  
Krammer, Otto Friedrich, Illustrierte Briefsteller, Geb. 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3

# Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftung. Kontor u. Zentrallager: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26. Bilanz vom 30. Juni 1916.

Aktiva.		1915/16	1914/15	Passiva.	
		RM.	RM.	1915/16	1914/15
<b>1. Grundstücke und Gebäude:</b>					
Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26	2 930 034,00				
Adlershof, Wismarstraße	108 559,21				
Lichtenberg, Rittergutstr. 16/18	654 690,95				
Tempelhof	233 390,00				
Tempelhof, Bahnhofsstraße	144 469,71				
Lichtenberg, Bornitzstraße	144 875,50				
Strasse 92	104 117,56				
Bornitzstraße	115 606,80				
Neubau Tempelhof	11 541,44	4 507 321,80	4 402 115,48		
<b>2. Inventar und andere Einrichtungen:</b>					
Heizungs- und Lichtanlage	507 151,20				
Wassersanage	17 359,30				
Bücherei	140 441,55				
Rufgeräte	34 841,58				
Uhren- und Telefonanlage	6 715,18				
Radios	214 102,49				
Automobile	7 087,86				
Reisender	734 118,09				
Kassenschriften	1,-				
Bücher	1,-				
Werkzeuge	1,-	1 361 815,31	1 596 294,24		
<b>3. Bestände an Waren und Materialien:</b>					
Warenbestände	1 440 049,15				
Rohstoffe	14 495,11				
Material in der Schloßerei	7 358,90	1 461 903,16	1 905 171,40		
<b>4. Aus der angelegten Gelder und Kassen:</b>					
Kassenbestand	320 600,-				
Drei Depots	127 000,-				
Effekten	1 421 424,87				
Bausparanlage GGG	2 057 756,63				
Bausparanlage I	978 066,70				
Debitoren	13 990,55				
Rückstellungen für Rohstoffe	2 345,07				
Hinterlegte Kauttionen	95 144,31				
Für d. Kauttionen unserer Angehörigen bei der GGG hinterlegte Sicherheit	50 000,-				
Darlehen	2 139 121,87				
Bausparanlage II	301 675,-	7 507 124,80	4 287 404,23		
<b>5. Beteiligung an genossenschaftlichen Unternehmen</b>					
	225 364,96		191 558,23		
<b>6. Kassenbestand</b>					
	26 264,53		28 155,67		
	15 089 794,44		12 470 999,25		
<b>1. Geschäftsanteile der Mitglieder</b>					
	1 590 614,10		1 359 964,76		
<b>2. Reserven:</b>					
Referenzfonds	190 489,82				
Spezial-Referenzfonds	64 482,77				
Produktionsfonds	80 349,31				
Dispositionsfonds	48 854,78				
Personal-Unterstützungsfonds	37 607,50				
Rücklagenfonds	4 675,94			435 460,07	280 268,23
<b>3. Aufgenommene Gelder:</b>					
Hypotheken	1 017 450,-				
Kausanteile	1 529 080,-				
Sparfonds I	8 381 976,12				
Sparanlagen	38 663,27				
Kauttionen	51 440,10				
Referenzierte Sparanlagen II	90 669,71	11 109 259,20	9 295 528,91		
<b>4. Betriebsschulden:</b>					
Bankschulden	698 700,65				
Stadtschulden	2 562,78				
Sparfonds II (Rabatt)	903 413,34				
Kreditoren	3 290,42				
Nach eingulden Gutscheine	14 315,74	1 622 342,99	1 212 945,34		
<b>5. Nach zu zahlende Steuern u. Umlagen:</b>					
Personalversicherung	2 639,25				
Kausanteile	62 816,27				
Nach abgehobener Rabatt	1 831,22	67 286,74	79 727,58		
<b>6. Reingewinn:</b>					
Beitrag vom Vorjahr	16 366,43				
Reingewinn in diesem Jahre	245 464,94	261 831,37	242 566,43		

**Mitgliederbewegung.**  
 Mitgliederbestand am 30. Juni 1915 94 295 Mitglieder  
 Neueingetretene sind 26 000 120 295 Mitglieder  
 Ausgetreten durch Übertragung 49 Mitglieder  
 Tod 434  
 Freiwillig ausgeschieden 1 692  
 Ausschlüssen wurden 7 656 9 828  
 Bestand am 30. Juni 1916 110 467 Mitglieder

Die Summe der Geschäftsguthaben erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 233 649,57 RM.  
 Die Passivsumme erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 455 160,-  
 Die Passivsumme betrug am 30. Juni 1916 3 314 010,-

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Aufsichtsrat: I. U.: F. Götter.

Der Vorstand: R. Junger, O. Schultze, W. Lamm, A. Mirus, P. Nütler.

Ziehung 4.-7. Dezember  
**Rote Kreuz**  
**Geld-Lotterie**  
 des Zentral-Komitees von Rotes Kreuz  
 545 454 Lose und 17 851 Geldgewinne  
 im Gesamtwert von Mk. 1.000.000  
**600 000**  
 Hauptgewinn Mark  
**100 000**  
**50 000**  
**30 000**  
**20 000**  
 bar ohne Abzug  
 Rote Kreuz Geld-Lose Original-Preis Mk. 3.30  
 Porto und Liste 25 Pf. extra.  
**Lud. Müller & Co.**  
 Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.  
 Telegr.-Adr.: Glückwünsche



Vom Hoerendienst zurück  
 Dr. Gustav Strupp, Müllerstr. 28 A/B.  
**Die Versorgung der Kriegsteilnehmer**  
 ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen  
 Bearbeitet v. Paul Birsch, Landtagsabgeordneter  
**Preis 30 Pf.**  
 Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebenen.  
 Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften Kriegsteilnehmer. Invalidentät. Versorgung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.  
**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin O. 68, Lindenstr. 3

Fruchtgrüne Tannenbäumchen  
 Balkonsmuckentannen,  
 30 Stück M. 1,50, 50 Stück M. 2,-, 100 Stück M. 3,-  
**6 Pf.**  
 Je dichter man pflanzt, um so schöner ist der Schmuck. Die Tannen pflanzen man in leere Blumentöpfe, Kübel, Kästen, bedecke die Pflanzung mit frischem Waldmoos und schmücke damit die Fenster, Balkons und Treppenaufgänge. Das Waldmoos hält die Tannen immerwährend gesund und frisch. Frisches Waldmoos, Paket 30 Pf. Die Aufträge werden der Reihe nach, in der sie einlaufen, ausgeführt, soweit wie die vorhandene Tannenmenge noch zuläßt. Ueber 300 Stück auf einen Auftrag werden nicht abgegeben. Verbindlich ist dieses Angebot nur noch bis 28. November. Blumengärtnereien Petersheim-Erfurt, Lieferanten für Se. Majestät den Deutschen Kaiser. — Jetzt noch sehr billig: alle Gemüsesämereien, Obstbäume, Rosen, Blumenwiebeln Hauptkatalog umsonst.

**S. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**  
 5. Klasse 9. Ziehungstag 16. November 1916 Vormittag  
 Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.  
 Nur die Gewinne über 240 RM. sind in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr K. St. U. f. S.) (Nachdruck verboten)

002 113 218 76 533 621 38 714 41 856 66 1076 81 122 379  
 435 818 (1000) 955 2155 546 765 809 87 97 938 3050 181 73  
 99 239 305 73 500 (500) 24 (3000) 600 33 936 4050 90 100 236  
 60 533 (500) 53 66 946 5314 (500) 376 454 1003 21 87 92 638  
 (500) 716 47 966 6165 463 696 88 7036 (500) 608 8171 267  
 437 229 39 778 9001 38 143 206 349 69 407 564 618 881 930 94

12009 48 155 399 438 552 956 1041 408 12 33 38 996  
 12000 117 355 640 89 843 63 85 13021 47 61 407 92 784 917  
 14034 139 322 480 837 (1000) 583 731 (500) 40 66 894 84  
 15487 97 971 525 729 42 859 98 1079 79 80 (1000)  
 239 623 818 601 80 700 17099 (500) 1174 254 481 95 96  
 (500) 833 48 802 997 18006 36 184 261 405 811 912 18144  
 (500) 81 221 (1000) 403 655 (500) 628 939

20016 83 463 585 95 62 350 (1000) 748 50 888 807 (500)  
 21343 402 14 18 22 34 24 22046 (1000) 96 165 81 243  
 74 34 968 (500) 677 23026 209 405 699 735 73 672 24164  
 203 440 844 840 641 67 813 814 23 80 25500 (3000) 130  
 411 90 534 614 741 886 918 49 28053 61 355 95 (500) 614  
 728 846 27149 358 648 68 606 (500) 842 918 23 28012  
 (3000) 294 971 603 722 (1000) 98 28012 177 79 82 205 15 20  
 41 63 69 208 68 405 (1000) 669 631 44 65 (1000) 92 191 917

30007 (1000) 114 478 643 81 674 (1000) 31099 117 395  
 29 58 91 99 416 612 (500) 61 648 667 81 953 32021 186 237  
 31 210 91 416 612 (500) 61 648 667 81 953 32021 186 237  
 458 488 681 63 800 901 15 18 34085 68 396 227 (1000) 497  
 628 814 837 (1000) 511 35114 215 17 45 327 70 428 605 71  
 809 975 (500) 97 38181 228 320 483 623 768 860 47 89 918  
 33 95 27402 90 60 580 958 (1000) 63 38125 43 898 71 (1000)  
 608 69 (500) 584 38012 39 344 624 612 81 866 (3000)  
 44381 708 41080 373 530 34 93 640 (1000) 878 78 967  
 42226 66 90 410 (500) 90 (500) 493 603 9 709 804 30 44 614  
 84 43065 201 686 (500) 804 82 84 971 44078 74 123 33 63  
 214 80 309 611 11 12 70 (1000) 700 (500) 97 (1000) 903 4 15 47  
 79 94 (500) 45014 46 (1000) 484 60 367 631 713 32 (500) 827  
 48230 386 401 610 47141 89 281 382 428 561 70 647 708 93  
 48104 (500) 218 (500) 449 757 605 (1000) 951 60 70 (3000) 92  
 48230 376 545 78 (500) 904

50127 229 242 715 218 29 51104 203 14 364 472 543 50  
 52068 69 293 402 84 746 97 968 53215 24 50 532 526  
 567 84 56 18 (500) 64092 92 324 425 671 735 811 40 34 912  
 58003 85 184 236 350 81 431 560 615 830 608 8609 (500) 89085  
 56 120 94 56 308 445 525 753 87 849 79 85 87018 71 107  
 234 44 660 800 58005 89 287 362 468 611 74 623 89006  
 117 390 (500) 467 573 858

60476 698 741 88 (500) 813 60465 778 904 29 86 91  
 62066 679 629 (1000) 740 806 (500) 158 93 97 (1000) 839  
 45 417 632 612 19 94 709 812 948 84055 204 (500) 48 73  
 467 88 (500) 820 704 (1000) 31 910 85198 63 265 496 492  
 840 47 (500) 915 86127 344 480 609 35 744 864 71 79  
 924 (3000) 67223 (1000) 42 658 94 808 991 68093 968  
 69350 (500) 406 809 821 35 992

70047 62 70 71033 107 323 (500) 417 66 820 72119 82  
 207 479 91 682 780 845 64 73030 251 (3000) 384 (500) 409 627  
 744088 (500) 160 75 84 209 80 851 414 24 82 836 746 (1000)  
 61013 81 181 636 44 45 (1000) 75405 67 76075 125 32 94  
 207 (500) 478 (500) 303 780 72012 71 (1000) 182 270 631 (1000)  
 79 850 26 49 971 85 78065 64 886 802 78081 158 90 (1000)  
 246 67 819 37 768 98 86 89

8005 07 (500) 120 67 84 218 379 457 96 118 969 81053  
 (500) 79 819 90 647 288 811 (500) 82002 (500) 100 384 85 456  
 841 696 743 81540 65 73 638 880 84189 (3000) 277 367 448 78  
 523 47 634 783 88 829 (500) 85011 23 317 717 91 964 979  
 80018 99 392 401 22 676 (1000) 11 84 881 773 34 42 807  
 60 (3000) 95 87006 (500) 159 208 (1000) 600 (500) 408 679  
 (500) 814 95 88004 95 102 202 74 302 (1000) 456 534 64 97  
 760 96 89346 343 489

90090 198 217 36 416 600 746 81123 226 410 612 766  
 92060 102 258 71 462 538 (1000) 640 801 79 969 93026 140  
 93 (1000) 81 875 64 422 633 (500) 964 94124 48 248  
 87 (500) 478 650 (500) 70 72012 71 (1000) 182 270 631 (1000)  
 442 50 96 411 45 (500) 91 716 88291 387 588 612 17 798  
 871 94 9704 65 906 88036 282 806 89185 213 589 613  
 868 88

100196 (500) 264 306 80 (1000) 401 688 897 804 (3000)  
 10196 474 535 628 849 102408 90 609 617 40 70 656  
 103053 220 393 416 76 (500) 630 989 (1000) 104006 (500)  
 11 273 300 664 774 891 69 860 76 98 105145 283 379 447  
 699 612 768 966 96 992 106007 30 126 64 327 73 480 79  
 683 623 734 815 36 48 964 83 107100 28 331 71 421 60 816  
 682 893 76 98 108114 (1000) 322 317 604 41 55 (500) 836  
 40 73 948 95 108444 673 776 929 54 (5000)

110249 398 773 827 47 929 94 111183 317 409 112013  
 26 34 113 66 66 271 631 616 760 983 84 (500) 113052 243

**S. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**  
 5. Klasse 9. Ziehungstag 16. November 1916 Vormittag  
 Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.  
 Nur die Gewinne über 240 RM. sind in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr K. St. U. f. S.) (Nachdruck verboten)

435 66 76 650 788 (1000) 893 648 114396 (500) 701 17  
 78 87 115 51 672 436 74 731 28 946 118056 124 473 658  
 117281 327 82 628 643 86 748 63 826 94 118037 43 62 310  
 201 47 402 612 21 47 85 1000) 904 118411 658 67 (500)  
 766 881 605 74 99

120107 42 249 83 387 590 (500) 778 121211 244 80 801  
 76 122022 94 113 (1000) 270 88 311 69 500 (500) 605 40 730  
 820 78 95 878 123311 68 448 (500) 601 845 64 124086 286  
 308 490 580 (500) 747 48 62 885 (500) 953 126202 29 328 407  
 (3000) 600 (500) 940 80 126012 298 396 (500) 754 127064  
 389 484 (1000) 520 601 701 926 43 128007 (3000) 81 106 213  
 426 73 77 563 741 128052 188 403 664 65 (3000) 87 681 797  
 89 (500)

130018 122 67 546 80 614 131366 132082 135 64 61  
 (5000) 267 567 608 682 607 24 927 133376 84 (3000) 83 (1000)  
 432 97 685 616 779 837 134022 183 434 63 (500) 641 42 79  
 323 708 11 44 135214 225 408 78 816 69 594 138010 29 301  
 22 66 418 923 65 137500 53 32 138013 391 618 31 40 72  
 (500) 694 736 138027 119 (500) 273 360 404 625 772 812  
 900 (500)

140052 231 368 423 93 (3000) 555 657 786 73 141199 (500)  
 229 (3000) 40 317 732 902 (1000) 19 24 (500) 142003  
 (1000) 214 513 61 468 579 608 80 808 (1000) 95 908 143003  
 156 (500) 87 (1000) 349 600 679 679 999 916 144000 20 134  
 422 81 689 (1000) 830 87 971 145070 95 145 94 (1000) 305  
 (500) 29 481 505 908 (1000) 86 (1000) 148047 (1000) 77 898  
 600 62 631 703 (500) 72 76 86 80 854 900 147145 70 77 443  
 682 67 915 148283 387 (1000) 568 684 795 148010 32 76  
 393 453 633 (500) 48

150083 214 94 (500) 684 62 151127 82 88 288 385 97 482  
 557 (3000) 508 17 88 152168 67 327 649 733 938 (500) 153250  
 (500) 421 89 554 550 723 (500) 966 73 164119 24 77 237 257  
 81 83 665 686 (3000) 155027 95 276 460 81 632 65 (1000) 71  
 (5000) 819 33 88 902 158018 31 87 301 46 62 85 496 966  
 15 7074 209 14 463 63 744 62 (1000) 62 158054 134 42 215  
 25 432 63 697 618 707 158024 (1000) 507 478 605 781 874 581  
 172122 326 (

Aus Groß-Berlin.

Die Krankenhausverteuerung.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Für die Krankenhäuser der Stadt Berlin ist nun die Erhöhung des Kurkostenjahres beschlossen. Gestern nahm die Stadtverordnetenversammlung den Bericht des Ausschusses entgegen, der den Magistratsantrag schmählicher zu machen versucht hatte. Der höhere Kostensatz soll nicht, wie der Magistrat gefordert hatte, sofort in Kraft treten, sondern erst mit dem 1. April 1917. Die sozialdemokratische Fraktion hielt daran fest, daß sie dieser für die Volksgesundheit bedenklichen Maßregel unter keinen Umständen zustimmen könne. Welche Wirkung für die minderbemittelte Bevölkerung und namentlich für die Mitglieder von Krankenkassen zu erwarten ist, wurde nochmals von unserem Genossen Koblenzer dargelegt. Er brandmarkte die geplante Verteuerung der Krankenhausbemerkung als unsozial. Die Freisinnigen machten kurzen Prozeß. Nur die Freie Fraktion äußerte sich noch: ihr Redner Stadtverordneter Dr. Ritter behauptete, die Erhöhung des Kurkostenjahres sei „frei von jeder Härte“. Die große Fraktion der Linken hielt nicht für nötig, noch ein einziges Wort hinzuzufügen. Sie wußte, daß die Annahme gesichert war. Nur die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen.

In derselben Sitzung war über die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dienende Sparkassenreform zu beschließen. In den Ausschussbericht knüpfte sich eine Erörterung, in der die Befürchtungen des Bankiergewerbes durch den Stadtverordneten Doerfer zum Ausdruck gebracht wurden. Die Banken wittern in der reformierten Sparkasse die zukünftige Bank des „kleinen Mannes“. Diese Sorge zu zerstreuen bemühten sich neben Stadtkammerer Böß noch mehrere Redner. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Manasse den Magistratsantrag für annehmbar. Die Annahme geschah nahezu einstimmig.

Der vom Magistrat vorgelegte Antrag auf Errichtung einer Kriegshilfskasse für Berlin soll in einem Ausschuss vorbereiten werden. Genosse Fröhlich begründete den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses mit dem Hinweis auf manche Mängel der Vorlage. Bedenklich sei vor allem die Einschränkung, daß die Hilfskasse nur dem selbständigen Mittelstand zugute kommen solle. Auch Angestellten kaufmännischer und technischer Betriebe sei Hilfe bei der Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu wünschen.

Brotzulagen.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit:

Neben den Zulagen an Brot oder Weiz, die die einzelnen Kommunalverbände für die körperlich schwer arbeitende Bevölkerung ausgeben, ist bisher schon bestimmten Gruppen von besonders schwer beanspruchten Arbeitern (Schwerstarbeitern) eine höhere Zulage gegeben worden. Diesem Verfahren soll, wie schon früher mitgeteilt worden ist, im wesentlichen beibehalten werden. Die Kommunalverbände werden also insoweit sein, für die Zahl der in ihren Bezirken tätigen Schwerstarbeiter Zulagen zu gewähren; da aber die hierfür verfügbaren Vorräte begrenzt sind, war es nötig, bei den Vorschriften, nach denen diese Zahlen zu ermitteln sind, Maß zu halten. Im Anschluß an die bisherigen Bestimmungen sind bei der Aufstellung der neuen Einteilung in der Hauptsache folgende Gesichtspunkte beobachtet worden:

Zu berücksichtigen war in erster Linie die Vergarheit unter Tage, die auch bei den mittleren und unteren unter Tage beschäftigten Grubenarbeitern vorliegt, ferner die Arbeit am Feuer oder unter der unmittelbaren Einwirkung der strahlenden Hitze des heißen Metalls, oder unter dem Einfluß schädlicher Gase in der Eisenindustrie und in anderen Metallhütten und Metallgießereien, in der Waffen- und Munitionsindustrie und, soweit Kriegsbedarf in Frage kommt, in der Maschinen-, Metall- und Kleinindustrie, in Eisenbahnwerkstätten, Brückenanstalten und Schiffswerften. Ferner ist berücksichtigt die Arbeit in der chemischen und Sprengstoffindustrie, soweit sie unter besonderen Einfluß von großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen steht und, soweit Kriegsbedarf in Frage kommt, die entsprechende Arbeit in der keramischen und Glasindustrie. Darüber hinaus sollen aber in Bergbau und in den erwähnten Industrien auch diejenigen Arbeiter, bei denen an sich nicht diese besonderen Arbeitsbedingungen vorliegen, die aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht tätig sind, für die Zeit der Nachtschichtleistung mitgezählt werden. Endlich kommen neben gewissen Gruppen des Heizpersonal der beteiligten Gewerbe auch die Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven sowie das Maschinen- und Heizerpersonal der Schifffahrt in Betracht.

Die bisher versprochen beantwortete Frage, ob auch Arbeiterinnen, auf die die maßgebenden Merkmale zutreffen, unter die Schwerstarbeiter zu rechnen sind, ist bejaht worden, auch sollen freie ausländische Arbeiter den Inländern gleichgestellt werden.

Die Zulagen oder die entsprechenden Vorkosten sind bisher regelmäßig den Arbeitern von den Arbeitgebern ausbezahlt worden, und es ist dabei nicht selten innerhalb des einzelnen Betriebes so verfahren worden, daß die nach der Zahl der Schwerstarbeiter überwiesenen Zulagen innerhalb eines Kreises von Arbeitern verteilt worden sind, der sich mit den Schwerstarbeitern individuell nicht vollkommen deckte. Auf diesem Wege ist es möglich gewesen, die technischen Verhältnisse des einzelnen Betriebes zu berücksichtigen und auch einige andere Arbeiter an den Zulagen zu beteiligen, die nach der Art ihrer Arbeit den Schwerstarbeitern gleich oder annähernd gleichzustellen wären. Ein solches Verfahren wird auch in Zukunft beibehalten werden können, wenn über die Art des Ausgleichs Einverständnis zwischen dem Arbeitgeber und den bei ihm beschäftigten Arbeitern herrscht und wenn für eine gleichmäßige Behandlung auf den verschiedenen Arbeitsstätten innerhalb wirtschaftlich gleichgearteter Bezirke gesorgt wird. Bei den Brotzulagen wird das Ausgleichsverfahren auch um deswillen unsicher durchgeführt sein, weil im allgemeinen die volle Schwerstarbeiterzulage (100 Gramm Weiz) und die volle Schwerstarbeiterzulage (200 Gramm Weiz) nicht nebeneinander gewährt werden sollen; wo dies vereinzelt geschehen ist, hat es sich in der Regel als unnötig und wegen der dabei eingetretenen allzu starken Verteuerung geradezu als schädlich erwiesen. Besonderen Wert legt das Kriegsernährungsamt darauf, daß die mit der Durchführung betrauten Verwaltungsbehörden enge Fühlung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern halten; die dafür nötigen Vorkehrungen sollen getroffen werden.

Vom Gemüsemarkt.

Der Berliner Markt zeigt gegenwärtig eine sehr starke Zufuhr besonders von Weizbrot und Kohlraben, so daß der Bedarf mit Leichtigkeit gedeckt werden kann. Die Vorkosten haben vollauf

zu tun und reichliche Zufuhren erhalten, ebenso die Sauerkrautfabriken. Die Preise für Gemüse sind reichlich hoch; der Handel versteht es, trotz der großen Zufuhr, einen Preisdruck aufzuhalten. Die Preisprüfungsstelle hat für angemessene Preise im Kleinhandel erachtet für Weizbrot 8 bis 10 Pf., Weizbrot 17 bis 20 Pf., Kartoffel 20 bis 23 Pf., Kohlraben 6 bis 8 Pf., Grünkohl 18 bis 19 Pf., das Pfund. Da nunmehr auch vom Generalkommando bestimmt ist, daß der Verkauf für Gemüse nach Gewicht vollzogen werden muß, wird die Unsicherheit in der Preisentwicklung endlich zu einem erheblichen Teil beseitigt. Auffallend ist die Preislage für Kohlraben, die im Großhandel nach den amtlichen Marktberichten der Zentner mit 4,50 bis 6 M. gehandelt werden, obwohl ein Höchstpreis von 2,50 M. für den Erzeuger besteht. Es wird von Beteiligten behauptet, daß dieser Höchstpreis überschritten wird. Ist das der Fall, so wird die Behörde Anlaß nehmen müssen, gegen diese Preisereignisse einzuschreiten. Das gleiche gilt für Kohlraben. Hier sind Großhandelspreise von 8 bis 14 M. pro Zentner im Großhandel gezahlt. Der Höchstpreis für den Landwirt beträgt 4 M. Auch hier liegt aller Anlaß vor, einmal nachzuprüfen, wie diese hohen Preise zustande gekommen. In Interessentenkreisen soll, wie uns berichtet wird, ein starker Anlauf bestehen, diese Höchstpreise wieder hinaufzusetzen. Vom Preuzischen Landwirtschaftlichen Ministerium wird diesem Verlangen, wie in ähnlichen Fällen, die eifrige Unterstützung zuteil. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß diese Höchstpreise schon wieder hinaufgesetzt werden, denn der Preis von 4 M. für Kohlraben enthält ungefähr das Vierfache dessen, was in Friedenszeiten gezahlt wurde. Es fehlt jeder berechtigte Anlaß, diese Preise zu erhöhen, und auch vom Landwirtschaftsministerium müssen wir verlangen, daß es darauf achtet, daß den Höchstpreisen Geltung verschafft wird.

Zwiebeln sind nach der Höchstpreisfestsetzung nicht zu haben. Offenbar halten Produzenten und Händler die Bestände zurück. Außerdem ist aber anzunehmen, daß bereits sehr viel im Haushalt aufgebraucht ist und große Bestände überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Der Preis beträgt gegenwärtig 15 Pf. pro Pfund, steigend jeden Monat um einen Pfennig.

Wenig befriedigend ist die Zufuhr am hiesigen Markt, die durch die Reichsstelle für Obst und Gemüse herbeigeführt wird. Es ist zwar gelungen, in einigen Fällen zu niedrigeren Preisen zu kommen und auch beim Einkauf im Ausland die wüsten Preissteigerungen zu unterdrücken, aber es fehlt hier am Ort die nötige Organisation und Regelung, die es ermöglicht, dieses Gemüse an den Konsumenten zu bringen. Die städtische Verwaltung ärgert sich mit ihren Maßnahmen seit Wochen und kommt zu keinem Abschluß. Man sollte den Verkauf so vornehmen, daß die Stadt in besonderen Verkaufsständen die Zufuhr von der Reichsstelle im Kleinhandel an den Markt bringt. Geschieht das nicht, so fällt jede Kontrolle fort, daß dieses Gemüse zu angemessenen Preisen in den Handel kommt. Dabei möchten wir auf eine weitere Unterlassung des Berliner Magistrats hinweisen. Die Preisprüfungsstelle hat wiederholt verlangt, daß für den Verkauf von Einkäufen im Großhandel die Liefererscheine ausgestellt werden. Solche Liefererscheine bieten die einzige Möglichkeit einer Kontrolle, zu welchem Preise eingekauft wurde und ob unangemessene Aufschläge genommen werden. Leider ist dem Berliner Magistrat bisher das Urteil eines kleinen Preisfests der Interessenten maßgebend gewesen, während die Preisprüfungsstelle mit ihren Ansprüchen abgewiesen wurde. Es sei hervorgehoben, daß an anderen Orten, vor kurzem auch in München, der Liefererschein eingeführt wurde.

Verhältnismäßig gut befähigt sich der Verkauf von Kohl und Kohlraben durch die Markthallenverwaltung in der Berliner Zentralmarkthalle. Die Preise sind hier erheblich unter die üblichen Kleinhandelspreise herabgesetzt. Leider ist die Menge, die zum Verkauf kommt, gering. Wir hoffen, daß sich die Markthallenverwaltung recht eifrig bemüht und größere Zufuhren verlangt. Die Übernahme zu angemessenen Preisen wird sicher keine Schwierigkeiten bieten.

Für Obst ist die Festsetzung von Höchstpreisen bei den verschiedenen Sorten recht schwierig. Die Preisprüfungsstelle hat deshalb nur einen Preis für Tafeläpfel von 35 bis 65 Pf. das Pfund gegenwärtig für angemessen erachtet. Wirtschaftsbäpfe sind entsprechend billiger zu verkaufen, und Äpfel, die eine besondere Auslese bilden, auch über diesen Preis gestellt. Der Handel versucht natürlich, möglichst die Grenzen zu verwischen, um über diese Preise hinauszukommen. Wichtig ist für den Konsumenten, daß die Großvertriebsgesellschaft für böhmisches Obst jetzt ihre Ware an den Markt bringt. Der Verkauf geschieht auf den Obstläden an den der Bevölkerung bekannten Anlegestellen. Die Gesellschaft hat ihr Obst in drei Klassen geteilt; für die erste ist ein Großhandelspreis von 40 M., für die zweite 32 M., für die dritte 25 M. der Zentner festgesetzt. Für den Kleinhandel soll im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung ein Aufschlag von 25 Proz. genommen werden, so daß das Pfund Äpfel entsprechend den Klasseneinteilungen 50 Pf., 40 Pf., 32 Pf. betragen wird. Die Bevölkerung wird gut tun, ihren Einkauf gleich von diesen Äpfeln zu bewahren, statt die Ware über den Kleinhandel aufzunehmen. Denn es ist zu befürchten, daß, sobald die Ware in den Kleinhandel kommt, die Aufschläge viel höher sind. Die vorher genannten Preise werden dann wörtlich der Zentner in Klasse 1 und 3 um 1 M., in Klasse 2 um 1,50 M. gesteigert, dementsprechend auch die Kleinhandelspreise. Gegenüber den sonst üblichen Obstpreisen wird somit das böhmische Obst und wohlfeiler zum Verkauf gestellt.

Zur Groß-Berliner Straßenbahnangelegenheit.

Die Stadtverordneten in Reußlin saßen Donnerstagabend auf Grund eines von unseren Vertretern eingebrachten Antrags einstimmig diesen Beschluß: Die Stadtverordnetenversammlung steht auf dem Standpunkt, daß 1. von einem Erwerb des Straßenbahnunternehmens zurzeit abzusehen ist und daß 2. auch jede Art einer geplanten Tarifveränderung abzulehnen sei. Die Versammlung hält es für richtig, daß die Weiterbehandlung der Angelegenheit durch eine Kommission des Zweverbandes erfolgt.

Die Versorgung mit Speisefett.

In den letzten Tagen erschien in der Presse eine Notiz, worin scharfe Kritik an der Unzulänglichkeit der Ölverteilung geübt wurde. Zur Klarstellung wird amtlich darauf hingewiesen, daß der Kriegsausschuss für Öle und Fette monatlich ein größeres Quantum Speisefett zur Verfügung stellt. Die Verteilung erfolgt auf Grund eines von der Reichsstelle für Speisefette aufgestellten Verteilungsschlüssels, lediglich an Landes- und Kommunalbehörden, und zwar zum Preise von 4,50 M. für das Kilo. Wenn Klage darüber geführt worden sei, daß in den Delikatwarengeschäften usw. exorbitante Preise für Speisefett verlangt worden seien, so könne es sich bei diesen Preisen lediglich um aus dem Jahre 1915 übernommene Vorräte handeln, die den Verkaufsmöglichkeiten nicht unterlagen und infolgedessen im freien Markt gehandelt werden dürfen. Es könne sich hierbei jedoch nur um ganz geringe Mengen handeln.

Keine Brickettnot.

Aus der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie wird der Berliner Presse geschrieben: Infolge der schon seit vielen Wochen herrschenden Knappheit an Brennmaterial sind die Zufuhren an Brickettnach Groß-Berlin und auch nach der Provinz sehr gering gewesen. Es tauchen deshalb in Berlin schon allerbald Gerüchte auf, welche besagen, daß die große Knappheit in Brickettnach eine Beschlagnahme der Produktion zurückszuführen sei, und daß man deshalb auch bald mit Brickettkarten zu rechnen habe. Diese Gerüchte entbehren zwar jeglicher Begründung, doch wird infolge der großen

Nervosität, welche durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Brennmaterial entstanden ist, auch schon in Brickettnach gehandelt. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß eine Brickettnot nicht zu erwarten ist, denn die Niederlausitzer Brickettwerke, welche Groß-Berlin fast ausschließlich mit Brickettnach versorgen, haben in den letzten Wochen infolge der großen Wasserkraftigkeit ganz bedeutende Mengen gesammelt, und es werden die Lager heute schon auf etwa 300 000 Tonnen geschätzt. Wenn die Eisenbahn erst in der Lage ist, die Wasserkraftigkeit so reichlich zu gestalten, daß neben der täglichen frischen Produktion auch noch die Bestände allmählich abgestoßen werden können, wird die Brickettnachknappheit sehr bald überwunden sein. Das Publikum kann deshalb nicht dringender genug davor gewarnt werden, sich größere Vorräte in Brickettnach anzuhäufen als unbedingt nötig sind, denn sonst kann ein Mangel eintreten und wenn letzterer erst einmal vorhanden ist, macht sich dieser auch sehr bald in den steigenden Preisen bemerkbar. Notwendig ist es allerdings, daß eine wesentliche Verringerung in den Zufuhren schnellstens eintritt, damit nicht Tausende von kleinen Existenzen, die sogenannten Kellerhändler, ruiniert werden. Die Hälfte dieser kleinen Kohlenbesitzer haben schon heute tagelang ihre Geschäfte geschlossen, weil jegliche Vorräte in Brickettnach fehlen.

Lohnbewegung der Heizer in den städtischen Elektrizitätswerken.

Die in den Berliner Elektrizitätswerken bestehenden Arbeiterauschüsse und die Vertrauensleute hielten eine gut besuchte Versammlung ab, um zu den Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen. Ueber unliebliche Verhältnisse innerhalb der städtischen Elektrizitätswerke wurde berichtet: Schon im August sei in der Zentrale Rummelsburg von einem Meister bekanntgegeben worden, daß der Höchstlohn für Heizer nach 1 1/2 Jahren Dienstzeit 80 Pf. die Stunde betrage. Drei Wochen lang haben dies die Heizer bekommen, dann wurde es rückgängig gemacht und der Lohn auf 77 1/2 Pf. herabgesetzt. Die Direktion gab bekannt, daß 80 Pf. gezahlt seien, beruhe auf einem Versehen des Schreibers. Einer der Heizer legte die Arbeit nieder, während ein anderer, um trotz dieser Abzüge einen höheren Lohn zu haben, 15-16 Stunden täglich gearbeitet habe. Diese unünftigen Lieberstunden bei schlechter, mangelhafter Ernährung hätten dazu geführt, daß der Heizer nach einigen Tagen vor dem Kessel an Entkräftung zusammenbrach und noch heute daniederliege. Ein dritter Heizer hatte gekündigt. Nach Ablauf seiner Kündigungszeit sei ihm von der Direktion der Kriegsschein verweigert worden. Die Verweigerung des Kriegsscheines wurde vor den Kriegsausschuss gebracht. Dieser stellte nach Kenntnisnahme den Kriegsschein sofort aus und betonte: 77 1/2 Pf. Stundenlohn sei ein Lohn, wofür heute kein Heizer arbeiten könne. Die Zeit, die der Heizer infolge Verweigerung des Kriegsscheines arbeitslos war, muß die städtische Direktion entschädigen.

Der Ausschuss wurde beauftragt, wegen einer allgemeinen Lohnherabsetzung von mindestens 10 Pf. die Stunde sowie einer monatlichen Kinderzulage bei der Direktion eine gemeinsame Sitzung zu beantragen. Ebenso wurde der Ausschuss beauftragt, unter keinen Umständen unter diese Forderung herunterzugeben. Sollte sich die Direktion ablehnend verhalten, so sind die Beteiligten gezwungen, sich schnelligst andere, besserbezahlte Arbeitsstellen zu suchen.

Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin.

Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind in der Woche vom 30. Oktober bis 6. November 138 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 40, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 6, bewilligt 120. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiederertritts in Arbeit oder Erwerb) sind 81 Personen, 118 männliche und 184 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 8002 M., davon je 4 M. 1823 Personen, je 5 M. 138 Personen.

Von der Stadt wurden an 191 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst tagungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrag von 651,20 M. gezahlt. Davon trafen auf die freien Gewerkschaften 166 Mitglieder mit 552,55 M. (und zwar Metallarbeiter 77,05 M., Holzarbeiter 54 M. usw.).

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 445 bei ihr überhaupt bis 4. November eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 491 genehmigt.

Ein Pfund Kunsthonig 50 Pf.

Die Verwendung von Kunsthonig als Streichmittel hat im Laufe des Krieges an Bedeutung sehr gewonnen. Es hatte sich im vorigen Jahre der Kettenhandel ganz besonders auf diese Ware geworfen, so daß Kunsthonig, der von Fabriken zu etwa 85 M. für den Zentner abgegeben wurde, im Zwischenhandel auf 80 M. und mehr hinaufgetrieben wurde. Der Preis im Kleinhandel kam daher oft auf über eine Mark das Pfund zu stehen. Sobald die amtliche Bewirtschaftung des Zuckers einsetzte, fand naturgemäß eine Bindung der Preise für Kunsthonig, der zu vier Pfänsteln aus Zucker besteht, statt. Für ein Pfund in Papierpackung wurde ein Preis von 0,55 M. bei Abgabe an den Verbraucher im Kleinverkauf festgelegt. Da durch die Bindung an diese Vertragspreise aber nicht sämtlicher Kunsthonig getroffen wurde, also eine Kontrolle sehr erschwert war, hat sich das Kriegsernährungsamt nunmehr zu Höchstpreisen für Kunsthonig entschlossen. (Bekanntm. d. Stellv. d. Reichsl. v. 11. November M. 0. V. L. 1271.) Trotz der Steigerung des Preises für Rohrzucker ist es möglich gewesen, die bisherigen Vertragspreise zu halten, so daß ein Zentner in der genannten Packung beim Hersteller höchstens 40 M., im Großhandel 44 M., im Kleinverkauf 55 M. kostet.

Verdigung der Opfer von Rahnsdorf.

Kätzehn Opfer des Eisenbahnunglücks bei Rahnsdorf wurden am gestrigen Donnerstag auf dem Gemeindefriedhof in Rahnsdorf unter Teilnahme der Einwohnerschaft beigesetzt. In der Friedhofskapelle, wo die achtzehn eigenen Särge aufgebahrt waren, fand eine stimmungsvolle Trauerfeier statt. Bürgermeister Köhler (Rahnsdorf) hatte sich besonders um eine würdige Bestattung bemüht. Verbundene Krieger aus Lazaretten in Friedrichshagen trugen die Särge zur gemeinsamen Gruft, wo der katholische Kuraturschreiber (alle getötete Mädchen gehörten zur katholischen Kirche), die Gedächtnisrede hielt. Die 40 Meter lange und 1,50 Meter tiefe Gruft mußte in ihrer ganzen Länge mit Wahlen abgeteilt werden, weil das sandige Erdreich immer wieder nachgibt. Die ganze Nacht hindurch wurde unter Leitung des Bürgermeisters gearbeitet. Vormittags kamen viele Leute aus allen Richtungen herbei. Die Mittagszüge brachten neue Scharen aus Berlin.

Zinnerne Bierdeckel sofort anmelden.

Nach Mitteilung der Steuerstellen sind die Meldungen an Bierglas- und Bierkrugdeckeln aus Zinn in auffallend geringer Zahl eingegangen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Brauereien (Brauerei-, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe, z. B. Brauereien, Bierverlage, Gastwirtschaften, Kaffeehäuser und Konditoreien, überhaupt Bierauschänke aller Art), ferner Vereine und Gesellschaften, Kaffee- und Kantinen, die in ihrem Besitz befindlichen beslagnahmen Zinnerdeckel zu melden haben, gleichgültig, ob der Besitzer zu gleicher Zeit Eigentümer ist oder nicht. Es sind daher auch Gast- und Schankwirtschaften, die von ihren Lieferanten (Brauereien, Brauereivertreter usw.) Gläser mit Zinnerdeckel teilweise erhalten

**Saben. zur Meldung verpflichtet.** Es wird dringend geraten, etwa verfallene Meldungen sofort nachzuholen. Die Vorzüge sind bei den Steuerstellen erhältlich.

### Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Freitag, den 17. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 2,00 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,10 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,20 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,30 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,70 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,80 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,00 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 2,75 M.; Schollen, Kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zusatz etwas reichlicher.)

Bei Ausfüllung der Bezugsscheine wird vielfach, wie uns der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V., mitteilt, gegen die Vorschriften verstoßen, daß für jede Warengattung ein besonderer Bezugsschein auszufüllen ist. Da Waren nur gegen Empfang des Bezugsscheines ausgehändigt werden dürfen, kann es bei Ausfüllung eines Bezugsscheines für mehrere Warengattungen bei der Knappheit der Vorräte leicht vorkommen, daß nur eine dieser Warengattungen in einem Geschäft vorrätig ist, so daß der Käufer entweder die zweite Warengattung nicht mehr erhalten kann, oder daß der Verkäufer, weil er nicht beide Warengattungen abzugeben in der Lage ist, auch nicht einen Teil der auf dem Bezugsschein bewilligten Waren verkaufen kann. Es muß darum Aufgabe der interessierten Betriebe sein, ihr Personal immer wieder auf diese Vorschriften aufmerksam zu machen, auch bei den Bezugsscheineinstellen darauf hinzuwirken, daß die ohnehin schwierigen Verhältnisse durch Außerachtlassung dieser Vorschriften nicht noch weiter erschwert werden. Die strenge Durchführung der Vorschriften liegt ebenso im Interesse des kaufenden Publikums wie des gesamten Detailhandels in Web-, Woll- und Strickwaren.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats entfallen auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Weisgerst oder 100 Gramm Weismehl, auf Abschnitt 5 der Karte 100 Gramm Gerste oder 100 Gramm Graupen. Die Abschnitte sind von heute bis Montag, den 20. November, in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsbetrieben gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Ware kann dann vom 2. Dezember ab bei den betreffenden Kleinhandlern gegen Rückgabe der erwähnten Empfangsbescheinigung abgeholt werden.

### Das Märkische Museum.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht behandelte Prof. Dr. P. U. J. am Mittwoch unter Märkisches Museum. Er begann mit einem kurzen Ueberblick über die Geschichte des Museumswesens von der Zeit der Karikaturkabinette, Kunstflamieren, der Gemälde- und Skulpturgalerien bis zur Schöpfung von kulturgeschichtlichen und Heimatmuseen. Er ging dann näher auf die Gründung des Märkischen Museums ein, die im Jahre 1874 erfolgte. Das Verdienst, es geschaffen zu haben, gebührt dem ehemaligen Stadtkammerer Ruge, Rudolf Virchow und dem Stadtrat Ernst Friedel, der heute noch an der Erforschung der Heimat den größten Anteil nimmt. Es war die höchste Zeit zur Errichtung. Denn eben damals begann für Berlin und die Nachbarorte jene ungeheure Umwälzung, die mit dem Altüberliefernten rücksichtslos aufzuräumen. Die späte Gründung erwies sich vorteilhaft, insofern Vorbilder vorhanden waren, nach denen man sich richten konnte. So war für die Anlage und Organisation der Sammlungen das Germanische Museum in Nürnberg maßgebend, nur daß auch die Naturwissenschaften mit in den Bereich der Aufgabe gezogen wurden, was für die Großstadt Berlin unumgänglich war und sich auch als sehr segensreich erwies hat.

Mehr als dreißig Jahre war das Museum in völlig unzulänglichen Räumen untergebracht. Erst im Jahre 1908 konnte das neue Heim eröffnet werden. Auch das war von Vorteil. Denn nun fand es in Ludwig Hoffmann einen Architekten von den höchsten künstlerischen Eigenschaften. Mit Hilfe von Lichtbildern wies der Nebener die Absichten Hoffmanns auf, dem es darauf ankam, ein Werk im Geiste der bodenständigen Baukunst zu schaffen. Art und Wesen der Bauelemente wurden von außen und innen gezeigt, wobei die Gesichtspunkte erläutert wurden, nach denen die Gegenstände aufgestellt sind. Die Raum in einem zweiten Museum wurde danach gestrebt, den Besucher durch eine gefällige Anordnung zu fesseln und vor Ermüdung zu bewahren.

Die Aufbewahrung von Getreidefrüchten. Eine recht bedenkliche Tatsache ist die in diesem Herbst zutage tretende schnelle Verderblichkeit von Kartoffeln und Kohl. Bei heute Gemüse und besonders Kohl aufspeichert, muß gewärtig sein, daß ihm ein großer Teil davon bald verdirbt. Es ist deshalb dringend allen Personen, die sich mit Wintervorräten versehen haben, zu empfehlen, unangefestete ihre Vorräte zu überwaachen und sie nicht an feuchten Stellen in Kellern zu lagern, auch nicht dem Licht auszusetzen. Zwiebeln verderben besonders leicht, und zwar faulen sie von innen heraus, weshalb die Wollen, besonders die größeren, hin und wieder durchgeschnitten werden müssen. Nur dann kann man beobachten, ob sie verderben. Zum Aufbewahren von Kohl eignen sich Hängematten. Man spannt sie von einer Wand zur anderen auf, legt den Kohl zwischen Papier und bedeckt die Kohlköpfe noch mit Papier oder dergleichen gegen Licht und Feuchtigkeit.

Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß der Verdienst von Kindern aus Arbeit dem Vater, auch wenn er darüber als Kostgeld usw. verfügt, bei der Steuer bzw. Berechnung als Einkommen nicht angerechnet werden kann. Dieses Kindereinkommen ist im Gegensatz zu dem aus Vermögen, Ruhegehältern steuerfrei.

Von einem Straßenbahnwagen angefahren und getötet wurde der 29 Jahre alte Tischlergeselle Wilhelm Rothenburg aus der Kronprinzenstr. 20 zu Lichtenberg, als er in der Grachtstraße zu Repton den Damm überschreiten wollte.

Grasfeuer kam am Donnerstagnabend aus noch nicht ermittelter Ursache auf einem Ackergrundstück in der Berliner Straße Nr. 69/6a in Pantow, nahe der Weichselgrenze von Berlin, zum Ausbruch. Die Flammen fanden schnell Nahrung, und als die Berliner Feuerwehr erschien, stand ein großer Schuppen mit Inhalt völlig in Flammen. Eine angrenzende Wohnung hatte schon Feuer gefangen. Den vereinten Anstrengungen der Wehren gelang es, den Brand zu lokalisieren.

Einen Kampf mit Einbrechern hatten in der Nacht zu Donnerstag ein Schuttmann und ein Wächter der Wach- und Schließ-Gesellschaft zu bestehen. Vier Einbrecher hatten abends Abschied gefeiert und beschloffen, dem Kontor einer Lederhandlung in der Strolauer Straße 45 einen Besuch abzustatten. Mit einem Kahn, den sie an einem Landungssteg an der Weichselbrücke fanden, fuhren sie die Spree entlang bis in die Nähe des Hauses. Während sie in den Kontorräumen am Geldschränk arbeiteten, sah der Wächter einen Lichtschein und hörte dann auch das Geräusch, das sie verursachten. Er holte einen Schuttmann und als beide den Kassenraum betraten, sprangen zwei Einbrecher sofort auf sie ein. Der Schuttmann schoß durch die Schalterkammer hindurch. Das veranlaßte die beiden Einbrecher, deren Kampagne in dem Kahn warteten, die Flucht zu ergreifen. Als sie in den Kahn hinein sprangen, kenterte dieser, und alle vier fielen ins Wasser. Sie konnten sich aber leicht retten. Schuttmann und Wächter eilten unterdessen nach der Weichselbrücke, weil sie richtig vermuteten, daß die Einbrecher von dort hergekommen seien und dort hin zurückkehren würden. Als sie anlangen, hatte einer bereits den Kahn verlassen. Er wurde sofort festgenommen. Die anderen fliehen gleich wieder ab und ruderten nach dem entgegengesetzten Ufer, wo sie aber von

herbeigeeilten Beamten ergriffen wurden. Der eine, der durch den Schuß verwundet worden war, rief sich los und entkam. Auch er wurde gestern festgenommen, als er sich auf einer Unfallstation verborgen hielt.

Tödlicher Eisenbahnunfall. Von dem Bahnhof Sommerfeld wollte der Kanonier Wilhelm Schulz aus Klein-Taupeh nach Berlin fahren. Er hatte sich verspätet und traf erst ein, als der Zug bereits in Bewegung war. Trotz dringender Warnung der Bahnbeamten sprang er auf, glitt jedoch vom Trittbrett ab und geriet zwischen Zug und Bahnsteig. Als der Zug zum Halten gebracht werden konnte, hatte er bereits so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach wenigen Stunden starb.

## Aus den Gemeinden.

Lichtenberg. In den Stadterordnetenwahlen schreibt man uns: Die Stadterordnetenwahlen, die in Berlin-Lichtenberg am 12. d. Mts. unter dem Vorkriegsstand stattfanden, hatten folgendes Ergebnis. Es wurden in den einzelnen Bezirken für unsere Genossen 3, 7, 10, 12, 14 und 27 Stimmen abgegeben! Hierbei soll auch folgender Vorgang nicht unerwähnt bleiben. In einem der Wahlbezirke war auf sozialdemokratischer Seite bis gegen 6 Uhr noch keine einzige Stimme abgegeben worden, so daß sich der bürgerliche Wahlvorsteher veranlaßt sah, telefonisch unsere Genossen zu benachrichtigen, daß zwar schon bürgerliche, aber noch kein sozialdemokratischer Wähler zur Wahl erschienen war. Erst dann gelang es, noch drei Genossen zu „schleppen“, die unsere Kandidaten wählten. In der Hauptsache ist das oben erwähnte Resultat ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß weder ein Aufruf, noch eine sonstige Veröffentlichung im „Vorwärts“ über die Wahlen erfolgt war, so daß eine große Anzahl der Genossen von der Wahl keine Kenntnis hatte.

Charlottenburg. Von allgemeinem Interesse ist eine Vorlage, die die Charlottenburger Stadterordneten am Mittwoch einmütig angenommen haben. Die Stadt besitzt in Weeg-Sommerfeld eine Anstalt für Lungenkranke, das Waldhaus Charlottenburg. Die Verpflegung der hier untergebrachten Patienten bereitet während des Krieges erhebliche Schwierigkeiten. Gerade bei den Lungenkranke ist aber eine gute und reichliche Verpflegung für den Kurserfolg von besonderer Wichtigkeit. Die von dem zuständigen Landratsamt des Kreises Osthavelland überwiesenen Mengen an Lebensmitteln (namentlich an Fleisch und Fett) reichen bei weitem nicht aus. Auf seine Anträge auf Erhöhung der Fleischmengen ist dem Magistrat anheimgestellt worden, den Mangel möglichst durch Schlachtungen von selbstgezeugenem Vieh abzufüllen. Auch der Minister des Innern hat bekanntlich vor kurzem durch die Regierungspräsidenten die Landräte angewiesen, dahin zu wirken, daß die in ländlichen Bezirken belegenen Krankenanstalten in größerem Umfang Selbstwirtschaft (Wärfung von Schweinen, Haltung von Milchschafen, Ziegen und Geflügel) treiben, da auf diese Weise den Ernährungs-schwierigkeiten am besten begegnet werden kann. Im Waldhaus Charlottenburg wurde schon früher in beschränktem Umfang Viehhaltung betrieben. So konnten im Jahre 1915 27 Schweine geschlachtet und im Küchenbetriebe der Anstalt verwertet werden. Die Schweine wurden fast ausschließlich aus den Küchenresten genährt, nur geringe Mengen an Kraftfutter sind dazu gekauft worden. Ein Teil der Küchenabfälle mußte sogar noch verkauft werden, weil infolge des beschränkten Raumes nicht mehr Schweine eingestellt werden konnten. Um die Schweinemästerei zu erweitern, müssen weitere Stallräume geschaffen werden, wozu ein Betrag von 10.000 M. erforderlich ist. Ist der Bau vollendet, so wird die Anstalt dauernd 50 bis 60 Schweine halten können und instand sein, wöchentlich ein Schwein zu schlachten. Die angeforderte Summe wird also reichliche Zinsen tragen. Ja, wenn man den heutigen Schlachtwert eines Schweines in Rechnung zieht, ist sogar schon für das erste Jahr ein Ueberschuß von 5000 M. zu erwarten.

Im übrigen erklärte die Versammlung noch einige Wahlen von Stadterordneten, die als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder gewählt sind, darunter die unseres Genossen Hofer, für gültig.

Reutlitz. Um denjenigen Einwohnern, denen Einrichtungen zur Aufzucht von Schweinen zur Verfügung stehen, den Ankauf lebender Tiere zu ermöglichen, ist die Stadt Reutlitz im Begriffe, 200 Jungschweine aus Salschwitz-Hofstein einzuführen, die auf die einzelnen Bewerber zur Verteilung kommen sollen. — Der Verkauf von Heringen in den städtischen Verkaufsstellen ist derart geregelt worden, daß zunächst auf jede Brotkarte der Woche von 5 bis 12. November zwei Stück so lange verkauft werden, bis alle Einwohner Heringe auf diese Karte erhalten haben. Darauf werden zunächst auf etwa 3 Wochen Salzmatraken ausgegeben und zwar nicht pfund-, sondern stückweise. — Die Stadt will ferner die vorhandenen Bestände an Hagerfloeden sofort zum Verkauf bringen und zwar so, daß auf je einen bestimmten Abschnitt der Hausabteilungsliste ein Pfund abgegeben wird. — Bei dem nächsten Verkauf von Talg sollen, solange der Vorrat reicht, zunächst die Familien mit vier Personen berücksichtigt werden. Sie erhalten eine ganze, Familien mit zwei und drei Personen nur eine halbe Tafel. In den städtischen Verkaufsstellen soll für eine übersichtliche Lagerung sowie bessere Beleuchtung gesorgt und im übrigen alle Verbesserungen getroffen werden, die gesundheitlich erforderlich sind. Wegen der beengten Räumlichkeiten wird demnächst eine Verlegung der Verkaufsstellen Steinmeyerstr. 12 und Hermannstr. 22 erfolgen. Zur Lagerung von Obst- und Gemüsevorräten hat die Stadt Lagerräume angemietet.

Pantow. Die Gemeindevertretung nahm am Dienstag zur Straßenbahnfrage Stellung. Der stellvertretende Bürgermeister Beigeordneter Stawitz vertrat den später zum Beschluß erhobenen Standpunkt. In der Debatte betonte Genosse Schmidt, daß wir Sozialdemokraten zwar von jeder sich bietenden Gelegenheit, öffentliche Verkehrsunternehmen aus dem Privatbesitz in Gemeinderiege überzuführen, grundsätzlich Gebrauch zu machen beabsichtigen, daß aber im vorliegenden Falle bei den zurzeit völlig ungeklärten Verhältnissen hiervon vorläufig Abstand genommen werden müsse. Auch müsse jede Tarifserhöhung, habe sie nun einen Staffels- oder Einheitsstaffel zur Grundlage, aus entschiedenem Bekämpfung werden. — Die Aussprache ergab die einstimmige Annahme folgender Entschließung: „Die Gemeindevertretung erklärt sich gegen jede Tarifserhöhung, insbesondere auch gegen die Einführung eines Staffeltarifs. Sie steht auf dem Standpunkt, daß von einem Erwerb des Straßenbahnunternehmens zurzeit abzusehen ist, daß jedoch das Nichtinkrafttreten des im Berliner Vertrag zum 1. Januar 1920 vorgesehenen Staffeltarifs erstrebt werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles hält sie es für richtig, daß rechtzeitig vom Zweckverband mit der Großen Berliner Straßenbahn verhandelt wird.“

Weiter wurde von der erneuten Finanzgriffnahme der Regulierungsarbeiten der Berliner Straße Kenntnis gegeben. Die Große Berliner ist jetzt zur Verlegung der Gleise und der Herstellung der Endhaltestellen in der Riffingstraße und Lindenpromenade bereit. — Auf aus der Mitte der Vertretung vorgebrachte Beschwerden gegen hiesige Ärzte, wegen zu hoher Honorarforderungen bei Ausstellung von Attesten für Kranke und Wöchnerinnen zum Zwecke von Sondernahrungsmitteln und Milch wurde Verhandlung mit den Ärzten zum Zweck eines Uebereinkommens angefaßt. Bei dieser Gelegenheit regte Genosse Strud Anstellung eines Gemeindefeldarztes an, was für spätere Zeit in Aussicht gestellt wurde. — Eine lebhaft erörterte Entspannung fand über die sehr im argen liegende Kartoffelversorgung Pantows. Es wurde nachgewiesen, daß die Gemeindeverwaltung an der mangelhaften Zufuhr schuldlos ist und daß, trotz lebhafter Bemühungen des Gemeindevorstandes bei der Versorgungsstelle keine reichlichere Anfuhr zu erlangen sei.

Es sind daher schon vorräufig 60.000 Zentner Kohlrüben angekauft. Die Vertretung beschloß, dem Gemeindevorstand aufzugeben, unverzüglich beim Landrat die Freigabe der selbständigen Kartoffelversorgung zu erwirken.

Das Verschwinden zweier Geschwisterpaare aus Charlottenburg hat keine Aufklärung gefunden. Die 14 und 12 Jahre alten vier Kinder, die gemeinsam heimlich nach Jütlunde gefahren und von dort am 30. August die Rückfahrt antraten, waren in Berlin abgesetzten und warteten sich aus Furcht vor Strafe nicht nach Hause. Sie trieben sich in Berlin umher und sind hier von Polizeibeamten angehalten und in Schutzhaft genommen worden. Inzwischen sind die Kinder ihren Eltern wieder zugeführt worden.

Alt-Mienke. Die Bibliothek des hiesigen Wahlvereins befindet sich im Lokal von Vahr, Köpenicker Str. 45. Die Ausgabe der Bücher erfolgt von heute ab jeden Freitag von 8-9 Uhr abends und zwar völlig kostenlos. Da jetzt für eine regelmäßige Ausgabe gesorgt ist, bitten wir, die Bibliothek fleißig zu benutzen. Zur Entnahme sind alle politisch, gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisierten Personen berechtigt. Es sind etwa 350 Bände vorhanden.

Weißensee. Eine schwere Explosion, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich in der Deichmann'schen Fabrik in Malchow ereignet, in der auch Explosivstoffe verarbeitet und Feuerwerkskörper hergestellt werden. Der 16jährige Arbeiter Walter Thon aus der Memelstr. 20 in Weißensee wurde auf der Stelle getötet. Der Arbeiter Paul Klotzow aus Linden-berg erlitt so schwere Brandwunden, daß er in dem Weißenseer Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, bald nach der Aufnahme starb. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt.

## Aus aller Welt.

### Der Kampf gegen die Zwerg.

Kopenhagen hat, wie von dort geschrieben wird, als allerneueste Sensation den Kampf um die Zwerg. Es hat nämlich ein Unternehmer draußen auf Ewanholm eine lustige Wunderschicht errichtet, worin er dem p. t. Publikum seine Zwerg vorführen will. Das sind fünf Herren und zwei Damen, übrigens ganz wohlgebildete Geschöpfchen, aber eben nur einmal Zwerg. Das ist der Sachverhalt, der in gewissen Kreisen der Hauptstadt einen wahren Sturm von Unwillen hervorgerufen hat. Ganz besonders sind es die Damen, deren Gefühl sich gegen diese Schaustellung empört. Die Kopenhagenerinnen sind sehr entschlossenen Charakters und alsbald veranstalteten sie in aller Form eine Einspruchsversammlung. Als der Unternehmer mit seinem Zwergvolle Zutritt zu dieser Versammlung verlangte, um sich zu rechtfertigen, wurde ihm, obgleich die Versammlung als öffentlich ausgeschrieben war, die Türe vor der Nase zugeschlagen. Er aber, nicht faul, mietete alsbald den oberen Saal im selben Hause und veranstaltete dort eine Gegenversammlung. Dort erklärte er, daß sein kleines Volkchen kein anderes Recht beanspruche, als das, zu leben, und da sie nun einmal als Artisten ausgebildet seien, so müßten sie auch als solche verbraucht werden. Inzwischen folgte ein Stoßwort tiefer eine stammende Rede der anderen. Es wurde behauptet, selbige Zwerg seien gar keine Naturzwerg, sondern künstliche Erzeugnisse graufamer Behandlung. Andere Teilnehmerinnen wandten sich gegen die Eltern der kleinen Leute, denen sie unversiehlbare Herzlosigkeit vorwarfen, und alle waren darin einig, daß die Schaustellungen in der Zwergstadt unter allen Umständen anstößig seien und verboten werden müßten. Ja, eine besonders temperamentvolle Dame ging so weit, es für einen Bankrott der Demokratie zu erklären, wenn die Vorstellungen auf Ewanholm erlaubt würden. Uebrigens wiesen einzelne Stimmen auch darauf hin, daß in einer Zeit, wo Kopenhagen an bitterer Wohnungsnot leide, die Baumaterialien besser zum Hausbau als zu einer Vergnügungsanstalt zu verwenden seien. Das ist der Stand der Sache. Zwerg oder nicht Zwerg: das ist jetzt die Frage, die Kopenhagen in zwei Lager teilt.

### Frankreichs Schlachtfelder als Touristenzentren.

Unter dem Vorsitz des Ministers Marcel Sembat war in diesen Tagen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Paris der Hauptausschuß des Vereins des „Nationalen Touristendienstes“ versammelt. Der Minister gab zunächst eine kurze Uebersicht über die bis jetzt vom Touristendienst geleistete Arbeit. Um den Freunden Frankreichs im neutralen Ausland (gemeint ist ersichtlich vor allem Amerika) die Erfüllung ihres sehnsüchtigen Wunsches eines Besuchs der französischen Schlachtfelder zu erleichtern und sie gleichzeitig dazu zu verlocken, bei dieser Gelegenheit auch die anderen Sehenswürdigkeiten und Ausflüchten Frankreichs in Augenschein zu nehmen, empfahl der Redner eine richtige Propaganda im Ausland, die Erbauung neuer Hotels und die Modernisierung der alten. Der Deputierte David berichtete, daß beim Kriegsministerium bereits die erforderlichen Schritte getan seien, um nach dem Krieg die Touristenverkehr in der Kampzone zu organisieren. Ein anderer Abgeordneter machte Vorschläge über die Vermehrung der Aufenthalts- und Besichtigungsgebühren zum besten des Propagandakomitees, während ein dritter Redner die Mittel erläuterte, die dazu führen sollen, das französische Hotelwesen zu einer großen nationalen Industrie auszubauen. Es ist auch bereits eine Studienkommission eingesetzt, die die Frage der Aufbringung des hierfür notwendigen Kapitals erörtern soll. Man sieht: die Franzosen sind nicht willens, ihre Schlachtfelder brach und unverzinst liegen zu lassen.

Erdbeben in Oberitalien. Vorn, 16. November. (W. Z. B.) „Secolo“ meldet: Heute früh wurde um 7 Uhr 45 Minuten in Ancona ein ziemlich starker Erdstoß verspürt, der eine Panik unter der Bevölkerung hervorrief. Angeblich ist kein Schaden angerichtet. Der Erdstoß wurde auch in Ravenna, Ferrara, Racerate und in anderen Ortschaften der Gegend verspürt.

Tod eines griechischen Majors. Am Sonntag früh wurde in Götlich in seiner Wohnung in der Reichsberger Straße der griechische Major des 23. Infanterieregiments Melitios Zacharias tot aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß ein Unfall vorliegt und der Tod infolge Gasvergiftung erfolgt ist.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einbezug, S. IV, 207 rechts, borteils, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Rückfrage und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Klammernausstattung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

— 23. 23. 18. Auf der Polizei. — G. R. 81. Sie haben nur noch Kirchensteuer für die Kalenderjahre 1914 und 1915 zu zahlen. — S. 18. Eine geschliche Bestimmung gibt es dafür nicht. Sie würden nach unserer Meinung pro Tag etwa 5 Mark beanspruchen können. — R. R. 500. Für Berlin besteht solche Einrichtung, ob eine solche auch für Köpenick besteht, ist unbekannt; wenn Sie sich mit einer Anfrage an den Magistrat. — R. 100. Wenn der Sohn die Mutter vor seiner Einberufung zum Militär überlegend unterschützt hat, so steht der Mutter Anspruch auf Kriegsgeld zu, das in Höhe bis zu 250 Mark jährlich gemährt wird. Antrag ist auf dem Polizeirevier zu stellen. — 23. W. 100. Da nach Ihrer Angabe über die Kündigungzeit keinerlei Vereinbarung getroffen ist, so können Sie am 15. jedes Monats zum letzten des Monats kündigen. — R. S. 1. Klaffung. — R. H. 124. Zur Ergänzung aus dem eingebrauchten Ehegut bedürfen Sie der Einwilligung Ihres Gemannes. Sie können aber durch Testament über Ihren Nachlaß verfügen; Ihr Gemann hat aber einen Erbanspruch auf das gesetzliche Pflückteil. — P. C. 78. Für sechs Wochen.